

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

2013 | 1-2

2013

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18401>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 2013 | 1-2, Jg. 39 (2013), Nr. 1-2. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18401>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons - Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/ Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons - Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Rundfunk und Geschichte

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Interview

**Mangelnder Zugang zum Medienerbe behindert
Zeitgeschichtsforschung**

Leif Kramp zur „Initiative Audiovisuelles Erbe“

Peter Richard Pinard

Aber wie sagt man „Sendergruppe“ auf Tschechisch?

Einblicke in die Geschichte des Rundfunks im sogenannten Protektorat
Böhmen und Mähren

Ansgar Diller

Beschlagnahme von Rundfunkgeräten in den Niederlanden 1943

Ein Dokument zum Ablauf

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Mediale Kommunikation in Zeiten internationaler Krisen

Hans-Dietrich Genscher und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan

Inge Marszolek

Radio Zebra in Bremen

Amateur-Radios und soziale Bewegungen in den frühen 80er Jahren

Studienkreis-Informationen

Forum

Dissertationsvorhaben

Rezensionen

**Bisher erschienene Hefte dieser Zeitschrift, mit Ausnahme der letzten beiden
Jahrgänge, finden Sie jetzt online unter: www.rundfunkundgeschichte.de**

IMPRESSUM

Rundfunk und Geschichte
ISSN 0175-4351
Selbstverlag des Herausgebers
erscheint zweimal jährlich
Zitierweise: RuG - ISSN 0175-4351

Herausgeber
Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. / www.rundfunkundgeschichte.de

Beratende Beiratsmitglieder:
Dr. Alexander Badenoch, Utrecht/Paris
Dr. Christoph Classen, ZZF Potsdam
Prof. Dr. Michael Crone, Frankfurt/M.

Redaktion dieser Ausgabe
Dr. Margarete Keilacker, verantwortl. (E-Mail: margarete.keilacker@gmx.de)
Melanie Fritscher (E-Mail: melanie.fritscher@geschichte.uni-freiburg.de)
Dr. Judith Kretschmar (E-Mail: jkretz@uni-leipzig.de)
Martin Stallmann (E-Mail: martin.stallmann@zegk.uni-heidelberg.de)
Alina Laura Tiews (E-Mail: alina.laura.tiews@uni-hamburg.de)
Prof Dr. Reinhold Viehoff (E-Mail: reinhold.viehoff@medienkomm.uni-halle.de)

Layout und Endredaktion
Frank und Margarete Keilacker

Druck und Vertrieb
Deutscher Philatelie Service GmbH, Wermisdorf

Redaktionsanschrift
Dr. Margarete Keilacker, Brunnenweg 3, 04779 Wermisdorf/OT Mahlis
Tel.: 034364/889858, E-Mail: margarete.keilacker@gmx.de

Änderungen bei Adressen bzw. beim Abonnement bitte mitteilen an:
Dr. Veit Scheller (E-Mail: scheller.v@zdf.de, Tel: 06131/7014706)

Inhalt

Interview Mangelnder Zugang zum Medienerbe behindert Zeitgeschichtsforschung Leif Kramp zur „Initiative Audiovisuelles Erbe“	3
Peter Richard Pinard Aber wie sagt man „Sendergruppe“ auf Tschechisch? Einblicke in die Geschichte des Rundfunks im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren	6
Ansgar Diller Beschlagnahme von Rundfunkgeräten in den Niederlanden 1943 Ein Dokument zum Ablauf	22
Agnes Bresselau von Bressensdorf Mediale Kommunikation in Zeiten internationaler Krisen Hans-Dietrich Genscher und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979	30
Inge Marszolek Radio Zebra in Bremen Amateur-Radios und soziale Bewegungen in den frühen 80er Jahren	41
Studienkreis-Informationen	
Uwe Breitenborn Kulturwellen, Kulturströme. Kultur, Radio und Internet Jahrestagung 2013 in Leipzig	54
Vorstand des Studienkreises und Ehrenvorsitzender gewählt	55
Forum	
Christian Schwarzenegger Theorien des Medienwandels Jahrestagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der DGPUK 16. bis 18. Januar 2013 in Augsburg	56
Roland Steiner 100 Jahre Riepl'sches Gesetz: Medienkomplementarität als Herausforderung für die Rezeptions- und Wirkungsforschung Tagung der DGPUK-Fachgruppe Rezeptions- und Wirkungsforschung 24. bis 26. Januar 2013 in Wien	59
Dissertationsvorhaben	
Jana Ebeling Jenseits der Religion? Kirche, Politik und Medien im Streit um die Abtreibung (1969-1983)	62
Ronald Funke Das Fernsehen und die Transformation von Kirche und Religion in der Bundesrepublik (1960-1980)	64

Sebastian Armbrust Die Dramaturgie zeitgenössischer US-amerikanischer Fernsehserien	66
Georg Koch Postmoderne Gegenwelten? Inszenierung der Ur- und Frühgeschichte im deutschen und britischen Fernsehen seit den 1970er Jahren	68
Hendrik Buhl Gesellschaftspolitische Themen in der Krimireihe „Tatort“ Politainment und Interdiskursivität in einem Klassiker des deutschen Fernsehens	70
Rezensionen	
Wolfgang Mühl-Benninghaus Unterhaltung als Eigensinn Eine ostdeutsche Mediengeschichte (Christoph Lorke)	72
Werner Faulstich Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts (Edgar Lersch)	73
Tobias Ebbrecht Geschichtsbilder im medialen Gedächtnis Filmische Narrationen des Holocaust (Martin Stallmann)	76
Matthias Niedenführ Geschichte fern und neu sehen TV-Serien über historische Führungsfiguren in China (Cornelia Bogen)	77
Gundolf S. Freyermuth und Lisa Gotto (Hrsg.) Bildwerte. Visualität in der digitalen Medienkultur (Marc Dietrich)	78
Daniela Schulz Wenn die Musik spielt ... Der deutsche Schlagerfilm der 1950er bis 1970er Jahre (Angela Siebold)	79
Autorinnen und Autoren dieses Heftes	U4

Mangelnder Zugang zum Medienerbe behindert Zeitgeschichtsforschung

Interview mit Leif Kramp zur „Initiative Audiovisuelles Erbe“

Dr. Leif Kramp (Forschungskordinator des Zentrums für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung der Universität Bremen) ist Gründungsmitglied der „Initiative Audiovisuelles Erbe“, die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist. Margarete Keilacker bat ihn daher, diese vorzustellen.

Warum und wann wurde diese Initiative gegründet?

Kramp: Die Idee der Initiative geht zurück auf einen Workshop im September 2009 am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam, in dessen Rahmen versucht wurde, die Frage besserer Zugangsmöglichkeiten zu den historischen AV-Medienbeständen systematisch anzugehen. Der Impetus, der die Initiative bis heute antreibt, resultiert aus der zentralen Relevanz audiovisueller Medienüberlieferungen für das Verständnis der Zeitgeschichte: Ohne unser Medienerbe, allen voran das des Fernsehens und des Radios, lässt sich Zeitgeschichte nur ungenügend erforschen. Mehr noch: AV-Medien haben sich in den vergangenen Jahrzehnten derart tief in die Alltagspraktiken unserer zunehmend mediatisierten Kultur eingeschrieben, dass sie für sämtliche Lebensbereiche und Lebenswirklichkeiten eine signifikante Rolle spielen. Die Zugangsfragen betreffen daher auch hochaktuelle Themen wie die Digitalisierung, das Urheberrecht oder die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Wie ist die Initiative organisiert?

Die Initiative versteht sich als informelles Netzwerk aus Historikern, Kommunikations- und Medienwissenschaftlern, Archivaren und Sammlungsleitern kultureller Organisationen. Bislang sind über 30 Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Europa beteiligt. Sie alle sind regelmäßig mit Zugangsproblemen konfrontiert, sei es in Forschung und Lehre, bei der Kulturarbeit im Allgemeinen, aber auch im Rahmen der Arbeit in den Senderarchiven. Die Initiative ist vor diesem Hintergrund sowohl Interessensvertretung als auch Forum für den Austausch zwischen Nutzungsinteressenten und Verwaltern des AV-Erbes. Auch wenn der höchst unterschiedliche Umgang mit der Problematik in anderen Ländern von uns aufmerksam beobachtet wird, konzentriert sich die Initiative auf die konkrete Situation in Deutschland.

Forschende und Lehrende beteiligt

Ist das nicht ein Widerspruch, wenn sich in der Initiative auch Kolleginnen und Kollegen aus Europa engagieren und es trotzdem nur um die Situation in Deutschland geht?

Es sind auch Kolleginnen und Kollegen involviert, die an Hochschulen im europäischen Ausland forschen und lehren und dabei auf audiovisuelle Medienüberlieferungen aus Deutschland angewiesen sind oder sich auch ganz explizit mit der deutschen Rundfunkgeschichte befassen. Es gibt ja auch viele deutschsprachige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler medienaffiner Disziplinen, die im Ausland arbeiten.

Wer beteiligt sich bisher? Und wer unterstützt Ihr Anliegen?

Zu den beteiligten Disziplinen gehören die Medien- und Kommunikationswissenschaft, die Geschichtswissenschaft und die Kulturwissenschaft. Über die großen Fachverbände wie die Gesellschaft für Medienwissenschaft (GfM), die Deutsche Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) und den Historikerverband sind Forschende und Lehrende gleichermaßen beteiligt. Unterstützt wird die Initiative aber durch Kultureinrichtungen – von Museen bis hin zu Mediatheken – und nicht zu vergessen durch Vertreter der Rundfunkarchive.

Strukturelle Defizite bei der Endarchivierung

Welche Probleme stehen im Vordergrund?

Der Eindruck, dass wir im Zeitalter der Digitalisierung auf mehr historische AV-Inhalte als jemals zuvor zugreifen können, täuscht leicht über die strukturellen Defizite hierzulande bei der Endarchivierung von audiovisuellen Medienüberlieferungen hinweg. Auch heute noch ist der Zugang zu historischen Quellen aus Funk und Fernsehen stark eingeschränkt, weil sich die Senderarchive primär als Produktionsarchive verstehen und es daher schon vor dem Hintergrund ihrer Budgetierung nicht als ihre Aufgabe begreifen und zum Teil auch nicht begreifen können, Anfragen vonseiten der Wissenschaft, Bildungs- und Kulturarbeit in zuverlässiger Weise zu erfüllen. Es fehlen verbindliche Zugangsrechte für diese Nutzergruppen, welche die Störfaktoren in den Archiven wie personelle Kapazitätsprobleme und juristische Unsicherheiten zu überwinden helfen. So kommt es immer wieder vor, dass Wissenschaftler bei Materialanfragen abschlägige Antworten bekommen oder horrenden Gebühren zahlen müssen. Außerdem gibt es in den Sendern ein uneinheitliches Vorgehen bei der archivischen Behandlung von Kontextüberlieferungen wie im Falle von Schriftgut – ein für die Forschung ganz wesentlicher Quellenbestand, der jedoch in den Sendern für die Programmabwicklung eine untergeordnete Rolle spielt.

Wie will die Initiative die Öffentlichkeit erreichen? Im Moment ist sie im Internet kaum zu finden. Nur bei VOCER (Medien.Kritik.Debatte. Unabhängiges Portal für Medien- und Gesellschaftsthemen) gibt es einige Texte von Christoph Classen und Ihnen zur Problematik („Das zugemauerte Fenster zur Welt“ oder „Was von uns bleibt“).

Die Mitglieder engagieren sich hauptsächlich dezentral. Damit die Initiative und ihre Ziele noch sichtbarer werden, haben wir Anfang des Jahres 2011 die Website www.av-erbe.de ins Leben gerufen. Sie wird redaktionell vonseiten des ZZF in Potsdam gepflegt, gibt Interessenten einen ersten Überblick, nennt Ansprechpartner und informiert über Projekte, politische Entscheidungen, Veranstaltungen und weitere Termine, die für die Zugangsproblematik von Belang sind. Mittlerweile gibt es auch eine Seite bei Facebook. Neben dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit melden sich Mitglieder der Initiative in unregelmäßigen Abständen mit Gastbeiträgen oder als Experten in unterschiedlichen Medien zu Wort. In der Vergangenheit konnte man über die Arbeit der Initiative unter anderem in der „Süddeutschen Zeitung“, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ und eben auch bei VOCER lesen.

Welche Aktivitäten planen Sie für die nächste Zeit?

Unser primäres Anliegen ist es, sowohl die allgemeine Öffentlichkeit als auch Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft für eine bessere Verfügbarkeit des Kulturguts AV-Medien zu sensibilisieren. Wir führen deshalb z.B. Hintergrundgespräche mit Politikern, sprechen auf großen Fachkongressen wie zuletzt beim Deutschen Historikertag und demnächst bei der Jahrestagung der Gesellschaft für Medienwissenschaft und beteiligen uns an Grundlagenpapieren wie im Falle des Abschlussberichts der Enquete-Kommission Internet und digitale Gesellschaft, um möglichst breit, aber auch präzise und differenziert auf die Defizite, die aus unserer Sicht existieren, einzugehen und Lösungsvorschläge zu diskutieren.

Mehr Aktive gefragt

Können sich die Mitglieder des Studienkreises oder andere Interessierte einbringen?

Wir würden uns natürlich sehr über weitere Unterstützer freuen. Unser Projekt lebt von einem vielgliedrigen Netzwerk aus aktiven Beteiligten, die sich mit ihren Erfahrungen, Ideen und Kontakten in die unterschiedlichen Aktivitäten der Initiative einbringen. Mitglieder des Studienkreises Rundfunk und Geschichte sind bereits seit Gründung der Initiative an ihr beteiligt und haben ganz wesentlich zur Formulierung unserer konsensualen Leitlinie beigetragen, die von den beteiligten Archivaren genauso unterstützt wird wie von denjenigen Mitstreitern, die sich in der Zugangsfrage eher in der Rolle eines Bittstellers sehen. Interessierte können sich gern bei Christoph Classen vom ZZF (cclassen@zzf-pdm.de) oder mir (kramp@uni-bremen.de) melden.

Peter Richard Pinard

Aber wie sagt man „Sendergruppe“ auf Tschechisch?

Einblicke in die Geschichte des Rundfunks im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren

Die Geschichte des Tschechischen Rundfunks während der nazistischen Besatzung (1939 bis 1945) könnte als „paradox“ beschrieben werden. Es handelt sich aber eher um ein sehr viel komplizierteres Gebilde, ein Tapisserie-ähnliches Geflecht von Handlungsmotiven und Taten mal aufrechter, mal banaler, mal bizarrer Persönlichkeiten, die sich in Paradoxien über Paradoxien verstrickten.

Das Thema wurde bisher auch wenig erforscht. Das hat mehrere Gründe. Erstens muss man, um ein Gesamtbild der Situation zu bekommen, sowohl deutsche wie auch tschechische Quellen erschließen können. Zweitens lagerten bis 1989 die meisten Akten zu dieser Geschichte in nicht zugänglichen Staatsarchiven im kommunistisch regierten Prag. Um so beachtlicher war dann die Leistung von Ansgar Diller, der schon im Jahre 1980 die Geschichte des Rundfunks im Protektorat kurz beschrieb.¹ In diesem Aufsatz möchte ich die Entwicklungen im Tschechischen Rundfunk während der Zeit der NS-Herrschaft umreißen und über einige der interessanteren Begebenheiten jener Zeit berichten.²

Paradoxien

Rein sende- und empfangstechnisch müsste man die Jahre 1939 bis 1945 im Tschechischen Rundfunk als eine Zeit großer Fortschritte bezeichnen. Als die Rote Armee am 9. Mai 1945 durch die Straßen der tschechischen Hauptstadt rollte, konnten mindestens 48 Prozent mehr Hörer den Geschehnissen im Rundfunk lauschen als beim Einmarsch der Wehrmacht am 15. März 1939.³ Dazu kommt noch, dass während im übrigen Reichsgebiet die Rundfunksender zunächst dem alliierten Bombenhagel und später den Aktivitäten von Wehrmachtssprengtruppen zum Opfer fielen, das Sendernetz im Protektorat Böhmen und Mähren systematisch weiter ausgebaut wurde.⁴ Es kam zwar während der Kampfhandlungen im Frühling 1945 zu erheblichen Schäden an den Anlagen des Tschechischen Rundfunks. Zum Beispiel wurde das Hauptgebäude der Sendegesellschaft in Prag durch Kämpfe verwüstet, auch andere Sender wurden beschädigt oder gar absichtlich zerstört, beispielsweise Moravská Ostrava (Mährisch Ostrau). Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Bilanz der Okkupationszeit – rein technisch gesehen – eine deutliche Expansion des Mediums aufweist. Zu einer

.....

1 Diller, Ansgar: Rundfunkpolitik im Dritten Reich. In: Bausch, Hans (Hrsg.), Rundfunk in Deutschland, Band 2, München 1980. Das Kapitel zum Rundfunk im Protektorat findet sich auf den Seiten 387-399.

2 Diese kurzen Einblicke in die Thematik entstammen den Recherchen zu: Pinard, Peter Richard: Broadcast Policy in the Protectorate of Bohemia and Moravia: Power Structures, Programming, Collaboration and Resistance at Czech Radio 1939 to 1945, eine Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde, vorgelegt und verteidigt an der Fakultät der Sozialwissenschaften der Karlsuniversität in Prag im Herbst 2011. Der Text soll im Jahre 2013 im Peter Lang Verlag als Buch erscheinen.

3 Ješutová, Eva et al: Od mikrofonu k posluchačům, z osmi desetiletí českého rozhlasu, (Vom Mikrofon zu den Hörern, aus acht Jahrzehnten des Tschechischen Rundfunks), Český Rozhlas, Praha 2003. Tabelle II. Počet koncesionářů, S. 613 (Ješutová 2003).

4 Nach dem amtlichen Rundfunkprogramm des Tschechischen Rundfunks strahlte Plzen (Pilsen) schon ab den 10. Dezember 1944 das Prager Rundfunkprogramm aus. Außerdem waren bei der Befreiung im Mai 1945 in České Budějovice (Budweis) und Jihlava (Iglau) neue Rundfunksender so weit aufgebaut, dass sie bereits in dem Monat ihre Sendetätigkeit aufnehmen konnten. Siehe: Ješutová 2003, S. 507 und S. 596.

ähnlich dramatischen Entwicklung kam es auch bei der Länge der Sendezeit. Strahlen die tschechischen Mittelwellensender im Februar 1939 täglich im Durchschnitt 13,8 Stunden Programm aus, so waren es sechs Jahre später 19,5 Stunden täglich.⁵ Das entspricht einer Verlängerung des Sendetags um gut 41 Prozent – keine kleine Leistung vor dem Hintergrund des schlimmsten Krieges der Menschengeschichte. Betrachtet man aber die Programminhalte des Tschechischen Rundfunks, kann man ausschließlich zum Schluss gelangen, dass die Jahre des Protektorats eine Zeit unglaublicher Abstürze in Sachen Programmqualität und -niveau bedeuteten. Radiojournal, die halbstaatliche Sendegesellschaft der Vorkriegszeit, war stets bemüht, das Erhabenste der tschechoslowakischen Kultur – einschließlich der einheimisch-deutschen Kultur des Landes – darzustellen. Nun verkamen besonders die Wortsendungen in den Händen der Besatzungsbehörden und ihrer tschechischen Kollaborateure zeitweise auf ein schockierend niedriges Niveau. Es gab Sendungen, die primitiv-vulgäre oder auch obszöne Inhalte aufwiesen. Die wenigen erhaltenen und immer anonymen Hörerbriefe jener Jahre spiegeln das offensichtliche Entsetzen über diese Tatsache wider.⁶

Zeitabschnitte

Die Rundfunkentwicklung während der Besatzungszeit lässt sich in zwei etwa gleich lange Zeitabschnitte unterteilen: die Ära Maras vom 14./15. März 1939 bis Frühjahr 1942, und die darauf anschließende Ära Thürmer, die bis zum Ausbruch des Prager Aufstands am 5. Mai 1945 dauerte. Von Mitte November 1941 bis Ende April 1942, lag auch eine wenig scharf abgegrenzte und zum Teil recht wilde Zwischenzeit, in der die schlimmsten Exzesse in der Programmgestaltung sowie die finanzielle Ausplünderung der Sendegesellschaft um sich griffen.

Die Ära Maras leitet ihren Namen vom „Hauptzensorbeauftragten“ Walter Maras (1908-1944) ab. Maras war ein langjähriger sudetendeutscher Mitarbeiter der deutschsprachigen Sendungen der Radiojournal. Mit dem Einmarsch der Wehrmacht übernahm Maras de facto die politische Leitung des Tschechischen Rundfunks. Ihm und seinem langjährigen Kollegen, Georg Schneider (Jahrgang 1906) aus dem westböhmisches Litice (Littitz bei Pilsen), waren gut ein Dutzend Zensorbeauftragte im Sender Prag und einige weitere in den Sendern Brünn (Brno) und Mährisch Ostrau unterstellt. Nach den Aussagen mancher tschechischer Rundfunkangestellter zu urteilen, hat das Wirken dieses Duos besonders für böses Blut gesorgt. Erstens waren Maras und Schneider Einheimische. Ihre tschechischen Kollegen empfanden es als direkten Verrat, dass Menschen, mit denen sie jahrelang zusammengearbeitet hatten, plötzlich anfangen, die Befehle des Feindes zu erteilen bzw. selbst auszuführen.⁷ Zweitens konnten sowohl Maras, der Doktor der Slawistik war, wie auch Schneider sehr gut Tschechisch, so dass weder die Autoren noch die Ansager von Sendungen ihnen in Sachen Zensorstriche etwas vormachen konnten.⁸ Drittens arbeiteten sowohl Maras als auch Schneider unter der Last

.....
5 Alle Angaben dieser Art sind nach den amtlichen Programmzeitschriften „Náš rozhlas“ („Unser Rundfunk“) und ab Mai 1941 „Týden rozhlasu“ („Rundfunkwoche“) berechnet. Angaben für reichsdeutsche Sender entstammen der Zeitschrift „Funk-Woche“. In diesem konkreten Fall waren es „Náš rozhlas“ für die Woche vom 26. Februar 1939 und „Týden rozhlasu“ für die Woche vom 25. Februar 1945.

6 Tschechisches Nationalarchiv in Prag, Bestand Národní soud (NA-NárS), Karton 107, Inventarnummer 60. Nicht datierter anonymes Hörerbrief an Alois Kříž.

7 Disman, Miloslav: Hovoří Praha, Vzpomínky na revoluční květnové dny 1945 v rozhlase, (Es spricht Prag. Erinnerungen an die revolutionären Maitage 1945 im Rundfunk), Praha 1975, S.30.

8 NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1536, Aussage vom Dr. Karel Remeš, Personalchef des Tschechischen Rundfunks während des Krieges, vom 26. VI.1946, S. 2

gewisser politischer Probleme. Maras war mit einer Tschechin, Schneider mit einem „jüdischen Mischling“ verheiratet.⁹ Sie hatten also aus einer nazistischen Perspektive einiges zu kompensieren; und mindestens Schneider versuchte, dies durch besondere Härte gegenüber seinen tschechischen Kollegen zu erreichen.

An dieser Stelle sind auch die deutschsprachigen Sendungen in Böhmen und Mähren zu erwähnen. Für die deutschen Rundfunkteilnehmer der Tschechoslowakei wurden schon am 25. Oktober 1925 regelmäßige deutschsprachige Sendungen eingeführt.¹⁰ Radiojournal hatte sogar einen eigenen Sender, Prag II – Mělník (Melnik) nordöstlich von Prag mit einem Vollprogramm in deutscher Sprache eingerichtet. Dieser Sender mutierte nach der Besetzung Prags in den „Volksdeutschen Sender Melnik“, um nach außen hin die Präsenz einer deutschen Volksgruppe im Protektorat zu betonen.¹¹ Der deutsche Rundfunkbetrieb spaltete sich in dieser Zeit vom Tschechischen völlig ab.

Ein Foto von der Parade deutscher Truppen am Prager Wenzelsplatz am 19. März 1939 zeigt den späteren Intendanten des Senders – Hans-Günther Marek (1902-1967) – zusammen mit Radiojournal-Reporter František Kocourek (1901-1942, gest. in Auschwitz-Birkenau) auf dem Balkon des Hotels Šroubek.¹² Vermutlich übernahm Marek gleich nach dem Einmarsch die Kontrolle über Melnik, der im Juni in den „Reichssender Böhmen“ umbenannt wurde. Eine richtig erfreuliche Aufgabe wird das für ihn bestimmt nie geworden sein. Erstens bekam der Sender infolge des bald einsetzenden Zweiten Weltkriegs nie die notwendigen Mittel, um ein eigenes Vollprogramm zu gestalten. In der Sendewoche vom 26. November 1939 z.B. bestritt Böhmen nur 22 Prozent der eigenen Sendezeit. Den Rest lieferten Berlin und andere Reichssender. Ein Jahr später, in der Sendewoche vom 24. November 1940, machten Eigensendungen nur noch 15 Prozent des Programms aus.¹³ Zweitens beherrschte Marek nie den Rundfunk für ganz Böhmen und Mähren. Das Sendegebiet des Ostsudetenlands um Troppau (Opava) war im Jahre 1938 bereits dem Reichssender Breslau zugeteilt worden. Dazu kam, dass der im Frühjahr 1940 fertiggestellte Großsender Dobrochau (Dobrochov) bei Brünn in Mähren nie dem RS-Böhmen, sondern direkt Berlin als „Reichssender Donau“ unterstellt wurde und als Propagandasender nach Südosteuropa außerhalb von Mareks Zugriff blieb. Drittens, und vielleicht problematischer, waren für Marek die unklaren Befehlswege. Als Intendant eines Reichssenders unterstand er direkt dem Propagandaministerium in Berlin. Da sein Amtssitz aber in Prag lag, hätte er auch gleichzeitig dem Reichsprotektor unterstehen müssen. Letzterer Umstand dürfte nicht weiter gestört haben, solange sich das Amt des Reichsprotektors wie im ersten Jahr in Sachen des Rundfunks zurückhielt.

Im Februar 1940 kam es aber zu einer bedenklichen Besetzung in der Abteilung IV – Kulturpolitik im Amt des Reichsprotektors. Ein Sachbearbeiter der kürzlich vorher aufgelösten Reichsrundfunkkammer (RRK), der kaum rundfunkerfahrene ehemalige Opernsänger Lothar Scurla (1909-1944), wurde Rundfunkreferent für Böhmen und Mähren.

.....
9 Siehe Akte Dr. Georg Schneider im Archiv des tschechischen Innenministeriums (weiterhin AMV) Signatur Z-C-3062/143-11.9.46. sowie Staatliches Gebietsarchiv Prag (weiterhin SOA): Bestand KST Praha, TkXX15.682/47, Karton 13, S. 2.

10 Patzaková, A. J.: Prvních deset let Československého rozhlasu, (Die ersten zehn Jahre des Tschechoslowakischen Rundfunks), Nákladem Radiojournalu čl. zpravodajství radiotelefonického, Praha 1935, S. 91f.

11 Nach der Sudetenkrise im Herbst 1938 und der neuen Grenzziehung gehörten schätzungsweise nur noch 3,98 Prozent der Bevölkerung der ganzen Tschecho-Slowakei der deutschen Minderheit an. Karte aus der Wochenzeitschrift „Ozvěny“, 50/1938 (14.XII.1938), S. 12 f.

12 „Náš rozhlas“, Band XVII, (1939), Nummer 14 (2. bis 8. April 1939), S. 5.

13 Berechnet nach den Angaben der Programmzeitschrift „Funk-Woche“ für die angegebenen Sendewochen.

Was Berlin zu einem solchen Schritt bewogen haben kann, ist nicht ganz klar. Scurla war nur 30 Jahre alt, hatte vorher nie eine verantwortliche Stelle im Rundfunk inne, und konnte auch kein Wort Tschechisch. Neben der Eintreibung von Mitgliedsbeiträgen¹⁴ hatte seine bisherige Karriere darin bestanden, gelegentliche Artikel für das Hausorgan der RRK „Der Rundfunk“ zu schreiben. Die Artikel waren zwar an NS-Gesinnung reich, aber an praktischen Informationen ansonsten sehr arm.¹⁵ Ausgerechnet einen kleinen Funktionär wie Scurla mit der Aufgabe zu belasten, die beleidigten und mit Gewalt besetzten Tschechen für den Reichsgedanken zu gewinnen, kann man nur als Wahnwitz bzw. als maßlose Überforderung bezeichnen.

Beim RS-Böhmen waren die Aussichten für Scurla auch nicht besser. Im Jahre 1940 konnte Marek auf mehr als ein Jahrzehnt aktiver Rundfunkarbeit zurückblicken, was ihn in diesem damals so neuen Medium zu einem autoritativen Pionier machte. Mareks Karriere reichte von der Position eines Ansagers beim Norddeutschen Rundfunk im Jahre 1929 bis hin zum Leiter der Abteilung Zeitgeschehen der vereinigten Redaktionen des RS-Berlin und Deutschlandsenders.¹⁶ Kein denkender Mensch hätte ernsthaft von Marek verlangen können, von einem kleinen Bürokraten wie Scurla Anweisungen anzunehmen. Es setzte auch sofort ein Kleinkrieg ein, der von Marek über den Reichsrundfunk und von Scurla über das Amt des Reichsprotectors geführt wurde, der alle damit befaßten höheren Instanzen mit der Zeit gründlich enervierte.¹⁷

Der Tschechische Rundfunk am Anfang der Okkupation

Konnte Marek seine Interessen einigermaßen verteidigen, so war die Firmenleitung des Tschechischen Rundfunks in einer komplizierteren Position. Sie hatte einerseits zu gehorchen; andererseits konnte es die deutsche Rundfunkführung nicht sofort mit ihnen übertreiben. Hitler hatte nämlich in seinem Erlass zur Errichtung des Protektorats den Tschechen eine gewisse kulturelle Autonomie versprochen.¹⁸ Um zumindestens nach außen hin den Schein dieser Autonomie zu bewahren, beließen es die Besatzer zunächst dabei, tschechische Sendungen zu zensieren bzw. zu verbieten. Beim Kriegsausbruch wurden auch im Protektorat die außerordentlichen Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939 eingeführt, die das Abhören ausländischer Sender auch von Tschechen mit drakonischen Strafen bis hin zur Todesstrafe ahndeten. Dabei erschöpfte sich die von Hitler verbrieft tschechische Kulturautonomie darin, dass die Verordnung auch ins Tschechische übersetzt wurde.¹⁹ Kurz danach, und ausgerechnet am hohen Feiertag des Jom Kippur (am 22. September 1939), hatte die jüdische Bevölkerung des Protektorats ihre Empfänger gänzlich und ohne Kompensation abzuliefern. Diese Maßnahmen blieben für die Welt außerhalb des Protektorats jedoch wenig sichtbar.

.....
14 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, Bestand RSK II, Personal- und Sachakten, A-Z, Signatur 2101127718, Filmnummer I575, Bildnummer 1417. Brief Scurla an Thürmer vom 18. August 1939 betreffend Thürmers Mitgliedsbeiträgen in der Reichsrundfunkammer.

15 Siehe zum Beispiel: Tage des Deutschen Rundfunks, ein kulturpolitischer Ausblick, „Der Rundfunk“, Band 1, Nummer 5 (Dezember 1937), S.166ff. Gibt es eine Rundfunkwissenschaft, Der Versuch einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Wissen im Rundfunk, „Der Rundfunk“, Band 1, Nummer 8 (März 1938), S. 250ff.

16 Siehe: Rundfunksprecher sein heißt, Diener am Werk sein! In: „Der Rundfunk, Blätter für nationalsozialistische Kulturgestaltung mit den amtlichen Mitteilungen der Reichsrundfunkammer“, Band 2, Nummer 4 (Januar 1939), S. 81.

17 Thürmer, Ferdinand: Sendergruppe Böhmen-Mähren, ein im Deutschen Rundfunkarchiv lagernder Tätigkeitsbericht, geschrieben im Mai 1950. S.10, DRA Wiesbaden DRAF A04/18. (Thürmer 1950)

18 Erlaß des Führers und Reichskanzlers über das Protektorat Böhmen und Mähren vom 16. März 1939, Sammlung der Gesetze und Verordnungen 1939, Nr. 75, S. 373.

19 Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen vom 1. September 1939. Verordnungsblatt des Reichsprotectors in Böhmen und Mähren, Band 1939, S. 129.

Um die wirkliche Situation zu verschleiern, ging die deutsche Rundfunkführung so weit, dass sie politische Sendungen auf Tschechisch über den RS-Böhmen ausstrahlen ließ. Ab Sommer 1939 richtete man dort eine halb- bis dreiviertelstündige „Tschechische Stunde“ ein, die täglich außer sonntags im Vorabendprogramm lief. Hier sammelten sich führende tschechische Faschisten, pro-nazistisch eingestellte „aktivistische“ Journalisten und andere NS-Kollaborateure wie Karel Werner,²⁰ Emil Šourek²¹ und sogar Hugo Tuskány²² von der Zeitschrift „Arijský boj“ („Arischer Kampf“), die in etwa einer tschechischen Version von Julius Streichers semi-pornografischem Hetzblatt „Der Stürmer“ entsprach. Der Gedanke war hier relativ einfach: Da die Welle des RS-Böhmen in den Niederlanden, in Belgien und sogar in Großbritannien gut hörbar war – allesamt Länder, auf deren öffentliche Meinung Goebbels noch einen positiven Einfluss ausüben wollte – sollte die Ausstrahlung pro-deutscher Propagandasendungen in tschechischer Sprache über den RS-Böhmen der Außenwelt suggerieren, dass es zu keiner Einmischung in die Arbeit des Tschechischen Rundfunks käme.²³

Nichteinmischung war aber keine Stärke dieser Besatzungsmacht. Am 20. September 1939 begann eine Sendereihe mit dem Titel „Das heutige Deutschland“, die Literatur, Wirtschaft und landwirtschaftliche Themen behandelte. Unter den Autoren dieser Sendereihe befand sich auch Walter Maras, der eine Folge zur neuen deutschen Literatur schrieb.²⁴ Ab dem 2. Oktober 1939 – Warschau war schon in deutschen Händen – führte der Tschechische Rundfunk regelmäßige deutsche Sprachkurse ein. Es waren zunächst nur zwei 15-minütige Sendungen in der Woche, bald wurden es aber sehr viel mehr.²⁵

Im Laufe des Winters 1939/40 trat immer häufiger ein Tscheche vor das Mikrofon, der als hauptsächlicher Nazikollaborateur in die Geschichte eingehen sollte – Emanuel Moravec (1893-1945). Moravec war Karrieresoldat und ein bekannter Anhänger des ersten tschechoslowakischen Präsidenten Tomáš Garrigue Masaryk (1850-1937). Nach dem Verrat Großbritanniens und Frankreichs an der Tschechoslowakei während der Sudetenkrise kam es bei Moravec zu einem radikalen Umdenken. Mit der Zeit entwickelte er sich zum vordersten Verfechter nazistischer Ansichten im Protektorat, die er in langatmigen, wenig mediumgerechten Rundfunkvorträgen ausführte. Besonders bei der Niederwerfung Westeuropas im Frühjahr 1940 tat sich Moravec in seinen „Militärpolitischen Überlegungen“ mit minutiösen Beschreibungen der Kämpfe, Strategien, Truppenstärken, Ausrüstungen usw. hervor, die kein Zivilist ohne Landkarte und Notizheft gut verstanden haben kann. Für die Besatzungsmacht galt Moravec als tschechischer Saulus, der sich aus besserer Einsicht zu einem nazistischen Paulus entwickelt hatte. Für seine neuen Überzeugungen wurde er aber „von seinem Volk ziemlich restlos verachtet“.²⁶

.....

20 Karel Werner (1906 – 1947, hingerichtet), Mitglied der so genannten „Sedmička“, der Gruppe der sieben maßgeblich aktiven Journalisten des Protektorates, Chefredakteur der Zeitungen „Polední list“ und „Večerní České slovo“, Gründungsmitglied der Tschechischen Liga Gegen den Bolschewismus. Siehe: Končelík, Jakub; Köpplová, Barbara; Kryšpínová, Jitka: Český tisk pod vládou Wolfganga Wolframa von Wolmara (Die tschechische Presse unter Wolfgang Wolfram von Wolmar), Praha 2003, S. 222 (Končelík 2003).

21 Emil Šourek (Jahrgang 1884) war Chefredakteur der faschistischen Zeitschrift „Vlajka“. Nach dem Kriege wurde er zu 20 Jahren Haft verurteilt. Er starb kurz nach seiner Amnestierung im Jahre 1954. Končelík 2003, S. 248.

22 Hugo Tuskány (Jahrgang 1887). NA, Bestand Národní Soud, Karton 106, Ordnungsnummer 51, Verhör des Angeklagten Alois Kříž vom 18. Juni 1946, S. 6.

23 NA-ÚŘP-ST 109-4-1423, S.109. Scurias Rechtfertigungsbrief vom Oktober 1941.

24 „Náš rozhlas“, Jahrgang XVII, (1939), Nummer 40 (1. bis 7. Oktober 1939), S. 14.

25 „Náš rozhlas“, Jahrgang XVII, (1939), Nummer 40 (1. bis 7. Oktober 1939), S. 12 und 18.

26 Thürmer 1950, S.13.

Moravec war zu dieser Zeit aber ein Ausnahmefall im Tschechischen Rundfunk. Noch waren die bisherigen tschechischen Programmgestalter und die langjährige Geschäftsführung im Amte. Sie entwickelten auch mehrere Strategien, um eine Bearbeitung der tschechischen Hörerschaft mit nazistischer Propaganda zu hintertreiben. Wurden sie zum Beispiel aufgefordert, Sendungen über deutsche Themen auszustrahlen, konzentrierten sie sich auf Persönlichkeiten der vornazistischen Vergangenheit wie etwa Mozart, Virchow, Zeiss, Humboldt, Schopenhauer usw. So konnten sie pro-deutsche Sendungen bringen, ohne dass sich jemand die Hände mit nazistischem Gedankengut dreckig zu machen brauchte. War es unvermeidlich, neuzeitliche Themen zu behandeln, so wurde die Situation etwas komplizierter; aber auch hier fand man Wege. Nehmen wir ein Beispiel aus einer Sendung des Arbeiterrundfunks von Mitte Juni 1940, in der die vermeintlichen Errungenschaften der Deutschen Arbeitsfront besungen werden sollten:

„Die Position und den Schutz der Arbeiterschaft in Deutschland müssen wir aus der Sicht der Tatsache beurteilen, dass es im neuen Deutschland um eine neue Wirtschaftsordnung geht, die wir mit Recht eine neue deutsche Wirtschaftsordnung nennen. Diese Wirtschaftsordnung geht von der Vorstellung aus, dass die Nation die wichtigste Basis der Wirtschaft bildet. Die Arbeitskraft und die Arbeitsleistung der Nation sind deshalb für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft der entscheidende Faktor. Aus dem Grunde müßen wir von diesem Standpunkt aus all das beurteilen, was in Deutschland zu Gunsten des Arbeiters und seines Schutzes in deutschen Betrieben unternommen worden ist.“²⁷

Kein Zensor hätte an diesem Text etwas aussetzen können, denn oberflächlich wirkt er sehr positiv. Durch die ständige Betonung der Wörter „in Deutschland“, „deutsche Wirtschaftsordnung“, „deutsche Betriebe“ jedoch konnten die Verfasser dem Hörer signalisieren, dass die Informationen ihn eigentlich gar nichts angingen. Denn die Tschechen waren weder rechtlich Mitglieder der deutschen Nation, sondern „Protektoratsangehörige“, noch fühlten sie sich als Deutsche.

Nach der Niederwerfung Frankreichs im Juni 1940 sah die Situation für die Tschechen besonders düster aus. Auf dem europäischen Kontinent gab es keine potenziellen Widersacher des Deutschen Reiches mehr außer der Sowjetunion; aber letztere arbeitete zu jener Zeit noch kräftig mit Hitler zusammen. Die erste Auswirkung der neuen Situation im Tschechischen Rundfunk war eine blutarme Sendereihe mit dem Titel „Die Ursachen des deutschen Sieges“. Man merke: „die Ursachen“, nicht die positiver klingenden „Gründe“ des deutschen Sieges. Darin beschwor Hubert Masařík, der Vorsitzende des Aufsichtsrats des Tschechischen Rundfunks, einerseits Hitlers Genialität und huldigte andererseits der „ungewöhnlich soliden, ausdauernden und diskreten Vorbereitung über lange Jahre hin auf allen Feldern der Tätigkeit der deutschen Nation“.²⁸ Die Sendung endete zwar mit einem Appell an den Wirklichkeitssinn der Hörer angesichts der geografischen Lage, aber auch mit einem Aufruf zur Nachahmung der „nüchternen deutschen Einschätzung“²⁹ ihrer Feinde, die nach Masařík die beste Garantie der tschechischen Zukunft sei. Das tschechische Wort „střízlivé“ kann ins Deutsche sowohl als „nüchtern“ wie auch als „berechnend“ übersetzt werden. Es war also wieder ein Sende-

.....
27 Archiv der tschechischen Gewerkschaften (VOA-ČMKOS), Fond NOÚZ Karton 214, Inventarnummer 97/8, Text einer Sendung des Arbeiterrundfunks von Rudolf Hornig und Karel Šmid vom 16. Juni 1940.

28 NA-NárS, TNS 17/46, Karton 60, S.118. Sendetext Masaříks zum 27. August 1940.

29 Ebenda, S. 125.

text, der für einen deutschen Zensor positiv wirkte, während er für tschechische Ohren als Verdammung des Feindes verstanden werden konnte.

Faschist vor dem Mikrofon

Diese Sendereihe währte aber auch nicht lange. Nach knapp einem Monat ging die letzte Folge in den Äther. Stattdessen kehrten die tschechischen Programmgestalter wieder zu Themen der Vergangenheit zurück, mit Vorliebe zum 19. Jahrhundert, zur Zeit der tschechischen nationalen Wiedergeburt. Scurla und seinen Gesellen muss langsam klar geworden sein, dass mit der bisherigen Führung nichts zu machen sein würde. Also veranlasste Georg Schneider eine Intrige im Rundfunkhaus, die schließlich zur Zwangspensionierung des Firmengründers und Generaldirektors Ladislav Šourek im März 1941 führte.³⁰

Der Direktschlag bei der Programmgestaltung folgte nur drei Monate später. Am 18. Juni 1941 ordnete Scurlas Vorgesetzter von Gregory die Zwangspensionierung von Jaroslav Prokop an, dem langjährigen Leiter der Vortragsabteilung des Tschechischen Rundfunks.³¹ Ein paar Tage darauf wurde ein schlanker, hochgewachsener, knapp 30-jähriger tschechischer Faschist namens Alois Kříž im Rundfunkhaus vorstellig. Wie Kříž dem aufgeschreckten Sendeleiter Josef Zdeněk Morávek³² auf Deutsch (!) mitteilte, hätte er vom Amt des Reichsprotektors die Aufgabe erhalten, „die politische Ausrichtung des Tschechischen Rundfunks im nationalsozialistischen Sinne“ zu bewerkstelligen, wozu „er die Möglichkeit des Einflusses auf alle Ressorts unserer Programmtätigkeit“ bekommen sollte.³³ Mit Kříž kam ein dem „deutschen Nationalsozialismus hundertprozentig ergebener“³⁴ Tscheche ins Haus, der mit breiten Vollmachten und einem seine neuen und dienstälteren Kollegen deutlich übertreffenden Nettogehalt von 5.000 Kronen (500 Reichsmark) ausgestattet wurde.³⁵ Er wurde Leiter der neuen „Abteilung politischer Vorträge“, wobei der Begriff „Abteilung“ bis zur Einstellung einer Sekretärin sechs Monate später etwas übertrieben war.³⁶

Die Kollegen müssen sich gefragt haben, wer dieser Alois Kříž nur war, bestimmt kein verfallener ehemaliger Krimineller oder eine gescheiterte Existenz, wie so viele der tschechischen Faschisten. Man könnte ihn vielleicht als enorm fleißigen Mitläufer bezeichnen, als einen Menschen, der die Möglichkeiten der neuen Situation begriff und diese Chance ohne jede Rücksicht auf moralische Überlegungen ausnutzte. Für Scurla und Maras brachte Kříž auf jeden Fall eindeutig wertvolle Eigenschaften mit. Einerseits war er Tscheche, der alle Bildungsmöglichkeiten der Ersten Republik genossen hatte. Andererseits war er mit der deutschen Sprache und Kultur intim vertraut. Seine Eltern hatten in Altona bei Hamburg Arbeit gefunden, wo Kříž im Jahre 1911 zur Welt kam. Nachdem Kříž Senior im Ersten Weltkrieg schwer verwundet wurde, bekam er einen

.....

³⁰ Archiv des Tschechischen Rundfunks (AČRo), Personalakte Ladislav Šourek, Brief von Schneider an Scurla vom 21. November 1940.

³¹ AČRo, Personalakte Dr. Jaroslav Prokop.

³² Dr. jur. Josef Zdeněk Morávek (Jahrgang 1904), war ab 1926 in verschiedenen Funktionen bei Radiojournal tätig. Während der Okkupation war er zuerst Verwaltungsleiter, nach 1942 als Leiter für nicht-politische Programme direkt dem Intendanten Thürmer unterstellt.

³³ NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1537, Dr. Morávek: Stichworte über Einstellung und Dienstantritt (von Alois Kříž) als politischer Referent, vom 27. Juni 1941.

³⁴ NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 51, Protokoll der Aussage des Dr. Karel Remeš vom 13. Juni 1946.

³⁵ NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 51, Protokoll der Aussage des Dr. Karel Remeš vom 13. Juni 1946.

³⁶ NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1537, Personalakte Kříž.

Tabakverkauf im nordböhmischen und überwiegend deutschsprachigen Dux (Duchcov) zum Verwalten. Dort wuchs der junge Kříž in den bescheidensten Verhältnissen auf. Nichtsdestotrotz absolvierte er das Realgymnasium in Prag-Bubeneč und später ein Jurastudium an der tschechischen Karlsuniversität. Geld für seinen Lebensunterhalt verdiente er mit Nachhilfeunterricht für „wohlhabendere aber weniger begabte Mitschüler“³⁷ und als Buchhalter im Verwaltungsdienst des Landes Böhmen.³⁸ Zur Ausübung des ersehnten Anwaltsberufs kam es aber nie, und zwar wegen der unerwartet einsetzenden Schwangerschaft seiner Freundin und späteren Gattin, einer Sudeten-deutschen namens Martha Langer.³⁹ Anscheinend hat die Buchhalterei der jungen Familie finanziell aber nicht genügt,⁴⁰ denn schon ab Januar 1936 fing Kříž an, auch für die Sportredaktionen der Zeitungen „Polední list“ und „Národní noviny“ zu schreiben.⁴¹ Nach dem Einmarsch wechselte er zum Organ der tschechischen Faschisten „Vlajka“, das aber von der Mehrheit der Bevölkerung vollkommen boykottiert und ignoriert wurde. Die Einstellung beim Tschechischen Rundfunk bedeutete dann für Kříž eine Verdreifachung seiner bisherigen und meist unregelmäßigen Bezüge vom finanziell permanent notleidenden Hetzblatt.⁴² Er hatte seine Stelle gefunden, und niemand sollte sie ihm mehr streitig machen.

Kříž packte die neue Aufgabe aber auch wirklich *con gusto* an. Notizen in seiner Personalakte attestieren Kříž einen Fleiß, der ihm ständig beträchtliche Leistungszulagen einbrachte.⁴³ Für Schneider fertigte Kříž beispielsweise mehrmals täglich Übersetzungen seiner Sendetexte ins Tschechische an. Dieser kurze Ausschnitt aus Schneiders politischem Frühkommentar vom 28. September 1941 macht deutlich, wie es um das Sprachniveau dieser Texte bestellt war.

„Die schreckliche Katastrophe, die den alten Schlaumeier und heutigen roten Marschall Budennji östlich von Kiew einholte, wird vielleicht dem Fluss der Prahlereien der Saujuden vom Moskauer Rundfunk nicht plötzlich zum Stillstand gebracht haben, aber dennoch hat sie auch auf ihre primitiven Gehirnwindungen einen wirklichen Eindruck hinterlassen...“⁴⁴

Für die tschechische Firmenleitung kam noch ein weiterer Schlag. Gleich bei seiner Ankunft in Prag am 27. September 1941 ließ der stellvertretende Reichsprotector Reinhard Heydrich das letzte tschechische Mitglied des Verwaltungsrats, Hubert Masařík, im Rundfunkhaus von der Gestapo verhaften und abführen.⁴⁵ Ohne nähere Aufsicht fingen die Zensoren an, förmlich die Rolle des Bocks als Gärtner zu spielen, „indem sie

.....
37 NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1537, Protokoll des Verhörs des Angeklagten Alois Kříž vom 18. VI. 1946, S. 1f.

38 Ebenda.

39 NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1537, Personalakte Kříž.

40 NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1537, Protokoll des Verhörs von Kříž vom 29. November 1945, S. 1.

41 NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1537, Personalakte Kříž.

42 Siehe NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 56, Verhör des Angeklagten Alois Kříž vom 19. August 1946, S. 1-4.

43 NA-NárS, Karton 106, Inventarnummer 1537, Personalakte Kříž, Antrag auf Gewährung einer Leistungszulage vom 14. September 1943.

44 Im tschechischen Original: „Strašná katastrofa, která postihla starého šikovatele a nynějšího rudého maršála Buděnného východně od Kijeva, rozhlasovým Židákům v Moskvě sice naráz nezastavila tok jejich chvástání, ale přece je pořádně dolehla i na jejich jednoduché mozkové závity...“ SOA: Fond KST Praha, Aktennummer: TkXX15.682/47, Karton 13, Ausschnitt aus Schneiders *Náš ranní komentář* („Unser Frühkommentar“) vom 28. September 1941.

45 NA-NárS, TNS 17/46, Karton 60, S.84. Causa Hubert Masařík. Lebenslauf des Hubert Masařík für die Zeit von 1938 bis 1945.

kurzfristig, oft Minuten vor der Sendung, ihren Rotstift zückten.“⁴⁶ Die Zensoren, darunter besonders Georg Schneider, lieferten dann die plötzlich notwendig gewordenen Ersatzsendungen, und bekamen diese „außerordentlichen Leistungen“⁴⁷ extra bezahlt. Die Kosten waren auch alles andere als geringfügig, denn „der Betrag der angenommenen, aber gestrichenen Sendungen ging in die Hunderttausende“.⁴⁸

Dämmerstunde einer Sinekure

Im Herbst 1941 erkannte man auch im Amt des Reichsprotectors, dass die bisherigen Propagandabemühungen gegenüber den Tschechen vollkommen fehlgeschlagen waren.⁴⁹ Der erste Reflex von Scurla und Genossen scheint die Vorstellung gewesen zu sein, dass sie bisher zu viel Rücksicht auf tschechische Sensibilitäten genommen hatten, denn es kam gleich zur Einführung radikalerer Sendungen. Entweder hatte Kříž einige neue Projekte bereits in Arbeit oder er stellte sie sehr schnell zusammen, denn schon am 1. Oktober 1941 ging die erste Folge seiner Sendereihe „Was wissen Sie von den Juden?“ in den Äther.⁵⁰ Zwei- bis dreimal wöchentlich zur allerbesten abendlichen Sendezeit konnte die tschechische Hörschaft, soweit ihr danach war, einer Tracht niedriger Gemeinheiten und Verleumdungen ihrer jüdischen Nachbarn lauschen. Zu diesem Zweck heuerte Kříž seine Freunde von der Partei Vlajka sowie andere Gleichgesinnte an. Keiner der dokumentierbaren Autoren kam aber vom Rundfunk, und die Sendereihe geriet schon nach einigen Folgen ins Stocken. Von den 88 einzelnen Sendungen, die zwischen dem 1. Oktober 1941 und dem 28. April 1942 geplant waren, fielen mindestens 14 aus. Manchmal widersprachen sich die Autoren von Folge zu Folge. Nur gelegentlich lässt sich in den Sendetexten eine Logik erkennen.

Nach dem 10. Januar 1942 nahm die Sendereihe auch die Freimaurer ins Visier und lief danach unter dem Titel „Was wissen Sie von den Juden und Freimaurern?“ Nach dem Krieg sagte ein Untergebener von Kříž vor Gericht aus, dass die Qualität der Sendetexte meistens so dürftig war, dass es Kříž zur Verzweiflung trieb, sie überhaupt sendefähig zu machen.⁵¹ Das Geld stimmte aber auf jeden Fall. Für jeden 15- bis 20-minütigen Vortrag verlangte Kříž für die Autoren die damals beträchtliche Summe von 200 Kronen (20 Reichsmark).⁵² Dass er es war, der dieses Projekt zu verwalten hatte, machte Kříž in einer Erklärung für die Protektoratspresse auch unzweideutig klar. Gleichzeitig sprach er erstaunlich offen über das angestrebte Schicksal der jüdischen Bevölkerung: „Der Zweck dieser Sendereihe ist es auch (...) denen die Augen zu öffnen, die sich von den Tatsachen noch nicht haben überzeugen lassen, dass die Juden zwischen uns immer nur Parasiten waren, und dass *ihre Ausrottung nur im Interesse von uns allen und von unseren Kindern sein kann.*“ [kursiv: d.A.]⁵³ Gut zwei Wochen nach Sendebeginn, am

.....
46 Thürmer 1950, S. 16.

47 NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 51, Protokoll der Aussage des Dr. Karel Remeš vom 13. Juni 1946, S. 2.

48 Thürmer 1950, S. 16.

49 Fauth, Tim: Deutsche Kulturpolitik im Protektorat Böhmen und Mähren 1939 bis 1941, Berichte und Studien Nr.

45, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. (Hrsg.), Göttingen 2004, S. 73 (Fauth 2004).

50 Für eine ausführliche Beschreibung dieser Sendereihe siehe: Pinard, Peter Richard: Alois Kříž und die Rundfunksendereihe „Co víte o Židech a zednářích?“ – (Was wissen Sie von den Juden und Freimaurern?), In: Theresienstädter Studien und Dokumente 2005, Institut Theresienstädter Initiative (Hrsg.), Praha 2005, S. 213ff.

51 NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 51. Causa Alois Kříž. Aussage des Zeugen Václav Linhart vom 14. Juni 1946, S. 1.

52 Zum Vergleich verdiente ein Industriearbeiter im Protektorat durchschnittlich 1,148.- Kronen im Monat bei einer 48,5-stündigen Arbeitswoche. „Statistisches Jahrbuch für das Protektorat Böhmen und Mähren 1942“, S. 140.

53 „Rozhlasová korespondence“, Jahrgang IX (1941), Nummer 253.

16. Oktober 1941, verließ der erste der regelmäßigen Deportationstransporte tschechischer Juden das Protektorat mit dem Ziel des Ghettos im polnischen Lodsch. Von den 1.000 Männern, Frauen und Kindern, die mit diesem Transport verschickt wurden, überlebten ganze 27.⁵⁴ Tausende weitere erlitten ein ähnliches Schicksal. Kříž hatte wortwörtlich seinen Beitrag dazu geleistet.

Die „Politischen Sketche“

Damit waren die „Neuigkeiten“ im Tschechischen Rundfunk aber noch nicht erschöpft. Im Laufe des Novembers 1941 stellten Scurla, Maras und Schneider eine Mannschaft zusammen, die sich an den politischen Humor heranwagen sollte. Für den Bereich des Propagandaministeriums war das eine Seltenheit. Goebbels hatte nämlich die politisch-satirische Bildungsfilmreihe „Tran und Helle“ absetzen lassen, nachdem man beim Publikum eine Vorliebe für den negativ gemeinten Miesmacher Tran gegenüber seinem brav-nationalsozialistischen Partner Helle entdeckt hatte. Eine ähnlich konzipierte Filmserie, „Liese und Miese“, gelangte nicht einmal in die Kinos.⁵⁵ Ein Beweggrund für den Schritt im Protektorat war bestimmt auch, dass der tschechische Sendedienst der BBC schon seit Mai 1941 regelmäßig das berühmte Prager Theater- und Filmduo Voskovec und Werich vor das Mikrophon holte, und das Nazi-Regime durch den Kakao ziehen ließ.⁵⁶ Die beiden Mannschaften hätten aber unterschiedlicher nicht sein können. Voskovec und Werich gehörten nämlich zur Crème der antifaschistischen Kultur-Avantgarde der Vorkriegszeit. Bei Scurlas Truppe fiel die Wahl auf eine Reihe gescheiterter und halb-gescheiterter Existenzen, die sich in den meisten Fällen einfach für das Projekt kaufen ließen.

Die neue Sendereihe hieß „Politische Sketche“⁵⁷ und deren führende Kraft war ein junger Prager namens Josef Opluštil (Jahrgang 1908). Opluštil hatte Anfang der 1930er Jahre einige wenig erfolgreiche Theaterkomödien geschrieben, die trotz ihres derben Humors auf verschiedenen Prager Bühnen aufgeführt worden waren. Danach hatte er von Gelegenheitsjobs in verschiedenen Redaktionen, aber auch von der Großzügigkeit seines politisch engagierten Schulfreunds Jaroslav Mrkvička gelebt. Es gibt auch Indizien dafür, dass der erotoman veranlagte Opluštil sich gelegentlich als homosexueller Prostituirter verdingte.⁵⁸ Es wäre falsch, dieses Duo wirklich als eingefleischte Faschisten darzustellen. Opluštil interessierte sich nachweislich sehr viel mehr für Schürzenjägeri und Saufgelage als für die Politik; während Mrkvičkas politisches Engagement sich stets danach richtete, wo er die größten Vorteile für sich und seine Karriere witterte. Zwischen 1935 und 1945 wechselte Mrkvička mindestens viermal die Parteimitgliedschaft und organisierte dabei meistens auch eine Beschäftigung für Opluštil in irgendeiner Institution der jeweiligen Partei. Nach dem Einmarsch fand Mrkvička schnell Verbindungen zum Sicherheitsdienst, für den er das tschechische politische Establish-

54 Nach Angaben der Webseite www.holocaust.cz ein Gemeinschaftsprojekt der Theresienstädter Initiative und des Jüdischen Museums in Prag.

55 Herzog, Rudolph: Heil Hitler, das Schwein ist tot! Lachen unter Hitler – Komik und Humor im Dritten Reich, Verlag: Eichborn Berlin, 2006, S. 179 (Herzog 2006).

56 Siehe: Burian, Jarka M.: „Přihody Voskovce a Wericha v Americe 1939-1945“ („Begebenheiten von Voskovec und Werich in Amerika 1939-1945“, bei: host.divadlo.cz/art/clanek.asp?id=9666 (letzter Zugriff Februar 2013).

57 Für eine ausführliche Behandlung der „Politischen Sketche“ siehe: Pinard, Peter Richard: „Humor im Dienst der Verleumdung, Antisemitische ‚politische Sketche‘ im Tschechischen Rundfunk 1941-1945“, In: Institut Theresienstädter Initiative (Hg.), Theresienstädter Studien und Dokumente 2007, Praha, S. 92ff.

58 Opluštil, Josef: „Žid-zednář a bílý Žid, nepřítel českého národa“ („Der Jude-Freimaurer und weißer Jude, Feinde der tschechischen Nation“), *Nástup Červenobílých*, Band II, Nummer 31, (3. August 1940), S. 6.

ment später ausspionierte. Opluštil nahm er dabei natürlich mit. In den Rundfunk kam Opluštil dann anscheinend nach herzhaften Empfehlungen des deutschen Direktors des Prager Orbis-Verlags Friedrich Rudl⁵⁹ und des Sicherheitsdienstes selbst.⁶⁰

Zu Opluštil gesellte sich dann noch ein tatsächlich überzeugter tschechischer Faschist und Verseschreiber namens Josef Rejthar (1896-1979), der als Autor der übelsten Lieder der „Politischen Sketche“ fungierte. Rejthars Hass auf das demokratische System im Allgemeinen und auf die ersten tschechoslowakischen Präsidenten Tomáš G. Masaryk und Edvard Beneš im Besonderen datierte spätestens zurück ins Jahr 1933. Zu jener Zeit wurde er wegen unzüchtiger Handlungen an einer Minderjährigen verurteilt, was seiner Karriereaufbahn als Klassenlehrer verständlicherweise sehr abträglich war.⁶¹ Rejthar galt als ein streit- und rachsüchtiger Intrigant, mit dem weder die Besatzungsbehörden noch andere tschechische Kollaborateure etwas zu tun haben wollten. Nichtsdestotrotz konnte Rejthar einigermaßen gut Reime basteln und populäre Lieder nach Bedarf umdichten, so dass er bei Opluštils „Politischen Sketchen“ durchaus eine Verwendung fand.

Die Sketche wiesen fast nie tatsächlich durchdachte Handlungen auf, sondern waren eher Kollagen wilder, bissiger und fast immer primitiv-verleumderischer Ausfälle gegen die Demokratie, die tschechoslowakische Exilregierung und die Führer der Anti-Hitler-Koalition. Beim ganzen Schaffen dieser pro-nazistischen Kabarettisten fiel den Juden natürlich eine zentrale Rolle als Feindbild zu. Ob der amerikanische Präsident Franklin Roosevelt oder der tschechoslowakische Exilpräsident Edvard Beneš (dessen Namen sie auf „Ben Eš Éda, früher Pick“ umdichteten), alle Führer der Alliierten sollten als Juden dargestellt werden. Die Absicht war es, deren Widerstand gegen Hitler als jüdische Verschwörung zu verunglimpfen. Ein Trick, der häufig bei den „Politischen Sketchen“ zum Einsatz kam, war auch die Verwendung der Titel bekannter Werke anderer Autoren, aber mit neuem Inhalt.

Das wilde Intermezzo

All die Bemühungen um Neuerungen im tschechischen Rundfunkprogramm nutzten Scurla schließlich aber nichts. Marek und er wurden abberufen und zur Bewährung an die Front geschickt. Im Laufe des Novembers 1941 beorderte Goebbels den Intendanten des RS-Breslau, Hanns-Otto Fricke, nach Prag, um in der Position eines Überleitungskommissars den Rundfunk im Protektorat umzugestalten. Das Entsetzen der tschechischen Hörerschaft in Sachen Programmqualität wird bei dieser Entwicklung bestimmt keine Rolle gespielt haben, obwohl man im Amt des Reichsprotectors zu der Zeit besorgt eine verstärkte Abmeldebewegung unter den Tschechen feststellte.⁶²

59 Friedrich Rudl wurde im Jahre 1902 in der Prager Arbeitervorstadt Smichow geboren. Während der 1920er und 1930er Jahre lebte er in Frankreich, Belgien, Nordafrika und in anderen Ländern, wo er wegen gelegentlicher Veruntreuungsdelikte und dergleichen auch bestraft wurde. Er scheint dabei gleichzeitig Informationen für deutsche Spionagestellen gesammelt zu haben. Nach der Gründung des Protektorats kehrte Rudl zurück nach Prag, wo er in einflussreichen NS- und Sicherheitsdienstkreisen verkehrte. Allmählich wurde er Leiter des mit dem Rundfunk eng verbundenen Orbis-Verlags. Nach dem Krieg scheint er in Frankfurt am Main den kurzlebigen Friedrich Rudl Verlag gegründet zu haben, der sich unter anderem auf die Herausgabe amerikanischer Comics spezialisierte. Seine Polizeiakte im Prager Nationalarchiv liest sich wie ein Abenteuerroman: NA-PŘ, Karton 9686, Signatura R2431/9; und SOA-MLS, LS125/48, Causa Josef Opluštil, Karton 741, S. 17.

60 SOA-MLS Praha, LS125/48, Causa Josef Opluštil, Karton 741, Seite 17, Verhör des ehemaligen SD-Agenten Kurt Wilfer; und AMV301-76-2, Seite 215, Endbericht über die illegalen Aktivitäten des Josef Opluštil vom 28. August 1946.

61 Erstaunlicherweise wurde er zur Strafe an eine Knabenschule in die Slowakei versetzt. AMV 141-150-159.

62 NA, Fond ÚŘP-ST-AMV, 109-4-1423, Seite 54, Rundfunkbesprechung bei Herrn Staatssekretär SS-Gruppenführer K.H. Frank am 13. November 1941.

Stattdessen wird es vermutlich der Ärger höherer Instanzen über den ständigen Kleinkrieg zwischen Marek und Scurla gewesen sein. Im Sommer 1941 hatte sich Marek wieder über die stiefmütterliche Behandlung seines Reichssenders in Berlin beschwert. Scurla bestritt die Beschuldigungen in einem mehr als 100 Seiten langen Rechtfertigungsschreiben.⁶³ Für Herrschaften, die ein Sendegebiet von der spanischen Grenze bis kurz vor Moskau und von Norwegen bis nach Nordafrika zu verwalten hatten, war das alles nur lästiger Kleinkram aus der Provinz. Ein weiterer Faktor kann auch gewesen sein, dass der Tschechische Rundfunk langsam aber sicher dem Bankrott entgegen-schlitterte. Bis zum Ende des Jahres 1941 hatte die früher durchaus profitable Firma bereits 4,24 Millionen Kronen Schulden angehäuft, so dass sie eigentlich zum 31. Dezember zahlungsunfähig geworden wäre. Nur durch eine Anleihe der Protektoratspost blieb der Tschechische Rundfunk noch liquide.⁶⁴

Was auch immer die Rundfunkführung veranlasst haben kann, Fricke nach Prag zu schicken, eine Besserung der Lage brachte es nicht – im Gegenteil. Ferdinand Thürmer (Jahrgang 1900), der Fricke's Nachfolger werden sollte, berichtete später, dass Fricke eine Politik auf eigene Faust betrieb, bei der er ein eigenes Senderimperium unter Zusammenlegung des RS-Breslau, des RS-Böhmen, der Sender des Generalgouvernements und der Slowakei errichten wollte.⁶⁵ Gleichzeitig wurde die bereits prekäre Finanzlage des Protektoratsrundfunks durch die massive Übernahme von Sendungen des Reichsprogramms sowie die Herstellung eigener deutscher Produktionen weiter strapaziert.⁶⁶ Thürmers Angaben lassen sich hier auch gut nachweisen. Zwischen der Sendeweche vom 30. November 1941 und der Sendeweche vom 1. März 1942 hatten sich die Übernahmen vom Reichsprogramm beinahe verdoppelt.⁶⁷

Es blieb auch nicht nur bei Programmübernahmen. Rechnet man die offensichtlichen direkten Einflüsse des Besatzungsregimes auf das Programm des Tschechischen Rundfunks – das heißt Musik von deutschen Komponisten, Sendungen gänzlich in der deutschen Sprache und Sendungen deutschen oder nazistischen Inhalts in der tschechischen Sprache, die ich zusammenfassend als „Germanisierungs-Nazifizierungs-Faktor“ (GNF) bezeichne⁶⁸ – so stiegen die Werte für die gleiche, oben erwähnte Zeitspanne von 31,8 auf 47,3 Prozent der gesamten Sendezeit der tschechischen Mittelwellensender. Das bedeutet, dass die tschechische Hörerschaft, soweit sie die einheimischen Sender überhaupt noch einstellte, knapp die Hälfte der Zeit mit deutscher Musik, mit Wortsendungen in deutscher Sprache (wie etwa der „Kameradschaftsdienst“) oder mit Sendungen von Moravec, Schneider, Kříž, Opluštil und so weiter versorgt wurde. (siehe Grafik S. 19)

.....
63 NA, ÚŘP-ST-AMV, 109-4-1423, S. 109, Scurlas Rechtfertigungsschreiben vom Oktober 1941.

64 NA, ÚŘP-ST-109-4-1505, Karton 94, Brief Thürmer an Wolf vom 2. August 1942 mit dem Finanzplan der Sendergruppe Böhmen-Mähren für die Zeit vom 1. April 1942 bis 31. März 1943, Seiten 17 und 18.

65 Thürmer 1950, S. 5.

66 Thürmer 1950, S. 16.

67 Sie stiegen von 16 auf 28 Prozent der gesamten Sendezeit der tschechischen Sender.

68 Um ein vollkommenes Bild des Programminhalts zu bekommen, müsste man natürlich mehrere nicht messbare Programmelemente wie Zensorstriche einzelner Sendungen oder die aus Quellen des Deutschen Nachrichtenbüros gestalteten Nachrichtensendungen dazurechnen. Leider ist das anhand der überlieferten Materialien aber nicht möglich. Für die Sendeweche 9/1939 vom 26. Februar, fast drei Wochen vor dem deutschen Einmarsch, kann natürlich von keinen Germanisierung-Nazifizierungsabsichten die Rede sein, im Gegenteil. Mindestens zwei der Musiksendungen deutscher Komponisten jener Woche brachten Werke der nach den Nürnberger Gesetzen als Juden eingestufteten Komponisten Felix Mendelssohn-Bartholdy und Leo Ascher.

Die Ära Thürmer

Eines der besten Dokumente über die Rundfunkpolitik der zweiten Hälfte der deutschen Okkupation lagert heute im Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt/M. Hinter dem schlichten Titel „Sendergruppe Böhmen-Mähren“ steht ein Rechtfertigungsschreiben aus der Feder Ferdinand Thürmers, Nachfolger von Scurla, Marek und Fricke in Prag, das er im Frühjahr 1950 verfasste. Es wirft ein scharfes Licht auf die Verhältnisse im Rundfunk im Protektorat vom Tag seiner Ankunft am 2. Januar 1942 bis hin zum Prager Aufstand im Mai 1945. Thürmer war ein Rundfunkmann mit langjähriger Erfahrung. Bevor er zur Wehrmacht eingezogen wurde, hatte er als Sendeleiter des Reichssenders Frankfurt gedient.⁶⁹ Auch wenn wir manche Stellen seines Textes *con grano salis* lesen müssen, bleibt das Dokument im Großen und Ganzen glaubwürdig.

Thürmers Umgestaltung des Rundfunks im Protektorat war gründlich und auch intelligent durchdacht. Vereinfacht dargestellt verschmolz er alle Sender des Protektorats zu einer einzigen Gesellschaft. Am 13. März 1942 übernahm die Reichs-Rundfunk-Gesellschaft offiziell 100 Prozent der Firmenanteile des Tschechischen Rundfunks.⁷⁰ Diese Vorgänge blieben aber vordergründig nur für die deutsche Öffentlichkeit wirklich erkennbar. In der deutschen Presse wies man fortan auf die Sendungen der Sendergruppe hin. In der tschechischen Presse sprach man aber weiterhin vom Tschechischen Rundfunk. Es ging so weit, dass es fast unmöglich war, eine tschechische Version des deutschen Begriffes „Sendergruppe“ zu finden. Das offizielle, deutsch-tschechisch geschriebene „Landesadressbuch von Böhmen und Mähren 1943/44“ enthält zum Beispiel nur die ungewöhnliche Eintragung „Sendergruppe Čechy-Morava“ in seinem tschechischen Teil.⁷¹ Es gab tatsächlich einen tschechischen Begriff dafür – „Vysílací skupina Čechy-Morava“⁷² – aber kaum jemand außerhalb des Rundfunkhauses wird ihn jemals wahrgenommen haben. So blieb der Rundfunk für das deutsche Publikum optisch vollkommen in deutschen Händen, während die Tschechen ihn weiterhin als Tschechischen Rundfunk ansehen konnten. Eine kleine Ausnahme hier wird vielleicht die Einführung deutsch-tschechischer Programmansagen ab Mitte März 1942 gewesen sein.⁷³ Jedoch werden die paar Sekunden für Phrasen wie: „Es folgt gleich ein Konzert der Tschechischen Philharmonie unter der Leitung von Rafael Kubelík“ unter den gefährlichen Realitäten des Lebens im Protektorat vermutlich am wenigsten gestört haben.

In diesem Zusammenhang kam es auch zu einem weiteren Paradox: Ausgerechnet unter dem Alt-Nazi und SS-Mann Ferdinand Thürmer konnten die tschechischen Rundfunkangestellten etwas aufatmen. Ihr bisheriger Intendant Miloš Kareš verließ den Tschechischen Rundfunk zwar auch Anfang 1942,⁷⁴ aber die Entwicklung war aus tschechischer Sicht insgesamt positiv. Wie Personalreferent Karel Remeš es nach dem Krieg beschrieb: „Man arbeitete auf eine unauffälligere und weniger laute Art. Es erfolgte für alle Abteilungen eine spürbare Entspannung...“⁷⁵

.....

69 Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, PK/Partei Korrespondenz Kartonnr. R0017, Lesefilmnr. R16, 1417.

70 NA-NárS, Karton 107, Ordnungsnummer 60, Umriss der Organisation und Tätigkeit des Tschechischen Rundfunks während der Okkupation vom Personalreferent Dr. Jur. Karel Remeš vom 26. Juni 1946, Deckblatt.

71 Landesadressbuch von Böhmen und Mähren, Handbuch der Wirtschaft - Zemský adresář pro Čechy a Moravu, Hospodářský almanach 1943/44, S. 47.

72 AČRo, SM-7/22, Hausrundschreiben Nr. 35 vom 8. Juni 1942.

73 „Týden rozhlasu“, Band IX, Nummer 14, (4. April 1942), S. 2.

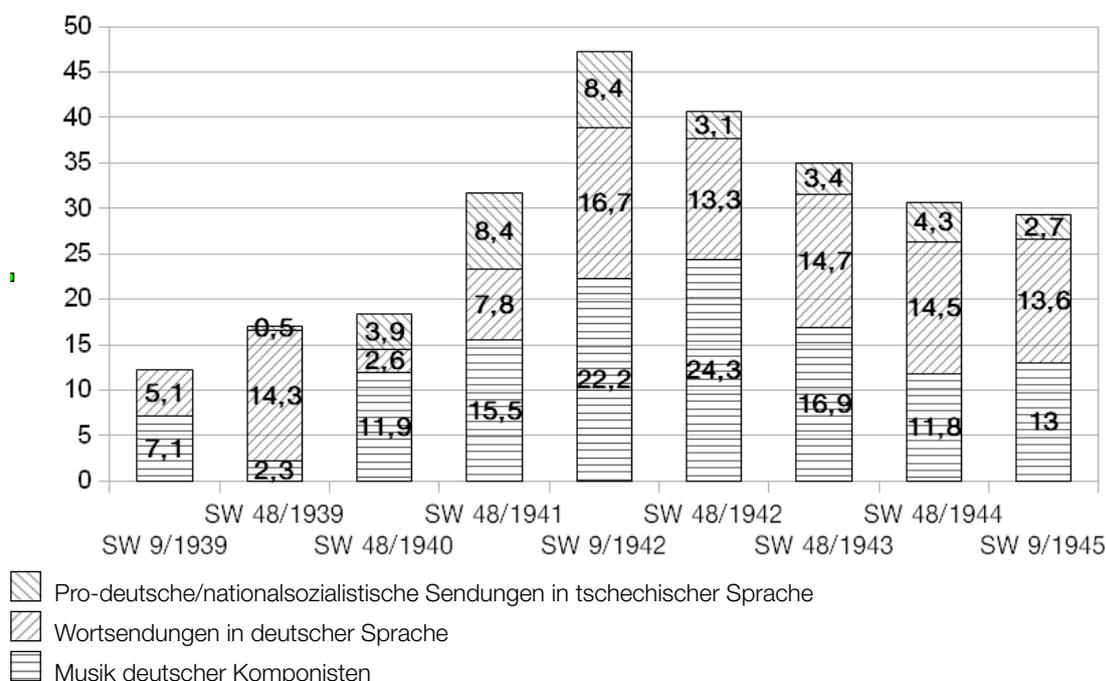
74 Kareš war allerdings seit Monaten häufig lungenkrank und starb zwei Jahre später. AČRo, Personalakte Kareš. Brief Thürmer an Kareš vom 23. März 1942.

75 NA-NárS, Karton 107, Ordnungsnummer 60, Umriss der Organisation und Tätigkeit des Tschechischen Rundfunks während der Okkupation vom Personalreferent Dr. Jur. Karel Remeš vom 26. Juni 1946, S. 2.

Maras, Schneider und fast alle anderen Plagegeister wurden kurzerhand entlassen. Moravec avancierte im Januar 1942 zum Minister der Protektoratsregierung, trat fortan eher nur zu wichtigen offiziellen Anlässen vor das Mikrophon, und das ohne Honorar. Kríž und Opluřtil wurden zunächst auch entlassen, später aber zu weniger üppigen Bedingungen und unter der strengen Kontrolle von Thürmers neuem Sendeleiter SS-Untersturmführer Horst Pabel (1911-1945) wieder eingestellt. Wie Scurla war Pabel bei der Ankunft in Prag auch nur knapp 30 Jahre alt. Der große Unterschied zu Scurla bestand jedoch darin, dass Pabel bereits mehrere Jahre praktische Rundfunkerfahrung in den Reichssendern Leipzig,⁷⁶ Danzig⁷⁷ und auch beim Rundfunk im besetzten Polen besaß.⁷⁸

Germanisierungs-Nazifizierungs-Faktor als Prozentsatz der Gesamtsendezeit der tschechischen Mittelwellensender

(Sendewoche (SW) 9/1939 enthält PragII-Melnik, Sendewoche 9/1945 enthält Pilsen)



Fortan übernahm Thürmer die Rolle des gütigen, fast väterlich-besorgten Firmenchefs, der die Finanzlage durch Erhöhung der Rundfunkgebühren auf 15 Kronen (1,50 Reichsmark) sanierte, und dann die Gehälter der Belegschaft auf Reichsniveau an hob. Pabel fiel dann die Rolle des furchteinflößenden Vorgesetzten zu, von dem stets „Druck und elegante Gewalt“ ausgingen.⁷⁹ Pabel blieb seinen Untergebenen tatsächlich als arroganter junger Nazi in Erinnerung, der beispielsweise über die tschechische Sprache gesagt haben soll: „Diese Sprache werde ich nie brauchen, also werde ich sie auch nie lernen“.⁸⁰ An Pabels Fachkenntnissen konnten sie aber – im Unterschied zu Scurla – nichts aussetzen, was die Zusammenarbeit wohl etwas erleichterte.

76 Weinbrenner: Handbuch des Deutschen Rundfunks Jahrbuch 1939/1940, Seite 259.

77 SOA, MLS1427/46, Causa Horst Pabel, Karton 273, Seite 17, Aussage des Zeugen Josef Šváb vom 20. Juli 1945.

78 Kriegler, Hans: Rundfunkmänner an der Front, Wie aus „Polski Radio Katowice“ der deutsche Sender Kattowitz wurde“, In: „Der Rundfunk“, Band 3, Nummer 1/2 (Oktober/November 1939), S. 7f.

79 SOA, MLS1427/46, Causa Horst Pabel, Karton 273, Seiten 15 und 16, undatierte Nachkriegsaussage des Rundfunkangestellten Josef Cincibus.

80 SOA, MLS1427/46, Causa Horst Pabel, Karton 273, Seite 20. Aussage des Josef Šváb vom 20. Juli 1945.

Die neue Führung hatte auch gleich Auswirkungen auf das Programm. Die negative und so primitiv gestaltete Sendereihe „Was wissen Sie von den Juden und Freimaurern?“ wurde Ende April 1942 abgesetzt und durch „Aufbau! – Budujeme!“ über die vermeintlich positiven Seiten des Nazismus ersetzt.⁸¹ Thürmer schnitt den Wildwuchs der politischen Sendungen soweit wie möglich zurück. Machten die offensichtlich politischen Sendungen in tschechischer Sprache in der Woche vom 1. März 1942 durchschnittlich 8,3 Prozent der Sendezeit aus, so waren es in der Woche vom 29. November 1942 nur noch 3,1 Prozent, und sie blieben bis in das Frühjahr 1945 auf einem ähnlichen Niveau. Nach der verlorenen Schlacht bei Stalingrad und der Ausrufung des totalen Kriegs wurden auch Programme für tschechische Zwangsarbeiter im Reich wieder eingeführt. Scurla hatte sie im Jahre 1940 verboten, denn die tschechischen Arbeiter sollten nicht durch Erinnerungen an die Heimat von ihrer Eindeutschung abgehalten werden. Thürmer und Pabel gründeten einen wöchentlichen Kameradschaftsdienst, „Grüße an die tschechischen Arbeiter im Reich“ genannt, der jeden Montag zwischen 20.15 und 22.00 Uhr ausgestrahlt wurde. Unterhaltung war auch mehr gefragt. Der Musikanteil am Gesamtprogramm stieg unter Thürmer von 56 auf 66 Prozent der Sendezeit. Für politischen Humor gab es im Programm weiterhin Platz. Da aber die jüdische Bevölkerung des Protektorats in der zweiten Hälfte der Okkupation bis auf wenige Ausnahmen schon deportiert und ermordet worden war, musste Opluštil in seinen neuen Sendereien „Einst und Heute“ oder „Politische Bilder“ auf Geschehnisse aus der alten Republik zurückgreifen, bzw. Gestalten wie „Kohn, der letzte jüdische Mohikaner“⁸² kreieren.

Zusammenbruch und Nachkriegsschicksale

Auch wenn Thürmers Politik im Protektoratsrundfunk intelligenter war als die seiner Vorgänger, half sie der nazistischen Sache in Böhmen und Mähren letztendlich wenig. Am 5. Mai 1945 eröffnete der Ansager Zdeněk Mančal die Frühnachrichten mit dem gemischtsprachigen Satz „Je sechs hodin“,⁸³ der als Signal zum Ausbruch des Prager Aufstands diente. Um das Rundfunkhaus entbrannte ein Kampf zwischen Aufständischen und SS-Wachmannschaften, der in etwa bis zum Einmarsch der Roten Armee am 9. Mai andauerte. Da die Tschechen die deutschen Bezeichnungen im Hause entfernt hatten, und die Wachmänner anscheinend Pabels Meinung hinsichtlich der tschechischen Sprache teilten, konnten Mitarbeiter des Rundfunks trotz der Kämpfe lange Zeit unentdeckt vom Rundfunkhaus aus senden.

Thürmer wurde während der Kämpfe verhaftet und Ende Mai an den sowjetischen Geheimdienst NKWD ausgeliefert.⁸⁴ Erstaunlicherweise überlebte er und wanderte laut Verwandten später nach Großbritannien aus. Pabel kam in ein Prager Internierungslager. Bis in den Herbst 1946 bereiteten die Behörden einen Prozess gegen ihn vor. Erst als Pabel verhört werden sollte, merkte man, dass er schon im August 1945 im Lager an Dysenterie gestorben war.⁸⁵ Maras⁸⁶ und Scurla⁸⁷ verschwanden irgendwo an der Ostfront. Marek überlebte den Krieg und starb wahrscheinlich in Hamburg im Jahre

.....

81 NA-NárS, Karton 107, Ordnungsnummer 60. Notiz Pabel an Kříž vom 13. Mai 1942.

82 Aus der Sendung „Einst und Heute“ vom 26. Mai 1943.

83 Wortwörtlich auf Tschechisch „je“ = „Es ist“, dann deutsch: „sechs“ und tschechisch wieder „hodin“ = „Uhr“.

84 AMV301-5-1, S. 66.

85 SOA-MLS Praha, LS1427/46, Causa Horst Pabel, Karton 273, S. 36.

86 Brief V/25 677/51 von Frau Foth-Müller, Deutsche Dienststelle Berlin (WASSt), an den Autor vom 19. Juli 2005, S. 2.

87 ebd.

1967.⁸⁸ Nach seiner Entlassung vom Rundfunk machte Georg Schneider weiter Karriere als Manager bei der Prager Filiale von IBM.⁸⁹ Er soll dort sogar die Einweisung mehrerer tschechischer Untergebener in Arbeitserziehungs- bzw. Konzentrationslager veranlasst haben.⁹⁰ Es gelang Schneider, in den Wirren des Prager Aufstands nach München zu entkommen, wo er seine Karriere bei IBM fortsetzte. Wegen des Hintergrunds seiner Frau konnte er sich sogar als Verfolgter des Nazi-Regimes ausgeben.⁹¹

Bei den Tschechen waltete das Schicksal ähnlich unausgeglichen. Josef Rejthar floh am 6. Mai 1945 aus Prag und wanderte im Jahre 1951 in die USA aus.⁹² Opluštil⁹³ und Mrkvička⁹⁴ verschwanden ein Jahrzehnt in tschechischen Arbeitslagern. Moravec erschoss sich in seinem Auto am ersten Tag des Prager Aufstands.⁹⁵ Kříž wurde beim Verlassen des Rundfunkhauses von einer aufgebrachten Menschenmenge fast gelyncht. Nach dem Krieg kam er vor das Nationale Gericht, das Verbrechen gegen die nationale Ehre ahndete. Dort gab Kříž zu, dass seine Arbeit im Ausland sicherlich keinen guten Eindruck hinterlassen habe. Die politische Verantwortung hätte aber die ganze Zeit entweder bei Maras oder Thürmer gelegen.⁹⁶ Kříž behauptete sogar, die Arbeit nur angenommen zu haben, um die Mitarbeit eines „bereitwilligeren und nachgiebigeren“⁹⁷ Kollaborateurs zu verhindern. Da dieses Bild die Vorstellungskraft des Gerichts aber bei weitem überstieg, bot Kříž noch an, „dass er nun bereit wäre, ebenso für den Kommunismus zu arbeiten, wie er für den Nazismus gearbeitet hatte“.⁹⁸ Vermutlich überraschte es ihn, dass die tschechoslowakische Staatsanwaltschaft sein Angebot nicht nur nicht annahm, sondern es ihm als weiteren Beweis seiner Skrupel- und Charakterlosigkeit auslegte. Er wurde am 26. März 1947 zusammen mit zwei weiteren pro-nazistischen tschechischen Journalisten erhängt.⁹⁹ Die Nachrichten von der Vollstreckung des Urteils konnten zu diesem Zeitpunkt schon doppelt so viele tschechische Rundfunkteilnehmer hören wie beim Einmarsch der Wehrmacht im Jahre 1939.¹⁰⁰

.....

88 E-Mail vom Standesamt Forst (Lausitz) an den Autor am 21. Dezember 2004.

89 Obwohl eine amerikanische Firma, arbeitete IBMs Niederlassung in Prag während der ganzen Protektoratszeit über, allerdings unter dem wenig auffälligen Firmennamen Elektrische Buchungs- und statistische Maschinen G.m.b.h. Eine der ersten Reaktionen von IBM Prag auf den Überfall der Nazis auf die Tschecho-Slowakei im März 1939 war es, sich vom langjährigen jüdischen Management der lokalen Filiale zu trennen. Im Jahre 1946 wurde die Firma in „International Business Machines pro Československo“ umbenannt. Unter diesem Namen operierte sie dann ohne weitere Probleme bis nach der anti-kommunistischen Revolution im Jahre 1989. Siehe: SOA, Bestand KST Praha, ThXX15.682/47, Karton 13.

90 AMV Z-C-3062/143-11.9.46. sowie SOA, Bestand KST Praha, ThXX15.682/47, Karton 13, S. 2.

91 AMV Z-C-3062/143-11.9.46.

92 Passagiersliste des Schiffes General W C Langfitt. Gefunden bei: [ancestry.com/cgi-bin/sse.dll?f2=General W C Langfitt&db=passengerships](http://ancestry.com/cgi-bin/sse.dll?f2=General+W+C+Langfitt&db=passengerships) (letzter Zugriff Februar 2013).

93 SOA-MLS Praha, LS125/48, Causa Josef Opluštil, Karton 741, S.217 und 245.

94 SOA-MLS Praha, LS104/48, Causa Jaroslav Mrkvička, Karton 735, Urteil im Namen der Republik vom 26. Mai 1948.

95 Uhlíř, Jan B.: Emanuel Moravec Český nacionální socialista (Emanuel Moravec ein tschechischer Nationalsozialist), In: „Historie a Vojenství“ („Geschichte und Militärwesen“), Časopis Vojenského Historického Ústavu, Band LV, Nummer 2/2006 S.25ff., und Nummer 3/2006 S.49ff.

96 NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 51, Verhör des Angeklagten Alois Kříž vom 29. November 1945, S.2 und 5.

97 NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 51, Verhör des Angeklagten Alois Kříž vom 18. Juni 1946, Seite 5. Kříž scheint befürchtet zu haben, er könnte durch den Vlajka-Anhänger und Gestapo-Agenten Vojtěch/Adalbert Musil ersetzt werden, der im Jahre 1938 die tschechisch-sprachigen Sendungen des Reichssenders Wien mitgestaltet hatte. Siehe: NA-NárS, Karton 114, Ordnungsnummer 268, Brief vom ehemaligen Vlajka-Angestellten Jindřich Hasman an Křížs Rechtsanwalt, Dr. jur. Ladislav Vejchoda Ambros, vom 10. März 1947; und auch AMV-Mapa 10/10.

98 NA-NárS, Karton 106, Ordnungsnummer 46, Charakteristiken des Angeklagten Alois Kříž, S. 1

99 Kříž folgten Antonín J. Kožíšek, der unter anderem auch Folgen für Křížs Sendereien geliefert hatte, und Rudolf Novák von der Zeitschrift „Arijský boj“ an den Galgen.

100 Zum Jahresende 1946 waren 1.662.003 Rundfunkempfänger in der ganzen Tschechoslowakei angemeldet, davon 1.509.853 in den Ländern Böhmen und Mähren-Schlesien. Siehe: Ješutová et al: Od mikrofonu. S.613, Tabelle II. Počet koncesionářů (Zahl der Rundfunkkonzessionäre).

Ansgar Diller

Beschlagnahme von Rundfunkgeräten in den Niederlanden 1943

Ein Dokument zum Ablauf

Während des Zweiten Weltkriegs sah sich das nationalsozialistische Dritte Reich in nahezu allen von ihm besetzten Ländern einem nicht direkt greifbaren Feind gegenüber: den von Exilregierungen und anderen politischen Organisationen betriebenen Rundfunkstationen; darüber hinaus den zu deren Unterstützung eingerichteten Sprachenprogrammen vor allem der BBC. Es waren also keineswegs nur die in deutscher Sprache auf die Bevölkerung im Reich zielenden Sendungen¹, die den nationalsozialistischen Machthabern fast in ganz Europa zu schaffen machten. Auf die Rundfunkstationen und ihre Wirkung führten sie zurück, wenn es zu Unruhen, zu Streiks und Sabotageakten kam. Als Gegenwehr glaubten zuständige regionale Militärs, Polizei, nationalsozialistische Instanzen und politische Entscheidungsträger als ultima ratio nur ein wirksames Mittel zu haben: die Beschlagnahme der Empfangsgeräte, obwohl die Propagandisten sich damit eines eigenen wichtigen Mittels zur Beeinflussung der örtlichen Bevölkerung beraubten.

Dieser Fall trat ein, als am 13. Mai 1943 in den Niederlanden nach einer das gesamte Land erfassenden Streikwelle der Ausnahmezustand ausgerufen und eine Verordnung zur Beschlagnahme der Rundfunkgeräte erlassen wurde.² Gründe für das Vorgehen kommen in einer einschlägigen Passage in den Tagebüchern des nationalsozialistischen Propagandaministers zur Sprache, der nach einem Gespräch mit dem Leiter der Rundfunkabteilung seines Ministeriums am 15. Mai 1943 festhielt:

„Mit Fritzsche bespreche ich die Frage der Einziehung der Rundfunkapparate in den besetzten Gebieten. Er sträubt sich zwar noch mit Händen und Füßen dagegen, aber auf die Dauer wird es doch nicht zu umgehen sein. In Holland werden bereits die Rundfunkapparate eingezogen, den besetzten anderen Westgebieten werden wir sukzessive dazu übergehen, sie zuerst bei den Staatsfeinden einzuziehen und dann als Strafmaßnahme in den Städten, in denen Sabotage und Terrorakte vorkommen. Die Propaganda der Engländer schlägt natürlich in den besetzten Gebieten besser ein als die unsere, weil sie der Bevölkerung in den besetzten Gebieten mehr verspricht, als wir ihr versprechen können. Infolgedessen sind wir in der Rundfunkpropaganda immer im Nachteil. Bei der Pressepropaganda ist das etwas anderes, weil wir hier allein zu Wort kommen.“³

Das nachfolgend abgedruckte, nicht direkt datierte Dokument, die Abschrift eines „Aktenvermerks“ zur Beschlagnahme von Rundfunkempfangsgeräten in den Niederlanden, ist offenbar Ende Januar 1945 entstanden, wie sich einer der Datumsangaben darin

.....
1 Vgl. Conrad Pütter: Rundfunk gegen das „Dritte Reich“. Ein Handbuch. München u.a. 1986; Hans Sarkowic, Michael Crone: Der Kampf um die Ätherwellen. Feindpropaganda im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main 1990; Conrad Pütter: Rundfunk. In: Claus-Dieter Krohn u.a. (Hrsg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933-1945. Darmstadt 1998, Sp. 1087-1103.

2 Vgl.: Michael Crone: Hilversum unter dem Hakenkreuz. München u.a. 1983, S. 213, 226-232; Martin Bott: Radio der Gegenpropaganda. Der niederländische Exilsender ‚Radio Oranje‘ im Widerstand gegen die deutsche Besatzung (1940-1945). In: Mitteilungen StRuG Jg. 20 (1994), H. 4, S. 165-203, S. 182ff.

3 Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil II, Bd. 8. München u.a. 1993, S. 304.

zu entnehmen ist. Es stammt aus dem Nachlass von Hans-Ulrich Berkner und wurde von seinem Sohn Friedrich Berkner zum Abdruck zur Verfügung gestellt. Hans-Ulrich Berkner, 1908 in Königsberg geboren, begeisterte sich schon als Jugendlicher für den Rundfunk, studierte von 1927 bis 1933 Elektrotechnik in Breslau und trat 1934 als Referendar in die Dienste der Deutschen Reichspost. Als Assessor, Post- und Oberpostrat befasste er sich an verschiedenen Einsatzorten im In- und Ausland vor allem mit der Überwachung von Sendeanlagen. Im November 1940 in die Niederlande abkommandiert, leitete er ab Anfang 1943 bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs die Abteilung Technik bei der Deutschen Post in den Niederlanden. Bis zu seiner Pensionierung 1973 stand er in den Diensten der Deutschen Bundespost, zuletzt als Leitender Oberpostdirektor beim Fernmeldetechnischen Zentralamt in Darmstadt. Berkner starb 2004.⁴

Das Dokument befasst sich detailliert mit den bürokratischen Abläufen und dem damit verbundenen enormen Aufwand der Beschlagnahmeaktion, nennt die daran beteiligten deutschen Besatzungsdienststellen und die niederländischen Helfershelfer von Post und Polizei. Unterbelichtet dabei bleibt die politisch-propagandistische Dimension des Vorgehens. Da der Besatzungsmacht niemals ein vollständiger Zugriff auf die Rundfunkempfangsgeräte gelang, um damit den Empfang ausländischer Rundfunkstationen zu unterbinden, bedeutete dies ein Scheitern ihrer Rundfunkpolitik in den besetzten Niederlanden.

Abschrift

Aktenvermerk

über die Durchführung der Rundfunk-Aktion

Am 13. Mai 1943 wurde unter Bezug auf den durch eine allgemeine Streikbewegung in den Niederlanden verhängten Ausnahmezustand die Verordnung über die Beschlagnahme und Einziehung aller Rf-Empfangsanlagen vom Höh.SS-u.Pol.-Führer erlassen. Diese Verordnung sah vor, dass alle Rundfunkempfänger im Besitze niederländischer Staatsangehöriger bis zu einem bestimmten Stichtag abgegeben werden sollten. Ausnahmen waren vorgesehen:

- a) Benutzung von Rf-Empfängern ohne jede Einschränkung,
- b) Vorläufige Freistellung von der Ablieferungspflicht.

Zu a) Das Betreiben von Rf-Empfängern ist nur reichsdeutschen Angehörigen der Dienststellen des Reichskommissars gestattet.

Zu b) Alle anderen in Holland ansässigen und z.Z. eingesetzten Reichsdeutschen mussten ihr Gerät auf einem vorgeschriebenen Formular bei ihrer zuständigen Parteidienststelle anmelden, die die Anmeldung bei den NSB-Dienststellen durchzuführen hatten. Alle auf Grund des Freistellungsverfahrens endgültig genehmigten Empfangsanlagen sollten sterilisiert werden, d.h. der Kurz- und Langwellenteil des Gerätes musste zum Empfang unbrauchbar gemacht werden.

.....

4 Vgl. www.fritzberkner.de/index.php?page=Mein-Vater (letzter Zugriff: 6.11.2012)

Ablieferung der Empfänger

Zur Durchführung der Ablieferung und Abnahme der Empfänger waren in Zusammenarbeit zwischen der PTT und den Bürgermeistern der einzelnen Orte Räume hergerichtet (meistens Warenhäuser). Die Abnahme selbst wurde durch Organe der Polizei bzw. durch die Bürgermeister durchgeführt. Die Apparate wurden verbucht, Name und Adresse des Ablieferers vermerkt und die Gruppe des Schätzwertes angegeben.

Taxierung der Apparate

In den Abnahmestellen waren Rf-Händler eingesetzt, die zur Abnahme besonders verpflichtet waren. Sie nahmen die Bewertung und Prüfung aller eingelieferten Rundfunkempfänger vor. Die Bewertung wurde nach Taxlisten des niederl. Radiohändlerverbandes, den sogenannten Cebubera-Listen, durchgeführt. Hierbei sind die Apparate ihrer Wertigkeit und ihrem Alter entsprechend in verschiedene Klassen eingeordnet. Diese bei der Abgabe festgestellte Klassifizierung wurde in die Liste eingetragen.

Überwachung der Abgabe

Die Abgabe der Rundfunkempfänger sowie die Taxierung wurde stichprobenweise von der PTT (den Beamten des Rf-Überwachungs- und Fahndungsdienstes) und von den deutschen Einsatzleitern überwacht.

Lagerung der Apparate

Die Apparate wurden in von der PTT gemieteten Lägern (in kleinen Gemeinden bei den Bürgermeisterämtern) untergebracht.

Bewachung der Läger

Für die Bewachung der Läger wurde die niederländische Polizei über den Höh.SS-u. Pol.-Führer eingesetzt.

Endgültige Freistellung oder Ablehnung der Freistellungsanträge

Die von den Dienststellen der NSDAP und der NSB herausgegebenen Freistellungsanträge wurden von diesen Dienststellen dem Höh.SS-u. Pol.-Führer zur weiteren Bearbeitung zugeleitet. Nach Überprüfung und Entscheidung durch den Höh.SS-u. Pol.-Führer wurden von diesem der Abt. Post- und Fernmeldewesen Listen der endgültig genehmigten Rf-Teilnehmer und der Ablehnungen zur Weitergabe an die Antragsteller und zur Erfassung bei der PTT zugesandt.

Erteilung der Genehmigungen

Die Erteilung der endgültigen Rf-Genehmigungen ist eine postalische Angelegenheit. Aus diesem Grunde wurden die Genehmigungen durch Abt. Post- und Fernmeldewesen im Namen des Höh.SS-u. Pol.-Führers erteilt. In der praktischen Durchführung wurde folgender Weg eingeschlagen: Zur Erteilung der Genehmigungen waren besondere Formulare gedruckt worden, die auf Grund der Genehmigungslisten von der Abt. Post- und Fernmeldewesen beanschriftet wurden unter besonderer Anführung der Listennummer des Höh.SS-u. Pol.-Führers. Diese verschlossenen Genehmigungen wurden der PTT zur Absendung unter „Einschreiben“ übergeben und von dieser abgesandt. Gleichzeitig wurde hierbei von der PTT eine neue Rf-Hörerkartei aufgebaut.

Sterilisierung der genehmigten Rf-Empfänger

Verordnungsgemäss mussten alle auf Grund des Freistellungsverfahrens genehmigten Rf-Empfänger sterilisiert werden, d. h. es mussten ihnen die Möglichkeit genommen werden, die Sender der Kurz- und Langwellen anzuhören, da gerade auf diesen Wellenbereichen eine zu grosse Anzahl von Feindsendern mit Propagandasendungen arbeiteten. Die Sterilisierung der Empfänger wurde von Radiofirmen durchgeführt. Die Durchführung war folgende: Die Genehmigungsurkunde war nur unter dem Vorbehalt der Sterilisierung des Empfängers ausgesprochen. Die Rf-Teilnehmer hatten sich an die für sie zuständige PTT-Dienststelle des Radiodienstes zu wenden, die geeignete Radiohändler nachweisen musste, die die Sterilisierung durchführen konnten. Zu gleicher Zeit hatte die PTT bei der Anlegung der neuen Hörerkartei die Dienststellen des Radiodienstes entsprechend verständigt, dass innerhalb eines bestimmt bemessenen Zeitraums die jeweils namhaft gemachten Rf-Teilnehmer ihres Bezirks wegen der Sterilisierung ihrer Geräte dort vorsprechen würden. Auf Grunds dieser Massnahmen konnte die Sterilisierung der Empfänger durchgeführt werden. Die umgebauten Geräte wurden dann bei den Händlern durch PTT-Beamte abgenommen, plombiert und den Teilnehmern ausgehändigt. Die Kosten für die Sterilisierung übernahm die PTT auf den allgemeinen Ausgabenfond.

Nichtgenehmigte Rf-Empfangsanlagen

Nach dem gleichen Verfahren wurden auch die Ablehnungen der vorübergehenden Freistellung zum Rf-Empfang ausgeschrieben. Die Ablehnungen wurden wieder von der Abt. Post- und Fernmeldewesen im Namen des Höh.SS-u.Pol.-Führers auf besonders hergestellten Vordrucken ausgesprochen und diese Urkunden unter „Einschreiben“ durch die PTT den Teilnehmern zugestellt. Auch hier war eine Frist gesetzt, in der die Teilnehmer ihren Apparat bei den örtlichen Radiodienststellen der PTT abzugeben hatten. Eine Gegenkontrolle wurde dadurch möglich gemacht, dass die PTT den Bürgermeistern bzw. der niederl. Polizei die Namen des Abgabepflichtigen und die Apparattypen vorher bekanntgegeben hatte.

Verfügung über die Apparatbestände

Nach Verteilung der gesamten beschlagnahmten Apparatbestände auf die einzelnen Bedarfsträger (siehe besondere Zusammenstellung am Schluss) wurde die weitere Verteilung im Rahmen der durch Reichsminister Seyss-Inquart vorgenommenen grundsätzlichen Zuweisung der Hauptabteilung Volksaufklärung und Propaganda übertragen.

Herausgabe von Rf-Apparaten aus den Lägern

Die Herausgabe von Rf-Geräten aus den Lägern kann nur über die Abteilung Post- und Fernmeldewesen erfolgen. Hierfür wurden besondere Vordrucke geschaffen. Nach Zusage einer bestimmten Quote durch die Hauptabteilung Propaganda teilt diese der Abt. Post- und Fernmeldewesen den Empfängern der Geräte sowie die genehmigte Stückzahl mit. Hierauf bekommt die PTT von der Abt. Post- und Fernmeldewesen eine auf dem Vordruck ausgestellte Anweisung, die Geräte auszuhändigen. Dieses geschieht, nachdem sich der Empfänger durch Vorweisung eines Duplikats der an die PTT gegangenen Anweisung ausgewiesen hat.

Erfassung der herausgegebenen Geräte

Alle durch die PTT herausgegebenen Geräte werden von dieser stückzahlmässig und typenmässig erfasst und listenmässig zusammengestellt. Diese Zusammenstellungen wurden bis zum September 44 monatlich von der PTT an die Abt. Post- und Fernmeldewesen eingereicht.

Kontrolle über die ausgegebenen Geräte

Die von der PTT eingereichten Listen finden ihren Beleg in den von dem Empfänger unterschriebenen Empfangsquittungen.

Vergütung der RF-Empfänger

Alle eingezogenen Rf-Empfänger sollen grundsätzlich vergütet werden. Hierzu wurde die Bewertungsmethode für Altgeräte der Händlerschaft gewählt. Die Preise wurden der bereits erwähnten Cebubera-Liste entnommen. Diese sieht für Geräte jeweils eines Jahrgangs mehrere Bewertungsmöglichkeiten je nach Unterhaltungszustand vor. Um allen Ablieferern gerecht zu werden, wurde der niedrigste Vergütungssatz – jeweils die Spalte A der Liste – genommen und ein Zuschlag von 50% festgesetzt. Der so erhaltene Preis liegt dabei für moderne Geräte am Listenhöchstsatz, während die billigen Geräte etwas über dem an sich geringen Altgerätepreis vergütet werden. Zu diesem Satz von (Listenpreis A + 50%) kommt noch ein Zuschlag von 10% der Gesamtsumme, der die Unkosten der PTT decken soll. Der endgültige Vergütungssatz ist also (Listenpreis A + 50%) + 10%.

Um die wirtschaftlich schwachen Volksschichten, die im allgemeinen im Besitze einfacher Empfänger waren, bei der Vergütung etwas besser zu stellen, wurde der Mindestvergütungssatz für ein spielfähiges Gerät auf 40.- fl festgesetzt. Der Händleraltpreis könnte u. U. nur wenige Gulden betragen. Da eine sehr große Anzahl solcher Geräte vorhanden war, wurde durch den Herrn RK der Mindestvergütungspreis auf 30.- / Gerät festgesetzt, um diese Kosten, die der niederländische Staat zu tragen hat, nicht zu hoch zu treiben.

Stellung der PTT

Die niederl. Postverwaltung wurde beauftragt, die gesamten Apparatbestände zu lagern und zu verwalten. da sie als einzige Behörde durch ihre vielen Dienststellen allein dazu in der Lage ist.

Deckung der Unkosten

Die Kosten der Rundfunkaktion, die durch Lagemiete, Transportkosten, Instandsetzung usw. entstehen, werden von der PTT bevorschusst und sollen durch den 10%igen Zuschlag zu den Verkaufspreisen gedeckt werden.

Abrechnung der abgegebenen Apparate

Auf Grund der von der PTT geführten Abgabelisten stellt diese den einzelnen Abnehmern Rechnungen aus, die über die Abt. Post- und Fernmeldewesen geleitet werden. All Einzahlungen werden auf das Konto der PTT geleitet.

Zusammenziehung der Rf-Geräte in Gross-Sammelläger

Die Rundfunkgeräte waren nach Abschluss der Einlieferung in rund 1 100 Lägern zusammengezogen. Unter diesen Lägern befanden sich viele Kleinstläger mit Stückzahlen unter 100 Stück und auch grössere Läger, deren geringer Umfang nicht die Lagemiete und den Aufwand an Bewachung rechtfertigte. Auch im Hinblick auf einen Abtransport der Geräte in das Reich war diese Zersplitterung unerwünscht. Es wurden daher Gross-Sammelläger geschaffen, die an Schiffahrtswegen angelegt wurden.

Durchführung der Transportaktion

Zur Durchführung der Transaktion (Zusammenziehung der Läger und Abtransport nach Deutschland) wurde die deutsche Firma Kühne und Nagel in Rotterdam verpflichtet. Die Firma wurde gewählt, weil sie bei der Zusammenziehung von beschlagnahmten Feindvermögen bereits früher schon eine ähnliche Aktion mit grossem Erfolg durchgeführt hatte.

Transportkosten

Die Kosten für die von der Firma Kühne & Nagel durchgeführten Transporte wurden von dieser in detaillierten Rechnungsaufstellungen bei der Abt. Post- und Fernmeldewesen eingereicht. Hier wurden diese Rechnungen geprüft und festgestellt und daraufhin an die niederl. PTT zur Anweisung an die Firma K & N weitergeleitet. Die PTT kreditiert diese Kosten, die ebenso wie die Transportkosten bis zum Empfänger im Reich von Holland aus gezahlt werden, und nimmt diese Kosten auf den allgemeinen Unkostenfond.

Erfassung der nicht abgelieferten Geräte

Bei Beginn der Rf-Aktion wurde die nicht bei der Generaldirektion der PTT im Haag zentral geführte Kartei der Rundfunkteilnehmer im Auftrage des Höh.SS-u.Pol.-Führers sichergestellt. Durch Vergleich mit den Listen über die Abgabe wurde festgestellt, wer nicht der Aufforderung über die Abgabe nachgekommen war. Auf diesem Wege wurden für zahlreiche Städte Listen derjenigen Personen aufgestellt, die nachträglich durch Polizeiorgane wegen der Nichtablieferung belangt werden sollten.

Polizeiaktion

Die Durchführung der Erfassungsaktion lag in den Händen der Polizei. Der Höh.SS-u.Pol.-Führer hatte mit den grundlegenden Vernehmungen die niederl. Polizei beauftragt. Dieser wurden daher von der PTT die genannten Listen zugeführt. Die Vernehmungsprotokolle wurden von der niederl. Polizei über die PTT an die Abt. Post- und Fernmeldewesen und von hier an den Höh.SS-u.Pol.-Führer gegeben. Bei Prüfung der Protokolle war festzustellen, dass die Art und Weise der Vernehmungen durch die niederl. Polizei nur in den wenigsten Fällen genügte. Dies wurde auch dem Höh.SS-u.Pol.-Führer (Sturmbannführer Deppner) persönlich zum Ausdruck gebracht und später auch Obergruppenführer Rauter mehrfach vorgetragen. Die Deutsche Polizei war infolge anderer wichtiger Aufgaben und des beschränkten Personalkörpers nicht in der Lage, die Untersuchungen von sich aus durchzuführen. Es ist daher die Polizeiaktion in der geplanten Form nicht durchgeführt worden.

In der geplanten Durchführung der Polizeiaktion waren bedeutende Strafen vorgesehen. So sollten Personen, denen die widerrechtliche Benutzung eines Empfängers nachge-

wiesen werden konnte, oder in deren Besitz ein Rf-Gerät gefunden wurde, mit Einziehung des Vermögens, Fortnahme der Wohnung zugunsten deutscher Bombengeschädigter usw bestraft werden. Zu einer solchen Verurteilung ist es nicht gekommen.

Im Rahmen sicherheitspolizeilicher Massnahmen sind dagegen häufiger Razzien veranstaltet worden, die auch zur Beschlagnahme von einigen Rf-Geräten geführt haben. Die auf diese Weise beschlagnahmten Empfänger sind ohne Nachweis in den Besitz des Höh.SS-u.Pol.Führer übergegangen. Die Menge dieser auf diese Weise erfassten Geräte ist nicht bekannt.

Sabotage an Lägern

In einigen Fällen sind durch die Bewachungskräfte der Niederl. Polizei Rf-Läger in Brand gesteckt und auf diese Weise total vernichtet worden. Es handelt sich dabei um etwa 5 000 Geräte. Weiterhin sind in grossem Umfange Beraubungen der Läger vorgenommen worden. In erster Linie sind dabei Rundfunkröhren aus den Geräten entwendet worden.

Beschlagnahme von Lagerbeständen durch Angehörige der Deutschen Wehrmacht

Durch eigenmächtiges Eindringen von Wehrmachtangehörigen in Rf-Lägern und z. T. unter Bedrohung der dortigen PTT- oder Polizeikräfte sind von Wehrmachteinheiten z. T. grössere Bestände an guten Rf-Geräten herausgeholt worden, die stückzahl- und typenmässig von der PTT nicht erfasst werden konnten, da die Wehrmachtangehörigen sich weigerten, Quittungen irgendwelcher Art abzugeben. Vielfach sind Rundfunkgeräte auf Grund von Freigabebescheiden der Ortskommandanten oder von Einheitsführern abgeholt worden. Nach vorsichtigen Schätzungen der PTT beläuft sich die Zahl der bis zu den Septembertagen auf diese Weise von der Wehrmacht abgeholt Geräte auf mindestens 20 000 Stück. Seit dieser Zeit bis Ende Januar 45 sind weitere etwa 30 000 Geräte und etwa 200 000 Röhren aus den Lägern herausgeholt worden.

Judengeräte

Bei Erfassung und Beschlagnahme des jüdischen Feindvermögens sind auch Rf-Geräte eingezogen worden. Diese Geräte hat der Höh.SS-u.Pol.-Führer seinerzeit übernommen. Es handelt sich dabei um etwa 70 000 Geräte, die zahlenmässig in der Bilanz der Rf-Geräteaktion abzusetzen sind. Diese Geräte werden in keiner Weise vergütet.

Rf-Läger im feindbesetzten niederl. Gebiet.

Im feindbesetzten niederl. Gebiet befanden sich zwei grosse Sammelläger in Maastricht und Breda. Die Anzahl der dort und in den kleinen noch vorhandenen Lägern befindlichen Rf-Geräte kann nur geschätzt werden. Es werden ungefähr 73 000 Apparate sein.

Unbrauchbare Rf-Geräte

Ein sehr grosser Teil der in den Lägern befindlichen Rf-Geräte ist unbrauchbar, d.h. in einem solchen Zustand, dass die Empfänger nicht mehr spielfähig zu machen sind. Diese Geräte werden als Schrott bezeichnet und kostenlos abgegeben (etwa 300 000).

Abrechnung der gesamten Rundfunkaktion

- a) Abfindung der niederländischen Einlieferer von Rf-Geräten,
 b) Bezahlung der Rf-Geräte durch Abnehmer.

Zu a) Die Abfindung der früheren Eigentümer von Rf-Geräten ist von der PTT im Distrikt Gouda bereits durchgeführt worden. Die Unterlagen für eine weitere Abfindung der Niederländer sind in Arnheim durch Feindeinwirkung vernichtet worden. Doppel dieser Listen befinden sich aber noch in Händen der niederl. Polizei, die der PTT diese Unterlagen aber nicht aushändigen will, da sie zur Durchführung von Polizeiaktionen noch benötigt werden. Diese Unterlagen sind bereits über den Höh.SS-u.Pol.-Führer bei der niederl. Polizei angefordert worden.

Zu b) Bis September 44 sind etwa 140 000 Rf-Geräte zugunsten des Propagandaministeriums in das Reich gebracht worden. Für etwa 40 000 Geräte sind Rechnungen ausgestellt worden. Diese Rechnungen werden nach Absprache mit dem Referenten der Abteilung Rundfunk im PropMin, Herrn Bruchmann, unmittelbar von der Abt. Post- und Fernmeldewesen nach dort gesandt werden. Das PropMin wird dann die Beträge auf das Konto der niederl. PTT überweisen. Für die anderen Abnehmer von Rf-Geräten gilt eine ähnliche Regelung. Auch diesen Abnehmern werden die von der PÜTT ausgefertigten Rechnungen durch die Abt. Post- und Fernmeldewesen zugestellt werden.

Rechnungsabwicklung und Möglichkeiten zur Vereinfachung

Die Rechnungsabwicklung wird Z. Zt. So durchgeführt, dass die PTT auf Grund der bei der Abgabe der Empfänger aufgestellten Listen die Empfänger nach Typen und Stückzahl herausucht, zusammenstellt und dann nach der Ceburaliste die entsprechenden Abgabepreise herausucht. Der Arbeitsaufwand ist hierbei sehr hoch, und nach Aussage der PTT (Fibbe) dürfte allein die rechnungsmässige Bearbeitung der restlichen 100 000 Geräte für das PropMin noch etwa 6 Monate dauern. Eine solche Zeitspanne erscheint aber nicht tragbar.

Es wurde daher festgestellt, wie hoch sich ein Pauschalpreis stellen würde, der dann einen einfache Rechnungslegung für das PropMin über etwa 40 000 Geräte ergab sich ein Mittelpreis von 65.- fl. Bei Anwendung dieses Mittelpreises für die weitere Rechnungslegung würde diese derart beschleunigt werden, dass z. B. die noch zu erfassenden 100 000 Geräte für das PropMin anstelle in 6 Monaten in etwa 14 Tagen beantwortet werden könnten.

Zusammenstellung über das Ergebnis der Rf-Aktion

Rundfunkteilnehmer Mai 1943	1 500 000	
Drahtfunkteilnehmer	350 000	
Eingezogene Geräte		820 000
Freistellungen		80 000
Judengeräte		70 000
nicht abgelieferte Geräte		180 000
(Gesamt)	1 150 000	1 150 000

Agnes Bresselau von Bressensdorf

Mediale Kommunikation in Zeiten internationaler Krisen

Hans-Dietrich Genscher und der sowjetische Einmarsch in Afghanistan 1979

Die mediale Omnipräsenz des langjährigen Bundesaußenministers und FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher ist legendär. Wie der NDR-Journalist Hans Kepper konstatierte, gab es keinen Außenminister dieser Welt, „der sich so um Öffentlichkeit bemüht. Genschers Verhältnis zu den Medien und zu den Bonner Journalisten ist für viele Gegenstand des Amüsements, für manche auch des Ärgers. [...] Pressepolitik ist für Genscher mehr als für andere in Bonn unmittelbarer Bestandteil seiner gesamten Politik. Die Medien sind eines der Gewichte, mit denen er jongliert. [...] Ob im Bismarck-Zimmer des Auswärtigen Amtes oder im AA-Gästehaus auf dem Bonner Venusberg, ob am Schwimmbecken des Novotels in Dakar oder spätabends im Garten der Botschaftsresidenz in Damaskus – immer ist Genscher nicht nur ansprechbar, meist will er angesprochen werden. Wenn die Journalisten das nicht merken oder, was auch vorkommt, keine Lust mehr verspüren, dann helfen die Pressereferenten nach.“¹

Glaubt man diesem Urteil, hatte Genscher also im Vergleich zu seinen Zeitgenossen schon relativ früh die Bedeutung aktiver Medienpolitik begriffen.² Letztere hatte für den Außenminister zunächst dieselbe Funktion zu erfüllen wie in jedem anderen Ressort auch:³ Die Medien unterrichteten die nationale Öffentlichkeit von der Tätigkeit des Ministers, der damit seiner Rechenschaftspflicht gegenüber der bundesdeutschen Bevölkerung nachkam. Umgekehrt war der Außenminister an der öffentlichen Darstellung seiner Arbeit interessiert, um den Wähler von seiner Politik zu überzeugen. Es bestand also ein wechselseitiges Interesse an Informationsaustausch, das aus Sicht Genschers überwiegend dazu diente, seine Politik im parlamentarischen System durchzusetzen. Im Bereich der internationalen Beziehungen kam jedoch ein weiteres Spezifikum hinzu: Jede außenpolitische Stellungnahme diente nicht nur der Unterrichtung der nationalen Öffentlichkeit, sie war immer auch Teil des diplomatischen Geschäfts selbst und richtete sich damit an die politischen Akteure des Auslandes. Jede öffentliche Äußerung des Auswärtigen Amtes und seines Chefdiplomaten muss also auf diese innen- und außenpolitischen Wechselwirkungen hin untersucht werden.

Angesichts dessen, dass diplomatische Verhandlungen mehr als andere Politikfelder über weite Strecken der Geheimhaltung unterlagen und Journalisten daher nur begrenzten Informationszugang hatten, stand der Minister selbst im Zentrum der Aufmerksamkeit. Er haftete mit seiner Person für die Glaubwürdigkeit und inhaltliche Belastbarkeit seiner Aussagen, und trug somit die Hauptlast medialer Kommunikation. Dies galt einmal mehr in Zeiten außenpolitischer Krisen, bei denen es im Extremfall um

.....

¹ Hans Kepper: Journalisten. In: Werner Filmer/ Heribert Schwan (Hrsg.): Hans-Dietrich Genscher, Düsseldorf u.a. 1988, S. 307f.

² Vgl. auch Richard Kiessler: Außenpolitik als „Public Diplomacy“ – Hans-Dietrich Genscher und die Medien. In: Hans-Dieter Lucas (Hrsg.): Genscher, Deutschland und Europa, Baden-Baden 2002, S. 371-386.

³ Vgl. dazu Andreas Michaelis: Kein Raum für Geheimdiplomatie: Medien und Außenpolitik. In: Enrico Brandt/ Christian Buck (Hrsg.): Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf, Wiesbaden 2005, S. 136-146; Allgemein zur Bedeutung von Krisenkommunikation für Regierungen vgl. Robert Helbig/ Heiko Kretschmer: Aus der Krise lernen heißt Siegen lernen. Krisenkommunikation in der Regierungs-PR. In: Miriam M. Köhler/ Christian H. Schuster (Hrsg.): Handbuch Regierungs-PR, Wiesbaden 2006, S. 313-321.

die elementarste aller politischen Fragen ging: Krieg oder Frieden. Fiel eine solche internationale Krise mit parlamentarischen Wahlen zusammen, so verkomplizierte dies die Lage weiter. Eben jene Situation entstand Ende Dezember 1979. In Bonn war man mit dem Auftakt des Bundestagswahlkampfes beschäftigt, als unvermittelt die Nachricht vom Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan eintraf. Anhand dieses Beispiels wird im Folgenden das mediale Krisenmanagement Hans-Dietrich Genschers analysiert. Zum besseren Verständnis sei ein kurzer Abriss über die zeitgenössische bundesdeutsche Medienlandschaft vorangestellt.

Die bundesdeutsche Medienlandschaft Ende der 70er Jahre

Der gesamte Medienmarkt der Bundesrepublik Deutschland war in den siebziger und achtziger Jahren einem umfassenden Expansions- und Diversifikationsprozess unterworfen, der den intermediären Wettbewerb zwischen Printmedien, Radio und Fernsehen unverkennbar verschärfte.⁴ Darunter zu leiden hatten vor allem die Tageszeitungen, eine Verdrängung ganzer Mediengattungen fand jedoch nicht statt. Vielmehr wurden Zeitung, Radio und Fernsehen zunehmend komplementär benutzt.⁵

Diese Entwicklung hatte einschneidende Auswirkungen auf die Öffentlichkeitsarbeit politischer Akteure. Sie konnten sich erstens bei ihrem Kommunikationsverhalten nicht mehr allein auf die Printmedien konzentrieren, da diese tendenziell an Bedeutung verloren, auch wenn sie bei der sogenannten Hintergrundberichterstattung nach wie vor führend blieben. Zweitens galt es, Radio- und Fernsehsender verstärkt zu bedienen, die in ihren Magazinsendungen andere Anforderungen stellten als Zeitungen. Der Hörfunk, der durch den Aufstieg des Fernsehens vor allem im Unterhaltungssegment und im Bereich der vorabendlichen Informationssendungen unter Druck stand, hatte auf diese Herausforderung mit einer Modernisierung, Ausdifferenzierung und Regionalisierung der Programmstruktur geantwortet.⁶

Vermeehrt wurden nun Nachrichten-, Informations- und Magazinsendungen angeboten, deren Schlagzahl sich deutlich erhöhte: Nachrichten kamen nun nahezu stündlich ins Programm. Besonders effektiv war dabei die Einführung von Morgen- und Mittagsmagazinen, zu Zeiten also, in denen das Fernsehen (noch) kein Konkurrent war. Auf diese Weise stieg die Tagesreichweite des Hörfunks in der Bundesrepublik von 64 Prozent im Jahr 1968 auf rund 80 Prozent zu Beginn der achtziger Jahre. Auch beim Fernsehen dominierten Nachrichten- und Informationssendungen den Programmablauf.⁷ Neben der „Tagesschau“ der ARD und der „heute“-Sendung des ZDF sei hier an die Magazine „Panorama“, „Report“, „Monitor“, „Bericht aus Bonn“ und das „ZDF-Magazin“ erinnert.

.....

4 Eine Übersicht über die Entwicklung der deutschen Medienlandschaft bieten Jürgen Wilke (Hrsg.): *Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Köln/Weimar/Wien 1999 (Wilke 1999), Konrad Dussel: *Deutsche Rundfunkgeschichte*, Konstanz 2004, Knut Hickethier: *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart/Weimar 1998; Walter Klinger, Gunnar Roters und Maria Gerhards (Hrsg.): *Medienrezeption seit 1945. Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven*, Baden-Baden 1999.

5 Jürgen Wilke: *Die Tagespresse der achtziger Jahre. Zwischen Stabilisierung, Reichweitenverlusten und (supramedialer) Konzentration*. In: Wilke 1999, S. 69-89, hier: S. 79, und Rüdiger Schulz: *Nutzung von Zeitungen und Zeitschriften*. In: Wilke 1999, S. 401-425.

6 Vgl. zum Folgenden Ansgar Diller: *Öffentlich-rechtlicher Rundfunk*. In: Wilke 1999, S. 146-166, und Horst O. Halefeldt: *Programmgeschichte des Hörfunks*. In: Wilke 1999, S. 211-230.

7 Vgl. zum Folgenden Marie Luise Kiefer: *Hörfunk- und Fernsehnutzung*. In: Wilke 1999, S. 426-446, und Peter Ludes: *Programmgeschichte des Fernsehens*. In: Wilke 1999, S. 255-276, hier: S. 262-265.

Die Monopolstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wurde erst mit der Einführung des dualen Rundfunksystems ab 1984 gebrochen.⁸

Aufgrund dieser Entwicklungen stieg die Bedeutung persönlicher Interviews mit den politischen Entscheidungsträgern, die nicht einfach durch Erklärungen des zuständigen Pressereferats ersetzt werden konnten. Für Kanzler und Minister hatte dies zur Folge, dass alle Mediensparten mit adäquaten Informationen versorgt werden und sie selbst dafür zunehmend mehr Zeit investieren mussten. Dieses Credo beherzigte – wie zu zeigen sein wird – Hans-Dietrich Genscher früher und mit größerem Nachdruck als die meisten seiner Zeitgenossen.

Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan und die Krise der Entspannungspolitik

Die „Neue Ostpolitik“ Willy Brandts wurde von der Regierung Schmidt/ Genscher unter dem Label der „realistischen Entspannungspolitik“ fortgesetzt. Nach den Jahren der bilateralen Vertragspolitik mit den Staaten des Warschauer Paktes trat diese mit der „Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) in ihre multilaterale Phase. Die Verabschiedung der KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975 bildete den entspannungspolitischen Höhepunkt zwischen Ost und West. Alle Mitgliedstaaten, neben den Europäern auch Washington und Moskau, hatten sich zur Einhaltung eines Prinzipienkatalogs in ihren internationalen Beziehungen verpflichtet, der unter anderem das Gebot des Gewaltverzichts und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten enthielt. Darüber hinaus war beschlossen worden, im Rahmen „menschlicher Erleichterungen“ die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten über den Eisernen Vorhang hinweg weiter auszubauen.⁹ Der Grundgedanke der sozial-liberalen Entspannungspolitik, dass trotz ideologischer Differenzen begrenzte Kooperation mit den Warschauer-Pakt-Staaten möglich sei, schien sich bewährt zu haben.

Erste Anzeichen einer Verschlechterung der Ost-West-Beziehungen zeigten sich jedoch schon Mitte der siebziger Jahre auf dem militärischen Sektor. Die 1973 in Wien eröffneten Verhandlungen zwischen führenden NATO- und Warschauer-Pakt-Staaten zur ausgewogenen, beiderseitigen Reduzierung konventioneller Truppen in Mitteleuropa (Mutual and Balanced Force Reductions, MBFR) stagnierten ebenso wie die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über strategische Nuklearwaffen (Strategic Arms Limitations Talks, SALT). Bei dem Versuch, ihre taktischen Nuklearwaffen mittlerer Reichweite (Theater Nuclear Forces, TNF) 1977 durch die Herstellung und Stationierung der sogenannten Neutronenbombe routinemäßig zu modernisieren, scheiterte die NATO jedoch aufgrund deutsch-amerikanischer Differenzen kläglich.¹⁰

Dies war umso verheerender, als die Sowjetunion zeitgleich an der kontinuierlichen Aufrüstung ihrer atomaren Mittelstreckenwaffen, den sogenannten Überschallbomben

.....

⁸ Vgl. dazu beispielsweise Jutta Röser/ Corinna Peil: Fernsehen als populäres Alltagsmedium. Das duale Rundfunksystem und seine kulturellen Folgen. In: Werner Faulstich (Hrsg.): Die Kultur der 80er Jahre, München 2005, S. 155-168.

⁹ Zu Entstehung und Verlauf des KSZE-Prozesses vgl. Peter Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt/ Main und New York 1999, und Matthias Peter/ Hermann Wentker, Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975-1990.

¹⁰ Zum „Neutronenbombenfiasco“ und der Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen vgl. Klaus Wiegrefe: Das Zerwürfnis. Helmut Schmidt, Jimmy Carter und die Krise der deutsch-amerikanischen Beziehungen, Berlin 2005.

(Backfire) und SS-20-Raketen arbeitete, die anders als ihre Vorgängermodelle wesentlich treffsicherer und mobil waren.¹¹ Die 5.000 km reichende Waffe besaß jeweils drei einzeln steuerbare Atomsprengköpfe und verkürzte die Vorwarnzeit auf wenige Minuten. Diese qualitative und quantitative Neuerung veränderte die militärstrategische Lage in Europa von Grund auf, wie Helmut Schmidt am 28. Oktober 1977 in seiner Rede vor dem International Institute for Strategic Studies (IISS) in London eindringlich hervorhob. Moskau konnte nun deutsches und westeuropäisches Territorium nuklear zerstören ohne amerikanisches Gebiet zu berühren. Die Gretchenfrage für die Nordatlantische Allianz lautete also, ob die USA in diesem Ernstfall einen Atomkrieg mit der Sowjetunion riskieren würden, nur um Europa zu verteidigen. Damit hatte der Kreml ein potenzielles Instrument in der Hand, um die Solidarität der NATO-Bündnispartner aufzubrechen und die Bundesrepublik politisch zu erpressen. Dieses Bedrohungsszenario erschien vielen zeitgenössischen Beobachtern angesichts der deutsch-amerikanischen Vertrauenskrise als akut gegeben. Bundeskanzler Schmidt setzte sich nachdrücklich und gegen erheblichen Widerstand innerhalb seiner Partei¹² dafür ein, dem Grundsatz des Harmel-Berichts von 1967 zu folgen, nach welchem die Sicherheit des Westens auf Entspannung und Verteidigungsfähigkeit beruhe. Letztere müsse schleunigst ausgebaut werden, um das militärstrategische Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West wiederherzustellen.

In einem allianzpolitischen Kraftakt gelang es schließlich am 12. Dezember 1979, den sogenannten Doppelbeschluss zu verabschieden, der einerseits auf Rüstungskontrollgespräche mit Moskau setzte und andererseits – sollten diese bis Ende des Jahres 1983 zu keinem Ergebnis führen – eine Modernisierung des westlichen Mittelstreckenpotentials mit Cruise Missiles und Pershing II-Raketen vorsah. Als Stationierungsland Nummer Eins für diese Waffen war die Bundesrepublik vorgesehen. Gegen diese anvisierte Stationierung protestierten breite Bevölkerungsschichten, die sich mit Slogans wie „Kampf dem Atomtod“ und „Frieden schaffen ohne Waffen“ zur sogenannten Friedensbewegung formierten.¹³ In die Friedenskundgebungen mischten sich auch immer wieder starke antiamerikanische Untertöne sowie die Forderung nach einem „dritten Weg“ zwischen den Blöcken. Für Helmut Schmidt war dies besonders problematisch, weil auch prominente Mitglieder des linken SPD-Flügels, unter ihnen Altkanzler Willy Brandt, öffentlich ihre Sympathie für die Friedensbewegungen bekundeten und sich damit dem Vorwurf aussetzten, gegen die Vereinigten Staaten Stellung zu beziehen und den gefährlichen Weg eines „Neutralismus“ zu beschreiten.

In dieses sicherheitspolitisch aufgeheizte Klima platzte an Weihnachten 1979 die Nachricht von der sowjetischen Invasion in Afghanistan.¹⁴ Erstmals seit dem Ende des Zweiten

.....
11 Zu Vorgeschichte und Implementierung des NATO-Doppelbeschlusses vgl. Tim Geiger: Der NATO-Doppelbeschluss. Vorgeschichte und Implementierung, in: Christoph Becker-Schaum/ Philipp Gassert/ Martin Klimke (Hrsg.), „Entrüstet Euch!“ Nuklearkrise, NATO-Doppelbeschluss und Friedensbewegung, Paderborn u.a. 2012, S. 55-70 (Becker-Schaum/ Gassert/ Klimke 2012)

12 Vgl. Friedhelm Boll/ Jan Hansen: Doppelbeschluss und Nachrüstung als innerparteiliches Problem der SPD, in: Philipp Gassert/ Tim Geiger/ Hermann Wentker (Hrsg.): Zweiter Kalter Krieg und Friedensbewegung. Der NATO-Doppelbeschluss in deutsch-deutscher und internationaler Perspektive, München 2011, S. 203-226.

13 Zur Friedensbewegung vgl. die Beiträge von Marianne Zepp, Christoph Becker-Schaum, Saskia Richter und Holger Nehring in: Becker-Schaum/ Gassert/ Klimke 2012.

14 Vgl. zum Folgenden Bernhard Chiari: Kabul 1979. Militärische Intervention und das Scheitern der sowjetischen Dritte-Welt-Politik in Afghanistan. In: Andreas Hilger (Hrsg.), Die Sowjetunion und die Dritte Welt. UdSSR, Staatssozialismus und Antikolonialismus im Kalten Krieg 1945-1991, München 2009, S. 259-280, und David N. Gibbs: Die sowjetische Invasion in Afghanistan 1979. In: Bernd Greiner (Hrsg.): Heiße Kriege im Kalten Krieg, Hamburg 2006, S. 291-314.

Weltkriegs waren sowjetische Truppen in ein Land außerhalb des Warschauer Paktes einmarschiert. Für die sozial-liberale Koalition in Bonn traf diese Meldung zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt ein. Gerade eben hatte man mit dem NATO-Doppelbeschluss die brüchige westliche Solidarität wiederhergestellt. Nun brachen all die Diskussionen um die Friedfertigkeit oder Gefährlichkeit der Sowjetunion für die Sicherheit Westeuropas erneut auf – und das wenige Monate vor der Bundestagswahl. Schnell stand die These vom „zweiten Kalten Krieg“ im Raum, der die Ära der Détente endgültig beendet habe. Dieser Meinung waren zumindest die Vertreter der CDU/CSU-Opposition, die nun ihre Chance gekommen sahen, im beginnenden Wahlkampf zu punkten. Von den Sozialdemokraten forderten sie, das Scheitern ihrer illusionären Ostpolitik einzugestehen und sich bedingungslos für die Solidarität mit den Vereinigten Staaten auszusprechen, die bereits umfangreiche Sanktionsmaßnahmen gegen die Sowjetunion verhängt hatten.

Umgekehrt gab es in der SPD und der Bevölkerung zahlreiche Stimmen, die dafür plädierten, jetzt erst recht die Rüstungskontrollverhandlungen mit Moskau zu forcieren, um ein überschwappen der kriegerischen Eskalation von Afghanistan nach Europa zu verhindern. Wie groß die Bedrohungswahrnehmung in der bundesdeutschen Bevölkerung zu diesem Zeitpunkt war, zeigt eine Auswertung entsprechender, vom Bundespresseamt in Auftrag gegebener Meinungsumfragen für Januar und Februar 1980.¹⁵ Diese kamen zu dem Ergebnis, dass die bislang optimistischen Zukunftserwartungen der deutschen Bevölkerung insgesamt deutlich abgenommen hatten, die Angst vor einem Krieg hingegen steige: Mitte Januar waren laut Umfrage etwa 41 Prozent der Bundesbürger davon überzeugt, dass „ein dritter Weltkrieg früher oder später unvermeidbar sei“.¹⁶

Mediales Krisenmanagement à la Genscher

Die Bundesregierung stand vor einem Drahtseilakt: Natürlich waren auch Schmidt und Genscher überzeugt, dass die Sicherheit der Bundesrepublik von ihrem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, abhing. Deren Sanktionspolitik aber beurteilten sie zum einen als sachlich kontraproduktiv, zum anderen hätten sie mit einem Abrücken von zehn Jahren sozial-liberaler Entspannungspolitik zweifellos einen Regierungswechsel befördert. Besonders der Kanzler sah sich angesichts des wachsenden Widerstands innerhalb der SPD gegen den amerikanischen Kurs und seines persönlich schwierigen Verhältnisses zu US-Präsident Jimmy Carter vor erhebliche Probleme gestellt.

In dieser äußerst heiklen Lage übernahm Hans-Dietrich Genscher die mediale Krisenkommunikation der Bundesregierung. Anders als Schmidt wusste er seine Partei hinter sich und konnte glaubwürdiger als der Bundeskanzler öffentlich für westliche Solidarität und die Fortsetzung der Entspannungspolitik eintreten. Hinzu kam, dass sich Schmidt zum Zeitpunkt der sowjetischen Afghanistan-Invasion auf Mallorca im Urlaub befand.

.....
 15 Vgl. Schreiben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 14.01.1980, Betr.: infra-Wochenberichte (Zeitraum: 17.-30.12.1979 und 24.12.79-6.1.1980), in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009145; Schreiben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 01.02.1980, Betr.: infra-Wochenberichte (Zeitraum: 14.-27.01.1980), in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009145; Schreiben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 15.02.1980, Betr.: infra-Monatsbericht (Zeitraum: 31.12.1979-03.02.1980), in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009145.

16 Schreiben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung an Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 03.03.1980, Betr.: infra-Wochenberichte (Zeitraum: 21.01.-10.02.1980), in: AdsD, Helmut-Schmidt-Archiv, 1/HSAA009146, S. 2.

Statt diesen verfrüht abubrechen, vereinbarte er mit Genscher, wie geplant erst Mitte Januar 1980 aus Spanien zurückzukehren. Dahinter stand das Kalkül demonstrativ Gelassenheit auszustrahlen, um die ohnehin aufgeheizte Stimmung nicht weiter zu fördern, sondern durch besonnenes und durchdachtes Krisenmanagement zu punkten. Hier aber hatte sich Schmidt verrechnet. Während er von der Opposition und den Medien heftig kritisiert wurde,¹⁷ nutzte Genscher die zwei Wochen, in denen er als Außenminister und Vizekanzler in Bonn alleiniger „Hausherr“ war, um sich selbst als den zentralen Akteur bundesdeutscher Krisendiplomatie zu inszenieren.

Genscher demonstrierte eindrücklich, dass er die medienpolitische Entwicklung der letzten Jahre aufmerksam mitverfolgt hatte, den Anforderungen der neuen Medien gewachsen war und sie für seine Zwecke zu nutzen wusste. So fütterte er die Medien kontinuierlich mit Informationen über den aktuellen Stand der Entwicklung und ging gleichzeitig auf die Bedürfnisse der einzelnen Sparten ein. Er gab ihnen nicht nur die Gelegenheit, ihn exklusiv zu interviewen, sondern auch die Möglichkeit, in Hintergrundgesprächen tieferen Einblick in die Gesamthematik zu erhalten. Letzteres war vor allem für Zeitungen und Zeitschriften von erheblicher Bedeutung, die für ausführliche Hintergrundberichte auf derartige Zusatzinformationen angewiesen waren.¹⁸ Den Schwerpunkt seiner medialen Krisenkommunikation legte Genscher jedoch auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, konnte er auf diesem Weg doch ein wesentlich breiteres Publikum ansprechen als über die Printmedien.¹⁹

Hier erreichte er Menschen jeden Alters und aller sozialer Schichten, mit anderen Worten: das gesamte bundesdeutsche Wählerspektrum. Radio und Fernsehen erhielten auf diese Weise unzählige Interviews, die Genscher gezielt in die Hauptsendezeit platzieren ließ. Dies entsprach beim Radio – wie dargelegt – den politischen Morgen- und Mittagsmagazinen. Das Fernsehen strahlte seine Interviews in den entsprechenden Nachrichtensendungen und politischen Magazinen in den Abendstunden aus, weshalb Genscher fast ausschließlich für TV-Interviews zur Verfügung stand, die zwischen 19.30 und 22.30 Uhr, also zur Prime Time ausgestrahlt wurden.

Neben diversen Stellungnahmen für die „Tagesschau“ der ARD und die „heute“-Sendung des ZDF sowie zahlreichen Statements vor, während und nach seinen zahlreichen Auslandsreisen gab Genscher allein in den ersten vier Wochen nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zwölf ausführliche Exklusiv-Interviews.²⁰ Die Zahl der Interviews insgesamt wuchs im Laufe des Jahres der verstärkten Ausrichtung auf den Bundestagswahlkampf. Auch bei diesen Pressegesprächen wurde fast immer das Thema Afghanistan mehr oder weniger detailliert gestreift. Blickt man auf diejenigen Interviews, die sich ausschließlich mit der Afghanistan-Krise befassten, zeigte sich eine

.....
17 Vgl. beispielsweise die Artikel „Schmidt-Schweigen“, in: Die Welt Nr. 38 vom 14.02.1980, S.6, und „Vor neuer Bonner Debatte über Entspannung“, in: „Süddeutsche Zeitung“ Nr. 5 vom 07.01.1980, S.2.

18 Diese Hintergrundgespräche dienten ausschließlich der Information und durften von den Journalisten nicht wörtlich zitiert werden, vgl. dazu Hintergrundgespräch mit Bundesminister Hans-Dietrich Genscher und Staatssekretär Günther van Well am Dienstag, 08.01.1980, 13.45 Uhr, Gästehaus des AA, Themen: Afghanistan, NATO-Verhandlungsangebot, in: Bundesarchiv, B136 (Bundeskanzleramt)/ 16584.

19 Vgl. Horst O. Halefeldt, Programmgeschichte des Hörfunks, in: Wilke 1999, S.211-230.

20 Die nachfolgenden quantitativen Angaben gehen auf eigene Berechnungen zurück. Die Quellengrundlage hierfür bildeten Interview-Listen des Deutschen Rundfunkarchivs (DRA), der Pressedokumentation der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Depositums Hans-Dietrich Genscher im Archiv des Liberalismus in Gummersbach (AdL) sowie der freien demokratischen Korrespondenz (fdk), dem Pressedienst der FDP-Bundespartei.

klare Schwerpunktsetzung auf den Hörfunk: Knapp 50 Prozent dieser Interviews zwischen Dezember 1979 und der Bundestagswahl Anfang Oktober 1980 gab Genscher im Radio, etwa 26 Prozent im Fernsehen. Eine Binnendifferenzierung nach Radiosendern zeigt darüber hinaus, dass die Interviews – proportional zu Fläche und Bevölkerungsanteil des jeweiligen Bundeslandes – relativ gleichmäßig über die verschiedenen regionalen Sendeanstalten gestreut wurden. Genscher versorgte also über das Radio das gesamte Bundesgebiet mit seinen Interviews. Hinzu kamen außerdem auffallend viele Gespräche mit dem Deutschlandfunk, der Deutschen Welle und dem SFB, also denjenigen Sendern, die auch in der DDR bzw. in Berlin und im Ausland empfangen werden konnten.

Bei der Wirkungsanalyse solcher Interviews müssen auch gewisse Multiplikatoreffekte berücksichtigt werden, die quantitativ schwer zu messen sind, jedoch zeigen, dass mit einer relativ geringen Anzahl an Interviews – wenn sie geschickt platziert wurden – eine breite Welle der Berichterstattung ausgelöst werden konnte: Besonders Radio-Interviews in den frühen Morgenstunden hatten den Vorteil, dass sie den ganzen Tag wiederholt werden konnten. Über Meldungen der Deutschen Presseagentur (dpa) wurde der Wortlaut zudem auch allen anderen Medienvertretern zugänglich, sodass noch am selben oder folgenden Tag Zeitungen und Fernsehen ebenfalls über die Stellungnahme Genschers berichteten. Wie allgegenwärtig Genscher auf diese Weise wirkte, zeigt der Wunsch mancher Zeitgenossen, wenigstens hin und wieder einen Genscher-freien Fernsehabend erleben zu dürfen.²¹ In den Folgejahren wurde das Fernsehen kontinuierlich mit mehr Interviews versorgt, wie etwa die Medienauswertung in der Polen-Krise und den voranschreitenden Debatten um die westliche Nachrüstung zeigten sollten.

Doch wie meisterte Genscher neben dieser quantitativen Präsenz die Herkulesaufgabe, die verschiedenen Interessen und Bedrohungswahrnehmungen in Einklang zu bringen? Beispielhaft soll dies an einem Gespräch mit dem Hessischen Rundfunk vom 13. Januar 1980 erläutert werden. Auf die deutsch-amerikanischen Differenzen im Afghanistan-Konflikt angesprochen, antwortete er:

„Es gibt in dieser Frage für die Bundesrepublik Deutschland und für die europäischen Partner der Vereinigten Staaten keine andere Interessenlage als für die Vereinigten Staaten selbst. Deshalb ist eine Solidarität nicht nur eine freundschaftliche Bekundung gegenüber den Vereinigten Staaten, sondern die richtige Wahrnehmung eigener Interessen. Es ist eine absolute Illusion, wenn irgendjemand annehmen sollte, man könnte Europa aus dem jetzt vorhandenen Konflikt heraushalten. Wir sind mitten drin, wir sind betroffen davon. [...] und deshalb kann es auch gar keinen Zweifel geben, dass die Bundesregierung und auch die anderen europäischen Partner sich auch solidarisch verhalten mit den Vereinigten Staaten.“²²

.....

²¹ Vgl. Jürgen Leinemann: *Macht. Psychogramme von Politikern*, Frankfurt/Main 1983, S. 149.

²² Interview des Hessischen Rundfunks mit Hans-Dietrich Genscher für die Sendung „Frankfurter Gespräch“ am 13.01.1980, 11.00 Uhr. In: Konrad-Adenauer-Stiftung, *Pressedokumentation*. Beide Zitate finden sich ebd.; Ähnlich argumentierte Genscher auch in zahlreichen anderen Interviews, vgl. beispielsweise Interview des SDR mit Hans-Dietrich Genscher für die Sendung „Von Tag zu Tag“ am 09.01.1980, 12.40 Uhr. In: Konrad-Adenauer-Stiftung, *Pressedokumentation*; Interview des DLF mit Hans-Dietrich Genscher für die Sendung „Musik und Information“ am 16.01.1980, 07.18 Uhr. In: Konrad-Adenauer-Stiftung, *Pressedokumentation*.

Nach dieser Solidaritätshymne an die Adresse der Vereinigten Staaten äußerte sich Genscher im selben Interview zur Frage, ob die Bundesregierung mit Moskau weiter im Gespräch bleiben werde:

„Ich glaube, niemand in unserem Land wird der Sowjetunion unterstellen, dass sie einen Krieg zwischen Ost und West will. Aber sie ist bereit, auch offensiv ihr Rüstungspotential einzusetzen, wo sie glaubt, unterhalb der Schwelle einer solchen militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West – ich sage noch einmal – wirkliche oder vermeintliche Vorteile zu erreichen. [...] Das ändert nichts an der Tatsache, dass der Dialog, d.h. der Kontakt, das Gespräch natürlich mit den Staaten auch des Warschauer Paktes fortgesetzt werden muss. [...] hier gilt unverändert der Satz: wer nicht schießen will, muss reden und verhandeln. Verzicht auf Dialog, auf Reden und Verhandeln, würde bedeuten, Verzicht auf Politik.“

Das Interview zeigt, dass Genscher auf die konkrete Frage deutsch-amerikanischer Differenzen in der Sanktionsfrage mit der allgemeinen Feststellung antwortete, die grundlegenden Interessen beider Staaten seien dieselben: die Sicherheit des Westens und die Verhinderung eines Krieges in Europa. Gleiches gilt für sein Statement zur weiteren Verständigungspolitik mit dem Osten: Politik sei dazu da, Krieg zu verhindern und Frieden zu fördern, insofern plädiere er selbstverständlich für Gespräche mit Moskau. Genscher wich also Festlegungen in konkreten Sachfragen aus. Das ließ einerseits viele Zeitgenossen ratlos zurück und brachte ihm den Ruf eines mäandrierenden, schwer fassbaren Strategen ein, der sich immer ein Hintertürchen offenhielt, um sich im letztmöglichen Augenblick für diejenige Option zu entscheiden, die gerade opportun erschien. Gerade in den achtziger Jahren hatte das negativ konnotierte Schlagwort des „Genscherismus“ Hochkonjunktur. Andererseits war für jeden was dabei. Wer die Fortsetzung der Verständigungspolitik mit dem Osten befürwortete, konnte sich darin ebenso wiederfinden, wie jemand, der für transatlantische Solidarität eintrat. Dies galt für die bundesdeutsche Bevölkerung ebenso wie für Genschers diplomatische Gesprächspartner, sei es auf Seiten der Verbündeten oder auf Seiten des Kremls.

Seine Interviews, in denen er auf die Frage Entweder-Oder fast ausnahmslos mit Sowohl-als-Auch antwortete, sollten also stets nach innen und außen wirken. Letzteres zeigt sich auch darin, dass Genscher in öffentlichen Statements nach auswärtigen Staatsbesuchen nie Vertrauliches preisgab und stets ein harmonisches Bild zeichnete.²³ Unabhängig davon, ob dieses zutreffend war oder nicht, trug diese positive Medienberichterstattung im Untersuchungszeitraum auch zur Vertrauensbildung zwischen den Bündnispartnern bei, insbesondere dann, wenn man den Vergleich zu Gipfeltreffen zwischen Kanzler und US-Präsident zieht. Immer wieder kam es bei diesen Gelegenheiten dazu, dass im Vier-Augen-Gespräch mühsam eine Annäherung stattgefunden hatte, die durch die anschließende Presseberichterstattung wieder zunichte gemacht wurde, da die Medien fast ausschließlich Negatives über das Verhältnis Schmidts zu Carter meldeten. Exemplarisch hierfür steht ein Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ vom 18. Januar 1980 mit dem Titel „Bonn und die Krise im Mittleren Osten: Des Kanzlers Dilemma: Die Zweifler üben sich in Solidarität“. Der Artikel enthielt zudem ein Foto von Schmidt und Carter, auf dem beide wenig erfreut dreinblicken, mit der Bildunterschrift: „Kritik

.....

²³ Vgl. beispielsweise „Genscher betont gleiche Interessen. Nach Gespräch mit Carter weist der Minister auf Unteilbarkeit der Entspannung hin“. In: „Süddeutsche Zeitung“ Nr. 19 vom 23.01.1980, S. 1.

hinter vorgehaltener Hand: Helmut Schmidt befürchtet, dass sich Präsident Carter in gefährlichen Zugzwang gebracht hat“.²⁴

Bei Genschers medialen Auftritten fällt besonders die Betonung einer sachorientierten Außenpolitik auf. Unabhängig davon, ob dies gegeben war oder nicht, vermittelte Genscher den Eindruck, dass er das Konzept der „realistischen“ Entspannungspolitik nicht aus innenpolitischen Gründen weiterverfolge, sondern weil er dies für den einzigen, alternativlosen Weg hielt, den Frieden in Deutschland und Europa zu erhalten. Sozialdemokraten und Unionsparteien bekämpften sich hingegen mit voranschreitendem Wahlkampf immer öfter in polemischer Art und Weise. Einen guten Eindruck hiervon vermittelt die von ARD und ZDF veranstaltete, von Carl Weiss und Reinhard Appel moderierte „Elefantenrunde“ der Spitzenkandidaten „3 Tage vor der Wahl“ am 2. Oktober 1980, in welcher Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher die Regierung und Helmut Kohl gemeinsam mit dem Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, Franz-Josef Strauß, die Opposition vertraten.²⁵

Um einen lebendigen Eindruck von dieser Diskussion zu bekommen, soll im Folgenden ausführlich daraus zitiert werden. Genscher strahlte während der ganzen Sendung Ruhe und Gelassenheit aus. Er ließ die Vertreter der Opposition in aller Ausführlichkeit aussprechen. Ohne Hektik erläuterte er anschließend seine eigene außenpolitische Position, nahm Bezug auf das von seinen Gesprächspartnern Gesagte, sah diesen offen ins Gesicht und richtete konkrete Nachfragen an seine Herausforderer. Damit wolle er dazu beitragen, so Genscher, die Diskussion inhaltlich voranzutreiben und dem Wähler sachgerechte Entscheidungskriterien zu liefern.

„[...] Die Opposition verfällt heute in ihren Fehler, den wir seit vielen, vielen Jahren kennen. Sie redet so, als müsse sie irgendjemanden in diesem Lande aufklären über die Probleme der deutschen Teilung, über die Gefährlichkeit des Kommunismus, das brauchen Sie mir nicht zu sagen, das brauchen Sie uns nicht zu sagen. Sie reden so, als hätten Sie ein Patentrezept in der Tasche für die Überwindung der Probleme aus der deutschen Teilung [...]. Bitte sagen Sie, wenn Sie von Wende und Umkehr in der deutschen Außenpolitik sprechen, [...], wohin die Wende, wohin die Umkehr, was wollen Sie anders machen? [...] Auch die Entspannungspolitik der Bundesregierung ist Teil der westlichen Politik und Sie müssen hier sagen, ob Sie diese gemeinsame westliche Politik fortsetzen wollen, denn Sie polemisieren ja hier und im Wahlkampf gegen diese Politik. Ich frage Sie: Ist es nicht unterstützungswürdig, und das tun Sie ja im Deutschen Bundestag, was wir beschlossen haben über die Verteidigungspolitik? Ist es nicht unterstützungswürdig, was wir tun wollen in Madrid, dass wir alle Bestandteile der Schlussakte mit Klarheit und Offenheit und ohne Beschönigung, Herr Kollege Strauß, besprechen? Das mögen Sie dann Schöne Reden nennen, ich weiß nicht, was sie dort außer reden noch machen wollen [...]? Sind Sie für die Fortführung der MBFR-Verhandlungen? Sind Sie für die Fortführung der Mittelstreckenverhandlungen, die jetzt aufgenommen werden [...]? [...] Herr Kollege Strauß [...] hat gesagt, man muss auch bereit sein zur Unterbrechung der Entspannung. Herr Strauß, das ist ein Wort von au-
.....

²⁴ Vgl. Süddeutsche Zeitung Nr. 15 vom 18.01.1980, S. 3.

²⁵ Vgl. zum Folgenden „Bundestagswahl 1980. Diskussionsrunde ‚3 Tage vor der Wahl‘“. In: Bundeszentrale für Politische Bildung und WDR (Hrsg.): Kämpfe ums Kanzleramt. 60 Jahre Bundestagswahlen + DDR-Volkskammerwahl 1990. Elefantenrunden, Reportagen, Interviews, Bonn 2012, DVD 2, Trailer 4.

ßerordentlicher Tragweite. Was heißt Unterbrechung der Entspannung? Unterbrechung der Entspannung, heißt das nicht zurückkehren zu der Zeit, als die Ampeln auf rot standen auf den Autobahnen von und nach West-Berlin [...]? Sind Sie der Meinung, Herr Strauß, dass angesichts der jetzt vorhandenen, unbestrittenen Spannungen zwischen Ost und West unter anderem als Konsequenz der sowjetischen Invasion in Afghanistan, das jetzt ein Zeitpunkt wäre, wo Entspannung unterbrochen werden muss in Europa? Und was heißt das konkret, was muss sich da in Europa ändern? [...] Oder können wir als Ergebnis dieser Diskussion festhalten, dass Sie wie wir die gemeinsam vereinbarte Sicherheits-, Entspannungs- und Bündnispolitik des Westens fortsetzen wollen [...]?“

Genscher verwies also auf die Zustimmung der Opposition im Deutschen Bundestag zum NATO-Doppelbeschluss und damit zur gemeinsamen Haltung der Allianz, Sicherheit durch Verteidigungsfähigkeit und Entspannungspolitik zu gewährleisten. Strauß stand nun vor der Alternative, sich entweder gegen sein eigenes Votum und gegen die Haltung der NATO auszusprechen oder der Entspannungspolitik der Bundesregierung zustimmen zu müssen. Seine unmittelbare Antwort auf Genscher konnte deshalb nur bedingt überzeugen, zumal er sich – als ehemaliger Verteidigungsminister – in einer entscheidenden militärtechnischen Frage auch noch verhaspelte:

„Ein Frieden in Freiheit wird gewährleistet durch eine funktionsfähige atlantische Allianz, und nur durch diese. Es gibt aber leider auch keinen Zweifel daran, dass das Vertrauen entgegen schönklingenden [sic!] Kommuniqué-Äußerungen zwischen Washington und Bonn erheblich abgenommen hat. [...] Dasselbe sage ich zum Thema Abrüstungsgespräche über Mittelstreckenraketen [...]. Und auch hier besteht die Gefahr, dass in einem allgemeinen Palaver über Atomwaffen, dass das eigentliche Anliegen von Dezember letzten Jahres ja verlorengelassen und ja zum Teil schon verloren gegangen ist. Es geht um die SS-20 und gleichwertige Waffen, die Europa bedrohen. [...] Es darf nicht in einem allgemeinen Raketenpalaver die eigentliche Bedrohung Europas durch die russischen Lang-, äh Mittelstreckenraketen untergehen. Das ist doch unser Thema. [...]“

Zwischen Strauß und Schmidt entspann sich daraufhin eine Diskussion mit zahlreichen gegenseitigen Vorwürfen und Unterbrechungen, wobei der Kanzlerkandidat sich zunehmend echauffierte, während der Kanzler jeden Blickkontakt mied und betont lässig Zigaretten und Schnupftabak konsumierte, was einen nervösen und arrogant-überheblichen Eindruck erzeugte. Der Bayerische Ministerpräsident warf Schmidt vor, seine Partei nicht im Griff zu haben und ereiferte sich außerdem über das „törichte, infame“ Propaganda-Schlagwort der SPD, die CDU/CSU wolle deutsche Soldaten an den Golf schicken. In der Tat hatten sich namhafte Mitglieder der Unionsparteien für eine Ausweitung des NATO-Bündnisgebiets ausgesprochen. Genscher äußerte sich zu dieser emotional gehaltenen Kontroverse zwischen Strauß und Schmidt dahingehend, dass doch auch Herrn Strauß bekannt sein dürfte, dass die Bundesregierung schon allein aus juristischen Gründen nicht befähigt sei, einen Einsatz der Bundeswehr in der Golf-Region zu beschließen. So vermittelte Genscher den Eindruck von Fachkompetenz und nahm dem Zuhörer die Angst vor einem deutschen Kampfeinsatz, während er Strauß gleichzeitig uninformativ und inkompetent erscheinen ließ.

Wie erfolgreich Genschers Auftritt war, zeigte eine Blitzumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach, die von der „Welt am Sonntag“ in Auftrag gegeben worden war. Danach war die Diskussion insgesamt zugunsten der Koalitionsparteien SPD und FDP verlaufen und Genscher als einzelne Persönlichkeit positiv hervorgetreten.²⁶ Dementsprechend positiv fiel aus Sicht der Bundesregierung das Ergebnis der Bundestagswahl aus, das neben anderen Themenfeldern stark von der außenpolitischen Agenda beeinflusst worden war: Während die CDU/CSU bei einem Zweitstimmenanteil von 44,5 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 einfuhr und die SPD sich mit einer geringfügigen Steigerung bei 42,9 Prozent stabilisieren konnte, erzielte die FDP mit 10,6 Prozent deutliche Gewinne. Aus der Krise der Entspannung war (noch) keine Existenzkrise der sozial-liberalen Koalition geworden.

Fazit

Die mediale Krisenkommunikation Genschers in den Monaten nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan zeichnete sich durch persönliche Omnipräsenz aus. Die zahlreichen Interviews in Radio und Fernsehen belegen, dass er die aktuelle medienpolitische Entwicklung mitverfolgt und für seine Zwecke genutzt hatte. Über die auf Bild- und Tonquellen angewiesenen Medien gab er seiner Politik damit Stimme und Gesicht. Anders als seine Kontraparts setzte er angesichts der emotionalisierten öffentlichen Stimmung auf eine sachbezogene, unaufgeregte Argumentation. Während Union und Sozialdemokraten häufig die Kriegsgefahr thematisierten, zog Genscher es vor, seinen unbedingten Willen zur Friedenssicherung zu demonstrieren. Die kontrovers diskutierte Frage, ob dafür bedingungslose Solidarität mit den Vereinigten Staaten oder Rüstungskontrollgespräche mit der Sowjetunion wichtiger seien, beantwortete er stets in der für ihn typischen Art und Weise mit einem Sowohl-als-Auch. Damit zog er sich den Vorwurf des Opportunismus zu, der auch in den Folgejahren anhalten sollte. Bis zur Bundestagswahl 1980 aber war er damit insofern erfolgreich, als er das zentrale Anliegen jeder Krisenkommunikation erfüllt hatte: den Erhalt von Vertrauen und Glaubwürdigkeit.

.....
²⁶ Vgl. „Welt am Sonntag“ vom 05.10.1980, S.1. Vgl. dazu auch Peter Radunski, Wahlkampfstrategien '80 in den USA und der Bundesrepublik. Personalisierung – Angriffswahlkampf – Dramatisierung, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ B. 18, S. 31-46, und Marco Michel, Die Bundestagswahlkämpfe der FDP 1949-2002, Wiesbaden 2005, S. 155-167.

Inge Marszolek

Radio Zebra in Bremen

Amateur-Radios und soziale Bewegungen in den frühen 80er Jahren

In der wechselvollen Geschichte des Rundfunks in Deutschland – mit seiner großen Staatsnähe in der Weimarer Republik, seiner Instrumentalisierung in beiden deutschen Diktaturen, dem Entstehen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik bis hin zur Einführung des privaten Rundfunks – waren alternative oder freie Radios die Ausnahme, bis zu Beginn der achtziger Jahre sogar illegal.

Medien und Gegenöffentlichkeit – die 68er und die Folgen

Mit der Gründung der Bundesrepublik konnte, angesichts der Besatzungssituation, der Lasten des Krieges und der Transformationsprozesse der frühen Bundesrepublik, nicht an die Arbeiterradiobewegung¹ angeknüpft werden; darüber wurde auch nicht diskutiert. Erst mit dem durch die Protestbewegungen initiierten Wandel der politischen Kultur der BRD in der zweiten Hälfte der 60er Jahre geriet auch die mediale Struktur der Republik in den Fokus.² Eine der zentralen Forderungen war die Teilhabe an Öffentlichkeit bzw. die Schaffung von „Gegenöffentlichkeit“. Wimmer beschreibt heute aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht Öffentlichkeit als komplexe Kommunikationsräume, Gegenöffentlichkeiten als „alternative, partizipative und medienaktivistische“ Räume, die aufgrund „defizitärer Funktionserfüllung von Öffentlichkeit entstehen“,³ eine Definition, die ich meinem Überlegungen zugrunde legen möchte. Auch wenn dieses Konzept von Wimmer sich erstaunlich eng an den utopischen Vorstellungen der Post-68er-Bewegungen orientiert und durchaus normativ ist – und angesichts des Wandels durch die digitalen Medien als überholt erscheint – so verweist es doch auf die Bedeutung von Asymmetrien in der öffentlichen Arena, die auch heute noch aktuell sind. Insbesondere aber kann es als Matrix für die Vorstellungen der sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren dienen.

Auffällig ist, dass von den Protagonisten der sogenannten „Außerparlamentarischen Opposition“ ausschließlich die Printmedien in den Blick genommen wurden. So verabschiedete der SDS auf seiner Delegiertenkonferenz im September 1967 (als Reaktion auf den Tod von Benno Ohnesorg) eine „Resolution zum Kampf gegen Manipulation und für die Demokratisierung der Öffentlichkeit“, in der er das Meinungsmonopol der Springer-Presse kritisiert und eine Umgestaltung der Medien fordert. Letztlich erhielt diese Kampagne ihre wesentlichen Impulse von Vertretern der sogenannten Kritischen Theorie, wie sie am Frankfurter Institut für Sozialforschung gelehrt wurde.⁴ Tatsächlich

.....
1 Vgl. Peter Dahl: Arbeitersender und Volksempfänger. Proletarische Radio-Bewegung und bürgerlicher Rundfunk bis 1945, Frankfurt/Main 1978.

2 Einen fundierten Überblick aus kommunikationswissenschaftlicher Sicht zum Begriff der ‚Gegenöffentlichkeit‘ bietet die Dissertation von Jeffrey Wimmer: (Gegen-)Öffentlichkeit in der Mediengesellschaft. Analyse eines medialen Spannungsverhältnisses, Wiesbaden 2007. (Wimmer 2007) Vgl. auch den Abriss bei Peter Tabor: Vorläufer, Theorie und Praxis Freier Radios in Deutschland, unveröff. Magisterarbeit Universität Bremen 2002. (Tabor 2002)

3 Wimmer 2007, S. 243.

4 Das gilt nicht nur für die Habilitationsschrift von Jürgen Habermas: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt/Main 1990 (1. Aufl. 1969), sondern auch für die Vorstellungen einer Kulturindustrie, die die Rezipienten manipuliere, wie sie von Adorno und Horkheimer noch im amerikanischen Exil entwickelt wurden.

entstand in den Folgejahren ein erstes Netzwerk alternativer Medienprojekte, das sich jedoch auf Zeitschriften und sogenannte Raubdrucke beschränkte. Allenfalls entdeckte die Bewegung noch den Film als Medium, wie sich an der Geschichte der Film- und Fernsehakademie in Berlin zeigt. Ansonsten blieben Rundfunk und Fernsehen „außen vor“, d.h. sie standen nicht in der Kritik der Studenten. Das lag sicher daran, dass die Einflussmöglichkeit relativ gering war, bzw. dass die Intellektuellen, insbesondere die jüngere Generation, ohnehin in Distanz zu den Programmen der öffentlich-rechtlichen Anstalten standen. Eine Erklärung hierfür mag auch sein, dass sich zeitgleich ein Generationenwechsel im Journalismus vollzogen hatte: Mit der Generation der Kriegs- oder Nachkriegskinder konnte sich so eine Hinwendung zu einem kritischen Journalismus etablieren.⁵ Hierdurch entstand auf den ersten Blick der Eindruck, dass gerade in den audiovisuellen Medien, die zudem öffentlich-rechtliche waren, eine gewisse Sympathie für die Ziele der Protestbewegung vorhanden sei, was sich aber in längerer Perspektive relativierte.

Auf der theoretischen Ebene lieferte Hans Magnus Enzensberger mit seinem „Baukasten zu einer Theorie der Medien“ eine Orientierung, die sich gegen die These einer ausschließlich manipulativen Kulturindustrie verwahrte. Enzensberger betonte ähnlich wie Brecht und Benjamin das Potential emanzipatorischer Medien, blendete aber zugleich die Rezeptionstätigkeit zugunsten des Produzenten weitgehend aus. Immerhin forderte Enzensberger die Errichtung „netzartiger Kommunikationsmodelle“⁶ und nannte auch den Hörfunk explizit als Teil dieser Modelle.

Neben Enzensbergers Schrift wurden die Vorstellungen von „Gegenöffentlichkeit“, wie sie Negt/Kluge 1972⁷ entwickelten, zentral. Bei Negt/Kluge kann eigene Mediennutzung als authentische Erfahrung Einsicht in die unterschlagene Wirklichkeit geben. Alternative Medien sollten daher nicht nur andere Informationen vermitteln, sondern autonome Medienpraxis bereitstellen, die in soziale Praktiken eingebunden ist. Ich werde noch zeigen, dass diese Überlegungen zentral waren für die nun entstehenden freien Radios. Gemeinsam ist diesen, dass sie „Gegenöffentlichkeit“ als politischen Entwurf, weniger als alltagskulturellen Raum begriffen. In der Praxis wurde das in der Bundesrepublik 1978 auf dem TUNIX-Kongress mit der Gründung der „taz“ als Sprachrohr des links-alternativen Milieus, das sich jenseits der sogenannten K-Gruppen und in Ablehnung zu diesen ausgebildet hatte, umgesetzt. Daneben bestand das Spektrum alternativer Stadtzeitungen weiter.⁸

Einen etwas anderen Weg ging Umberto Eco, der den Kommunikationsprozess zwischen Medium und Rezipient zum Ausgangspunkt seiner Überlegungen für eine „se-

.....
 5 Christina von Hodenberg: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945-1973, Göttingen 2006, S. 397ff; vgl. auch Sabine Horn: Erinnerungsbilder. Auschwitz-Prozess und Majdanek-Prozess im westdeutschen Fernsehen, Essen 2009, S.246ff, die diese Wandlungsprozesse am Beispiel der Berichterstattung über die NS-Vergangenheit untersuchte.

6 Hans Magnus Enzensberger, Baukasten zu einer Theorie der Medien, in: Kursbuch 20, März 1970, Über ästhetische Fragen, S.159-186.

7 Oskar Negt/Alexander Kluge: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt/Main 1972.

8 Kurt Weichler: Die anderen Medien – Theorie und Praxis alternativer Kommunikation, Berlin 1987, vgl. auch Karl-Heinz Stamm, Alternative Öffentlichkeit. Die Erfahrungsproduktion neuer sozialer Bewegungen, Frankfurt/Main 1988. (Weichler 1988) Natürlich wurden auch in Italien und Frankreich alternative Tageszeitungen gegründet, z.B. die „Libération“ in Frankreich, Paese sera in Italien.

miotische Kommunikationsguerilla“ macht. Eco verweist darauf, dass die Botschaft redundant ist, da diese vom Empfänger decodiert wird. Das setze zwar auf der einen Seite einen gemeinsamen Code von Sender und Empfänger voraus, andererseits können Störgeräusche im Kanal die ohnehin gegebene Interpretationsvarianz vergrößern. Daher solle die semiologische Guerilla, zu der Eco v.a. Intellektuelle und Künstler zählt, die Funktion zur Erziehung des Empfängers zur dissidenten Rezeption übernehmen.⁹ Ecos Überlegungen, über ästhetische Störgeräusche kritische Rezeption zu bewirken, sollte v.a. das italienische freie Radio Alice in Bologna beeinflussen. Radio Alice verstand sich als Teil der sozialrevolutionär-avantgardistischen Bewegung der *Autonomia Operaia*. Es ging nicht nur um Schaffung einer Gegenöffentlichkeit und Identifikation für die Bewegung, sondern ebenso um die Zerstörung von Hörgewohnheiten durch „schmutzige Sprache“ (Eco). Radio Alice zielte dabei nicht auf Ausdrucksformen einer künstlerischen Avantgarde, sondern auf beständige Einbeziehung der politischen Praxis der Handelnden. Über das „microfono aperto“ konnten alle Hörer/innen und politisch Handelnde direkt ins laufende Programm eingreifen.

In Deutschland hatte sich mittlerweile der Druck von rechts, sprich seitens der CDU, auf die Rundfunkanstalten verstärkt – ein Grund hierfür war auch der Terrorismus der RAF bzw. die zunehmenden gewalttätigen Formen der Auseinandersetzungen – und bewirkte einen Wandel in der Berichterstattung. Insbesondere der Bayerische Rundfunk wurde als „Schwarzfunk“ bezeichnet: er schaltete sich mehrmals aus Gemeinschaftssendungen der ARD aus oder übte selber Zensur. So wurde z.B. noch 1986 eine Sendung des „Scheibenwischers“ von und mit Dieter Hildebrand nicht in Bayern ausgestrahlt. Einen Höhepunkt bildeten die Auseinandersetzungen um die Berichterstattung des NDR zu den Protesten gegen den Bau des AKWs in Brokdorf im Herbst 1976, als der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Gerhard Stoltenberg (CDU), intervenierte. In einem Brief an den Intendanten des NDR, Martin Neuffer, schrieb Stoltenberg: „Die Landesregierung behält sich vor, sich außerhalb der Rechtsaufsicht... mit unqualifizierten Angriffen von Redakteuren des NDR in der ihr geeignet erscheinenden Form öffentlich und durch interne Fühlungsnahme auseinanderzusetzen.“¹⁰

Eine auch juristische Auseinandersetzung endete mit der Kündigung des NDR-Staatsvertrages zum 31.12.1980. Zwar gelang die Zerschlagung des NDR nicht – die Verhandlungen wurden zu einem Fiasko für die schleswig-holsteinische Landesregierung. Trotzdem galt der öffentlich-rechtliche Rundfunk den Kritikern seitens der neuen sozialen Bewegungen immer mehr als „staatlicher Aufpasser“, sie klagten über die subtile oder offene Zensur, sie beklagten die Trennung in Produzenten und Konsumenten und damit im Sinne von Negt/Kluge die Abspaltung der eigenen Lebenswelt, soziale Praktiken vom Medienkonsum sowie die Eindimensionalität der Berichterstattung.¹¹ Wenige Sender, wie der SFB und das kleine Radio Bremen, nicht nur in der ARD als „Rotfunk“

.....
 9 Umberto Eco, Für eine semiologische Guerilla (1967), in: Ders., Über Gott und die Welt, München 1987. Vgl. auch Tabor, S.44-47. Ecos Position beeinflusste später die Überlegungen der Cultural Studies ebenso wie die autonome a.f.r.i.k.a Gruppe, die das „Handbuch der Kommunikationsguerilla“ Hamburg, Berlin, Göttingen 1997, herausgegeben hat.

10 Zit. nach Michael Wolf Thomas: NDR – Parteien, Proporz, Probleme, 1980, S. 79.

11 Christoph Busch: Was Sie schon immer über Freie Radios wissen wollten, aber nie zu fragen wagten, Freundeskreis Freie Radios Münster, Münster 1981, zit. nach Jan Bönkost, „Wir wollen keine Konzession und wir machen auch keine“. Radio Zebra und die politische Piraterie im deutschen Rundfunk, unveröff. Hausarbeit 2009 (Bönkost 2009). Ich danke Jan Bönkost für viele Tipps und Recherchen.

bezeichnet, blieben eine Nische nicht nur der kritischen Berichterstattung, sondern auch ein Laborfeld insbesondere für Sendungen, die Jugendliche ansprachen. Hier sind bei Radio Bremen v.a. die Musiksendungen des „Beat-Clubs“ (Fernsehen) und des „Popkartons“ (Hörfunk) zu nennen. Der „Popkarton“ mischte Informationen mit Musik, wobei es nicht zuletzt über die Musikgruppen, die sich als Teil der Protestbewegungen verstanden, heftige Diskussionen im Rundfunkrat gab.¹²

Das Entstehen Freier Radios

Doch nicht nur aus ihrer Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk entstanden die freien Radios in Deutschland. Beflügelt wurde dieser Prozess nicht zuletzt durch ausländische Beispiele, insbesondere durch das bereits erwähnte Radio Alice.¹³

Kurt Weichler gibt einen guten Überblick über die Anfangszeit der freien Radios in Deutschland. Sind es in den ersten Jahren (1975-1978) zunächst nur drei freie Radiogruppen, so setzt danach ein gewisser Boom ein: 1982 existieren 25 aktive Gruppen. Diese sind fast ausschließlich in größeren Städten aktiv und senden oftmals nur wenige Minuten pro Woche. Eine Ausnahme ist lediglich Radio Verte Fessenheim, später Radio Dreyeckland, was an den günstigen Bedingungen im Grenzgebiet lag. Radio Verte profilierte sich als Sprachrohr und Organisator des Kampfes gegen das geplante AKW in Wyl.¹⁴ Auf alle anderen kontinuierlich arbeitenden Sender trifft eher, so Peter Tabor, die Bezeichnung „Viertelstunden-Radios“ zu.¹⁵ Da die Peilwagen der Post, die für die Fernmeldeanlagen zuständig waren, in der Regel 15 Minuten brauchten, um einen Sender zu orten, galten zehn Minuten im städtischen Umfeld als maximale Länge. Eine Sendezeit von 15 Minuten konnte nur dann erreicht werden, wenn die Radiogruppen mehrere, mit einer Zeitschaltuhr verbundene Sender im Stadtgebiet verteilten. Hinzu kam, dass die Radioinitiativen, die meist nicht viel Geld hatten, ihre Sender selbst bauten. Sie waren also klein und leistungsschwach, und wenn ein Sender beschlagnahmt wurde, musste er ersetzt werden. Der in mehreren Büchern als Nachbauanleitung veröffentlichte „Volkssender“ hatte mit fünf Watt Leistung eine Reichweite von 5 km, einen Materialwert von 80 DM und war so groß wie eine Zigarettenschachtel.

Die strafrechtliche Verfolgung der Betreiber der Piratensender geschah auf der Grundlage des §15 des Fernmeldeanlagengesetzes, der das unangemeldete Betreiben einer Sendeanlage mit einer Geldbuße oder bis zu fünf Jahren Gefängnis unter Strafe stellte. Leider gibt es keine Forschungen darüber, wie viele Betreiber zu welchen Strafen verurteilt wurden.

Die Illegalität bedingte eine erweiterte Organisationsstruktur: Legale Freundeskreise wurden gebildet, die mit den „Technikern“ über Depotbriefkästen an öffentlichen Orten kommunizierten. Die Freundeskreise stellten das Bindeglied zwischen den alternativen Gruppen, Hörern und Hörerinnen (in der Regel identisch) sowie dem Medium dar. Sie

.....
 12 Information Marion Gerhard, ehemalige Redakteurin von Radio Bremen, Interview am 27.1.2011. Marion Gerhard erinnerte sich u.a. an eine Diskussion im Rundfunkrat anlässlich des Abspielens von Liedern der „Drei Tornados“.

13 Soweit ich eruieren konnte, spielte allerdings die experimentierfreudige Zerstörung von Sprache bei den deutschen freien Radios kaum eine Rolle.

14 Weichler 1988, S. 252ff.

15 Vgl. Tabor, 2002.

sammelten die Reaktionen, produzierten Sendungen bzw. sammelten diese, kündigten Sendungen mittels Flugblättern, Plakaten, Anzeigen etc. an. In dieser – durch die Illegalität der Radios – bedingten Arbeitsteilung wurde wesentliches Potential abgeschnitten: Die Aufhebung von Produzent und Rezipient. Anders als etwa bei Radio Alice konnten die Hörer und Hörerinnen nicht direkt unmittelbar „auf Sendung“ gehen. Das verschärfte sich noch, weil die Trennung von legalem Freundeskreis und technischer Sendegruppe eine weitere Arbeitsteilung in den traditionellen Medien reproduzierte – die Zweiteilung von Redaktion und Technik.

Zwar versuchten einige Radios – wie v.a. Radio Dreyeckland – die Kommunikationsstrukturen zwischen Hörern und Radio zu verbessern, indem Hörerversammlungen einberufen wurden, doch beschränkte sich dies in der Regel auf die Bitte nach politischer Unterstützung, weniger kam es zu Diskussionen über und zu Eingriffen in das Programm. Als Folge des Versuchs der Kriminalisierung auch der Freundesgruppen schließlich wurde der Rückhalt der freien Radios geringer, vor allem aber wirkten sie kaum oder gar nicht über die Protestbewegungen hinaus. In einem Rückblick stellt denn auch ein Mitglied der Radiobewegung fest, dass die Bedeutung der freien Radios weniger in der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, denn in der subversiven Aneignung des Mediums selber liege:

„Die viertelstündigen Sendungen sind ‚Propaganda der Tat‘... Sie verweisen auf andere mögliche Nutzungen des Mediums von unten und sind – weil tatsächlich praktiziert – 1000mal wirksamer als gedruckte Medienkritik.“¹⁶

„Radio Zebra“ in Bremen

Radio Zebra ging im März 1980 in Bremen auf Sendung, es sendete drei Jahre lang, bis zum März 1983, und verstand sich als ‚freies und autonomes‘ Radio. Es war ein Stadtsender, wollte ein „parteiischer Sender von unten“ sein, ein Sender, der „die Probleme der Menschen hier in Bremen aufzeigt, Anregungen gibt, Menschen zum Widerstand aufruft“.¹⁷

Die Geschichte von Radio Zebra ist zutiefst verwurzelt mit der Stadt: Eine Darstellung der kurzen Geschichte des Senders verlangt notwendigerweise, die besondere Situation in Bremen in den 1980er Jahren in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Die „kleine Hansestadt“ Bremen war bereits seit den 70er Jahren Hochburg der neuen sozialen Bewegungen. Jahrzehntelange Dominanz der SPD, die Gründung der Universität im Geiste der Bildungsreform 1971 und damit verbunden die Stärkung eines liberalen Bildungsbürgertums in der Stadt hatten zu einer politischen Kultur geführt, die den ökologischen und alternativen Bewegungen offen gegenüberstand. So nimmt es nicht Wunder, dass 1979 hier die Grünen mit der Bremer Grünen Liste erstmals in ein Landesparlament einziehen konnten. Ein wichtiges Sammelbecken war die Universität: Während wie überall die K-Gruppen an Bedeutung verloren, gründete sich hier mit gro-

.....
 16 Erich Äther, Legalität – Ende der Freiheit? Freie Radios BRD: Zwischenbilanz; in: „Medien Magazin“ Nr. 2, April 1982, S. 58-59, hier S. 58.

17 Zit. nach Bönkost 2009, S. 31 (Infomaterial von Radio Zebra).

ber Unterstützung von Universitätsmitgliedern, die sich z.T. von diesen K-Gruppen abgewandt hatten, im November 1976 die „Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen“ (BBA). Diese wurde zum Sammelbecken der linksalternativen Bewegung. Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung, aber auch deren zunehmende Gewaltbereitschaft, wie sie sich in den Schlachten zu Brokdorf etc. äußerte, zusammen mit den Auseinandersetzungen mit der RAF im Deutschen Herbst führten auf der einen Seite zu einer immer deutlicheren Abspaltung der Autonomen innerhalb des linken Spektrums, auf der anderen Seite aber entstand nach dem Nato-Doppelbeschluss (Stationierung von Pershing II-Raketen auf dem Gebiet der BRD) eine Friedensbewegung, in der sich auch Teile der SPD und der Gewerkschaften mit linksalternativen Gruppierungen wiederfanden. In Bremen war diese, nicht zuletzt aufgrund der auch kommunistischen und linkssozialistischen Traditionen der Stadt, besonders stark, zumal die Bewegung durch die Stationierung der US-Panzerdivision „Hell on Wheels“ vor den Toren Bremens in der Garlstedter Heide neuen Zulauf erhielt. Als der Bremer Bürgermeister, Hans Koschnik, der Bitte des Verteidigungsministers Hans Apel (beide SPD) entsprach, aus Anlass des 25. Jubiläums des Nato-Beitritts der Bundesrepublik ein „Rekrutengelöbnis“ der Bundeswehr im Bremer Weserstadion zu veranstalten, kam es zu einem breiten Protestbündnis der unterschiedlichen Gruppen. Die Polizei war absolut überfordert, man hatte in keiner Weise mit der Gewaltbereitschaft von Teilen der Demonstranten gerechnet. Als die Polizei selber mit wahllosen Einsätzen auch gegenüber der Mehrheit der friedlichen Demonstranten „über“-reagierte, kam es am 6. Mai 1980 zu einer „Schlacht“ ums Stadion. Auf der Ebene des Landes und des Bundes wurden in deren Folge Untersuchungsausschüsse eingerichtet. Die Polizei lernte Deeskalationstaktiken, zugleich aber erklärte der Bremer Polizeipräsident Ernst Diekmann, „die Radikalität breite sich aus, weil in der Universität und anderswo von den Politikern geduldete ‚Naturschutzparks‘ und ‚Freiräume‘ entstanden seien.“¹⁸ Im Juli 1980 räumte die Polizei den besetzten ehemaligen Schlachthof. Zugleich wurden die Auseinandersetzungen innerhalb der linksalternativen Szene mit den Autonomen virulenter. Als die Friedensbewegung im Oktober 1983 den Transport von Raketen über die Bremer Häfen in Bremerhaven durch Blockadeaktionen zu verhindern suchte, trennte sie sich auf der Großdemonstration vom autonomen Block, was diesen letztlich der Übermacht der Polizei auslieferte.

In genau dieses Klima fiel die Gründung von Radio Zebra: Seine Betreiber (zehn Männer und Frauen) waren zum großen Teil bereits in der sogenannten Studentenbewegung sozialisiert, teils auch in den K-Gruppen aktiv und gehörten schließlich zum linken Teil der BBA. Einige von ihnen hatten Medienerfahrung in der autonomen Szenezeitung „INFO Bremer undogmatischer Gruppen (INFO-BUG)“ gesammelt. Bei allen war eine Bereitschaft zur illegalen Aktion vorhanden, nicht alle aber gehörten zum militanten Flügel. Der Freundeskreis war politisch und sozial wesentlich heterogener, veränderte sich auch und gehörte eher zum linksalternativen oder linksliberalen Spektrum.

Radio Zebra begann holprig: Bereits im Frühjahr 1978 trafen sich einige Personen aus dem BBA-Spektrum, mehrere davon mit Kontakt zu Radio Alice in Bologna. Sie hatten bei Alice gearbeitet, und offenbar kamen auch Personen von Radio Alice nach Bremen, um das Kollektiv zu beraten.¹⁹ Einige aus der Gruppe pflegten engere Kontakte

.....
 18 Dietrich Strothmann, Bremer Skandal. Ein Präsident und der Hundekot, in: „Die Zeit“ 1980, Nr. 31, 25. Juli.

19 Interview Bönkost mit einem Mitglied des Kollektivs 22.11.2008. Bönkost 2009 abgedr. Im Anhang der Arbeit, S.III.

zu Journalisten von Radio Bremen.²⁰ Offenbar hatte das Kollektiv keine strategischen Vorstellungen hinsichtlich der Kommunikationsstruktur zu den Hörern, auch scheint es sich kaum mit avantgardistischen Vorstellungen über Sprache etc. im Radio auseinandergesetzt zu haben. Aber sie waren frustriert von der bisherigen Reichweite alternativer Medien, vor allem von Flugblättern und Szene-Zeitschriften. Es ging ihnen um die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit, die über die Grenzen der Bewegung ins bürgerliche Lager hinein reichte.

Der selbst gesetzte Anspruch, dass es keine Arbeitsteilung, also kein Expertentum in der Gruppe geben sollte, führte zu erheblichen Konflikten. Im Juli 1979 trat das Kollektiv mit einem Flugblatt an die Öffentlichkeit und versuchte, sich als Sprachrohr und Verbindungsmedium der sozialen Bewegungen vorzustellen. Im „INFO-BUG“ wurde das Konzept diskutiert, v.a. die 14tägige Sendezeit kritisiert; einige schlugen vor, angesichts des hohen Risikos die Zusammenarbeit etwa mit Radio Bremen zu suchen. Einen ersten heftigen Rückschlag erlitt die Gruppe, als sie im Oktober ihren Sendestart wegen technischer Schwierigkeiten verschieben musste. Offenbar waren die oben erwähnten Bauanleitungen unzureichend, man brauchte stärkere Sender. Erst mit Unterstützung eines Experten konnte Radio Zebra mit fast zweijähriger Verspätung auf Sendung gehen, zunächst mit fünfminütigen Probesendungen pro Woche. In diesen Probesendungen zeigte das Kollektiv Beispiele, wie seiner Meinung nach das Programm aussehen könnte. Am Montag und am Freitag stellte sich Radio Zebra selber vor.

Dieser grundlegend basisdemokratische Anspruch wurde strukturell durch die Möglichkeit der Gruppe, Sendungen zu kommentieren, auszuwählen und eventuell auch nicht zu senden, konterkariert, was auch im späteren Verlauf zu Konflikten führen sollte. Aber vorerst galt es, die Technik zu verbessern: Hierzu wurden sowohl weitere Experten, u.a. von der Bremer Universität, als auch durch Spenden finanzierte bessere Technologie herangezogen. An einer Bremer Berufsschule konnten die Blechkisten für die zehn Sendeanlagen, die über das Bremer Stadtgebiet verteilt waren, untergebracht werden. Der BBA-Infoladen und der Bremer Ostertorbuchladen, ein Kollektivladen, verkauften Dipolantennen für eine bessere Empfangsqualität, und schließlich stellten sich mehr als 30 Leute zur Verfügung, aus deren Wohnungen gesendet werden konnte, unter ihnen auch Pastoren, die offenkundig die Kirchtürme öffneten.²¹

Ein Freundeskreis entstand erst zwei Tage vor dem ersten regulären Sendetermin am 17. März 1980. Er traf sich wöchentlich im BBA-Laden, war Ansprechpartner, verstand sich als Kommunikator zwischen dem illegalen Kollektiv und den Hörer und Hörerinnen, wie den sozialen Gruppen. Er diskutierte fertige Beiträge, die über einen „toten Briefkasten“ an die Gruppe weitergegeben wurden. Allerdings war unter den Bedingungen der Illegalität das Prinzip einer freien Kommunikation und einer Aufhebung der Trennung von Produzent und Rezipient nicht möglich. Erschwerend kam hinzu, dass keine direkte Kommunikation zwischen Freundeskreis und Kollektiv möglich war. Man blieb sich „fremd“.

.....

²⁰ Auskunft Marion Gerhard. Zwei Personen vom Kollektiv wohnten im selben Haus, M.G. wurde von ihnen häufig um Rat gefragt, was sie aber in Loyalitätskonflikte zum Sender brachte. Ebenso Interview Böhnkost 2009, S. III.

²¹ Böhnkost 2009, S. 39 (Interview).

Um eine genauere Vorstellung seines Hörerpublikums zu haben, machte der Freundeskreis eine Umfrage²² in Bremer Szenekneipen. Diese ist sicher nicht repräsentativ, spiegelt sie doch das Kneipenpublikum wieder, erlaubt aber einige wichtige Einblicke: 64 Prozent der Hörer waren zwischen 20 und 30 Jahre alt; einige Schüler jedoch gaben an, dass die ganze Klasse regelmäßig Radio Zebra hörte, d.h. das Alter war vermutlich niedriger. Studenten waren zahlenmäßig am meisten vertreten (41 Prozent), gefolgt von Angestellten (17 Prozent) und Arbeitern (15 Prozent). Über zwei Drittel hörten gemeinsam mit anderen, nur etwa die Hälfte regelmäßig. 64 Prozent gaben an, in politischen Zusammenhängen, vornehmlich Anti-AKW- und Umweltgruppen organisiert zu sein. Nur die wenigsten hatten einen eigenen Beitrag eingeschickt.

Ein weiteres Problem bestand in der vierzehntägigen Pause zwischen den Sendeterminen, oftmals waren die Sendungen dann nicht mehr aktuell – und auch die Hörer/innen vergaßen, regelmäßig einzuschalten. Hinzu kam, dass die Anti-AKW-Bewegung damals ihren Zenith überschritten zu haben schien und nach den Auseinandersetzungen im Weser-Stadion bereits erste Absetzbewegungen von den Autonomen zu bemerken waren.

In einer Bilanz anlässlich der 25. Sendung am 26. November 1980 formulierte das Kollektiv das Hauptproblem: Ein Radio von unten konnte nur dann erfolgreich sein, wenn die Basis Beiträge lieferte. Außerdem zeigten sich in den Diskussionen große Unterschiede zwischen Freundeskreis und Kollektiv. Deutlich wurde, dass die große Heterogenität der Gruppen, die Radio Zebra zu vereinen suchte, sich auch in unterschiedlichen Vorstellungen über das Radioprojekt spiegelte. Eine politische Basis, über eine sympathisierende pragmatische Unterstützung hinaus, existierte offensichtlich nicht bzw. war zu schmal. Darin bestand ein großer Unterschied etwa zu Radio Verte. Trotzdem entschied das Kollektiv Anfang Februar weiterzumachen. Hierzu wollte man sich stärker in die sozialen Bewegungen integrieren, und eine erste Chance bot sich im Umfeld der 2. Großdemonstration in Brokdorf im Februar 1981.

Im Vorfeld formulierte das Kollektiv politische Bedingungen an die BBA – es sollten unterschiedliche Einschätzungen zu Wort kommen, keine politische Richtung sollte monopolisieren, „damit jeder der Demoteilnehmer für sich Entscheidungen treffen kann... und nicht bloß Befehlsempfänger ist ...“²³ Das wurde in einer Erklärung an alle über „INFO-BUG“ kommuniziert. Aus der Perspektive der Zebras wie der Demo-Teilnehmer war der Einsatz ein voller Erfolg – der Bremer Zug erreichte als einziger unkontrolliert von der Polizei den Bauzaun – für das Radio bedeutete dies die erhoffte neue Verankerung, die Zahl der Beiträge stieg, ebenso die Zahl der Spender und Unterstützer. Eine wesentliche Funktion von Radio Zebra war jedoch logistischer Art: die Koordination der Busse aus Bremen, der Anfahrtswege der verschiedenen Gruppen etc. Diese quasi subversive Form der logistischen Handlungsanleitung durch das Radio bedeutete auf der einen Seite, dass Gruppen, die mit dem klaren Ziel, auf den Bauplatz zu gelangen, die Busse nutzten, eben die dafür notwendige „Ausrüstung“ ungehindert nach Brokdorf

.....
 22 190 der Fragebögen wurden 1985 von einem ehemaligen Mitglied des Freundeskreises in einer Abschlussarbeit an der Universität Bremen ausgewertet: Uwe Bergmann: Theorie und Praxis der alternativen Radiobewegung in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in Bremen, unveröffentl. Examensarbeit Bremen 1985.

23 zit. nach Böhnkost 2009, S. 48.

bringen konnten. Zum anderen stellte das Radio eine symbolische Einheit der unterschiedlichen Gruppen, militante wie pazifistische her, obgleich diese sich in den Methoden unterschieden. Man könnte hier in mediengeschichtlicher Hinsicht sagen – ohne diese Referenz überzubewerten –, dass das Radio zu seinen Ursprüngen im Ersten Weltkrieg zurückkehrte. Die Zebras wie Freundeskreis werteten diese Aktion als vollen Erfolg, allerdings war der Konvoi mit 25 km länger als erwartet und die Reichweite des Senders zu gering.

Das führte zunächst dazu, dass die Diskussionen über Sinn und Unsinn Radio Zebras im Kollektiv und Freundeskreis unterbrochen wurden, doch im Sommer 1981 flammten diese wieder auf. Während der Freundeskreis für Weitermachen war, meldete das Kollektiv Zweifel an, ob es in Bremen genügend Resonanz für ein Freies Radio gebe. Sie sahen nicht, dass eine Bewegung für das Radio entstand. Sie schlugen drei Alternativen vor:

- Das Radio sollte stärker zum Sprachrohr der „Linksradikalen“ werden. Das Kollektiv werde diesen Teil der Sendung bestreiten.
- Die linksradikalen Gruppen werden selber einen Teil des Programms bestreiten. (Dabei war eine Trennung vom Freundeskreis Voraussetzung, man stellte ihm 15 Minuten Sendezeit, die dieser bestreiten konnte, die jedoch kommentiert werden sollten, bereit.)
- Keine wöchentlichen Sendungen, Auflösung des Freundeskreises, sporadische Treffen des Kollektivs, die einzelne Sendungen machen (und hierfür auch die Propaganda).

Das Auseinanderbrechen von Kollektiv und Freundeskreis wird hier deutlich: die zunehmende Entfremdung und Abgrenzung zwischen den Autonomen und den eher alternativen Gruppierungen schlug sich in Radio Zebra nieder, wobei sich die Fraktionen auch innerhalb des Freundeskreises formierten. Zwar kam es anlässlich von Hausdurchsuchungen bei 21 vermeintlichen oder tatsächlichen Unterstützern noch mal zu einer Solidarisierung. Diese war jedoch nur von kurzer Dauer. Zugleich hatte Radio Zebra sich auch in der bundesweiten Diskussion der Freien Radios um die Legalisierung isoliert. Das Kollektiv lehnte jede Bestrebung nach Legalisierung ab und plädierte stattdessen für das „Bewegungsradio“, dessen Legitimität durch eine starke linke Bewegung garantiert werden solle. Nach der Sommerpause nahm Radio Zebra den Sendebetrieb nicht mehr auf. Zwar gingen die Diskussionen noch weiter, jedoch kam es zu keiner einigenden Plattform zwischen Kollektiv und Freundeskreis. Die Technik wanderte nach Hamburg, wo 1987 das Radio hafensstraße für mehrere Monate sendete.

Der Sound von Radio Zebra

Insgesamt konnten 40 Beiträge von Radio Zebra erhalten werden. Diese sind mittlerweile auf einer CD gespeichert und in der Medienbibliothek der Bremer Universität zu entleihen. Alle Probesendungen beginnen mit einem Intro, Hufklappern, Wiehern und dann der Stimme, die die Sendung ankündigt. Vom 3. bis 7. März 1980 sendete Radio Zebra täglich Probesendungen. Später wird das Intro nicht mehr gespielt, lediglich Sendungen des Kollektivs und des Freundeskreises (soweit sie auf der CD bewahrt sind) werden mit einem Intro der Zebras eingeleitet, z. T. wird auch nur mehrstimmig „Zebra“ gesungen.

In der allerersten Sendung stellte sich das Kollektiv vor, unterbrochen wurde die Stimme von längeren Clips aus dem Lied des damals in der Szene bekannten Sängers Tommy, der in diesem Lied die Isolation der Menschen voneinander beschreibt. Die Musik von Tommy war programmatisch für das Kollektiv: man wollte eben nicht nur „abgelesene Texte“, sondern „lebendige“, etwa durch Musik aus den Protestbewegungen emotionalisierte Stücke.²⁴ Die Stimme des Sprechers selber ist verfremdet: Hierzu sagt der Sprecher, dass alle Stimmen des Kollektivs verfremdet werden, dass es viele Stimmen gebe und wer trotzdem meine, eine Stimme erkannt zu haben, solle den „Mund halten“. Das Stück endet mit Geräuschen einer abfahrenden Dampflokomotive. Diese erste Sendung, so das Kollektiv, sollte denen, die Sendungen produzieren und einreichen wollten, eine Vorstellung über das „Strickmuster“ der Sendungen geben. Aber natürlich war die Kürze der Sendezeit ein Problem: In der Regel konnte kein Lied oder Stück vollständig gespielt werden, und vielen Gruppen war es offenbar gerade im ersten Jahr von Radio Zebra wichtiger, die Texte insgesamt senden zu lassen. Ein Beispiel hierfür war eine Sendung des neu bzw. wiedergegründeten Frauenzentrums vom 3.6.1980: Zwar wurde nach dem Intro ein Lied „The woman in your life“ angespielt, die Sprecherin wird auch noch einmal von dem Lied unterbrochen, zum Schluss folgt noch ein weiterer Clip. Aber zum einen ist es schlecht geschnitten, zum anderen liest die Sprecherin den Text ab: Wenn sie Betonungen einbaut, sind diese an der falschen Stelle, insgesamt klingt es für mich aus jetziger Sicht eintönig und langweilig. Es ist heute nicht zu entscheiden, ob diese Formen schlicht unprofessionell waren oder aber „gewollt“, um die Alternativität zu unterstreichen. Solche Sendungen, die typisch sind für eine Mehrzahl der eingesandten Beiträge, wurden auch von dem Kollektiv und dem Freundeskreis kritisiert, da die Möglichkeiten des Radios nicht oder kaum genutzt wurden.

Aber es gibt auch anderes: Ein Autor, der für eine Initiative für ein alternatives Kulturzentrum wirbt, hat ein kleines Hörspiel gebastelt. Er liest einen Brief vor – und viele der Hörer wissen, dass die Adressatin „Liebe Herta“ ein Zitat von einer Bemalung eines ehemaligen Luftschutzbunkers ist. Geht es auf dem Bunkerbild um „Nie wieder Krieg“ so schlägt der Sprecher die Brücke hin zu den Trümmern des Schlachthofes auf der Bürgerweide, der das Kulturzentrum beherbergen sollte. Die ganze Sendung wird vom Sprecher gestaltet, die Authentizität durch Ess- und Trinkgeräusche unterstrichen. Die Sendung endet mit dem Einspielen von Abrißgeräuschen wie einem sehr kurzen Anspielen des Liedes „Das hat Spass gemacht“, was wohl die Situation ironisieren soll. Bemerkenswert ist auch ein satirisches Hörspiel, das wiederum vom Kollektiv selber produziert wurde, nämlich eine „Wahlsondersendung“ zur Bundestagswahl, gesendet am 1.10.1980. Hier findet eine Diskussion der fiktiven Parteienvertreter „Frau Immergrün von den Grünen, Herr Mosche Schmierer vom KBW, Eike Hammer von Sichel von der Volksfront und des rußgeschwärtzten Dr. Kumpel von der DKP statt. Ein Statement des Vertreters der DKP wird kontrastiert mit „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“. Das Ganze endet mit gegenseitiger Brüllerei, und schließlich der Abmoderation, dass die Sendezeit eng begrenzt sei.

Insgesamt ist festzustellen, dass ab Herbst 1980 die Sendungen insgesamt sehr viel „radiofoner“ wurden. Nunmehr sind die Beiträge, in denen Botschaften vom Blatt mit monotoner Stimme abgelesen wurden, in der Minderheit, viele Macher experimentieren

.....

24 Der Titel wurde nicht genannt, die erste Zeile lautet „Ich habe vier Wände...“.

durchaus mit Musik, Hintergrundgeräuschen, mehreren Stimmen, Radioformaten. Am Heiligabend 1980 gibt es gar zwei Sendungen: Ein Gedicht zur politischen Situation eines Walter Schmidt, dass vom Läuten der Weihnachtsglocken eingeläutet wird, und ein etwas chaotisches Hörstück der propunk-Gruppe aus dem Schlachthof „Radio Huhn“ getitelt, dass in lautstarken, mit Punk-Musik untermalten gespielten Auseinandersetzungen zweier konkurrierender Gruppen endet. Eine weitere „vorweihnachtliche“ Sendung mit dem Titel „Jeder Mammi einen Ami“ fordert auf, die amerikanischen GI's, die nahe Bremen in der Garlstedter Heide stationiert waren, und Anlass zu großen Demonstrationen der Bremer Friedensbewegung waren, Weihnachten nach Hause einzuladen: insgesamt ein ausgesprochen witziges, offensichtlich ironisch gemeintes Hörstück, unterlegt von „Jingle Bells“, mit mehreren Sprechern. Nahezu professionell zu nennen ist eine Sendung der USCHI – Unabhängige Schwulen Kommunikations-Initiative zur Unterstützung der Schwulenbewegung in Bremen vom 25.3.1981. Für das Kollektiv vielleicht auch typisch ist ein Beitrag anlässlich der Räumung des besetzten Platzes in Gorleben vom 11.6.1980: hier werden Live-Aufnahmen von der Räumung gemischt mit Interviews und einem Lied von Walter Mossmann (dem Barden der Anti-AKW-Bewegung aus Why!), das dieser für Gorleben geschrieben hatte und auf dem Platz sang. Dieser Beitrag unterschied sich in der Qualität nur wenig von vergleichbaren Sendungen bei Radio Bremen. Allerdings scheint er eine absolute Ausnahme gewesen zu sein.

Schlußfolgerungen

Radio Zebra hatte eine Sonderstellung in der Szene der Freien Radios. Es war nicht Teil einer Bewegung, wie Radio Freies Wendland oder Radio Verte, sondern war entstanden als Idee einer Gruppe. Es sollte eine Gegenöffentlichkeit in der Stadt schaffen, Sprachrohr aller sozialen Bewegungen in Bremen sein und über die alternative Szene in die Bevölkerung hinein wirken. Die Hörer sollten zugleich Produzenten sein.

Fragt man nach Erfolg oder Scheitern, so gilt es die Koordinaten zu klären. Radio Zebra war erfolgreich: Es sendete drei Jahre lang unter den Bedingungen der Illegalität, ohne dass jemand verhaftet wurde. Es hatte Unterstützung über die alternative Szene hinaus – allerdings nicht in dem zunächst intendierten Maße: Weder gelang es Radio Zebra, gemeinsame Aktionen zwischen Lehrlingen im Betrieb und alternativen Aktionen zu organisieren, noch kamen Sendungen von Anbietern außerhalb des linksalternativen Spektrums: Man kann also sagen, dass die selbstgesteckten, durchaus utopischen Ziele nicht erreicht wurden. Die Bereitschaft aus dem liberalen-bürgerlichen Milieu beschränkte sich auf technische Beratung, auf den Freundeskreis, auf Spenden und pragmatische Hilfen, etwa bei der Bereitstellung von Sendeorten.

Allerdings ermöglichte diese Unterstützung, dass Radio Zebra technisch durchaus sehr gut ausgestattet war, besser als andere Freie Radios. Es war auch erfolgreich, da es zwar nicht in der Stadt, aber offenbar durch die öffentlich-rechtliche Konkurrenz wahrgenommen wurde. Bei Radio Bremen waren einige Journalisten tätig, die durchaus auch mit der BBA und anderen alternativen Bewegungen sympathisierten und dieses auch in ihren Programmen deutlich machten. So wurde später eine Jugendsendung auf Bremen 4 „Zebra4“ genannt. Auch waren einige Sendungen in diesen Jahren so parteilich – etwa die des „Popkartons“ anlässlich der Berichterstattung vor dem Stadion am

6. Mai 1980 – dass die zuständigen Journalisten eine Abmahnung erhielten. Ähnliches galt für die eigene Nachrichtensendung „Buten und Binnen“.

Radio Zebra ist es wohl nur bedingt gelungen, seinem Anspruch gemäß eine „Gegenöffentlichkeit“ in Bremen zu schaffen. Die Frage ist, ob diese Gegenöffentlichkeit eine eigene Klangfarbe hatte. Aufgrund der eng begrenzten Sendezeiten kam die Musik der Szene – sowohl die vielen Stimmen, die die sozialen Protestbewegungen begleiteten, in ihr und mit ihnen entstanden waren, wie die „hausgemachte“ Musik der Bands – in Bremen nur in „Schnipseln“ in den Äther. Typisch war auch, dass die Macher der Sendungen selber Musik spielten oder sangen, durchaus ein Spiegel der damaligen Protestaktionen, die eine eigene kreative Kultur generierten bzw. intendierten. Man kann festhalten, dass die alltäglichen Praxen einer „Gegenkultur“ durchaus im Radio einen Klang erhielten, sei es durch selbst gesungene und getextete Lieder, sei es durch Trink- und Essgeräusche als Hintergrund von politischen Botschaften – sozusagen als klangliche Beglaubigung der Einheit von Leben und Politik.

Partiell, vor allem ab Sommer 1980, experimentierte Radio Zebra mit und in dem Medium mit ästhetischen Formen, beispielsweise nachgemachten und umgeschriebenen Werbeclips wie bei „inhale“, einer Sendung, die für die Freigabe von Haschisch warb; kleine Hörspielformen, aber auch kleine Reportagen wurden produziert. Es wäre noch zu prüfen, ob nicht gerade eher Gruppen, in denen alternativen Lebensstile dominant waren, kreativer und experimentierfreudiger waren als Gruppen mit einer dezidierten politischen Botschaft. Insgesamt bestimmten alternative Experimente, sei es in der Musik, aber auch in der Lust zum Ausprobieren, zum „Selber-Machen“ den Sound. Charakteristisch war zudem die Verfremdung der Stimmen des Kollektivs – die Illegalität hatte ebenso einen spezifischen Klang. Aber auch die „Schattenseite“ der Politszene, die Überzeugung, dass die Botschaft allein durch das Ablesen der Texte an die Hörer und Hörerinnen gebracht werden konnte, gehörte zu Radio Zebra.

Der Sound von Radio Zebra war – begreift man Gegenöffentlichkeit auch als Raum – in der Stadt öffentlich präsent. In bestimmten Szenekneipen wurde mittwochs um 18.45 das Radio eingestellt. Es ist naheliegend zu vermuten, dass man dort das gemeinsame Hören über die Sendungen hinaus diskutierte. Aber auch der Freundeskreis, der das Radio absicherte, und zugleich eine Brücke in die liberale Öffentlichkeit hinein darstellte, war Bestandteil dieses Kommunikationsraums. Insofern ist Öffentlichkeit immer im Plural zu denken, bzw. als Sphären kommunikativen Handelns²⁵, eine Vorstellung, die aber gewissermaßen konträr zu denen der sozialen Bewegungen war.

Gescheitert ist Radio Zebra daran, dass – nicht zuletzt bedingt durch die Illegalität – das Kollektiv sich offenbar immer mehr isolierte und radikaler wurde. Eine Abgleichung der eigenen Ansprüche mit der „Radio-Realität“ erfolgte nicht – jedenfalls wurden die Spannungen zwischen dem gemäßigten Freundeskreis und dem eher dem autonomen Spektrum zugehörigen Kollektiv unüberbrückbar. Ausdruck dieser Haltung ist die Verweigerung, sich im überregionalen Zusammenschluss Gedanken über die Legalisierung zu machen.

.....
25 Wimmer 2007, S.233ff.

Die Konflikte innerhalb der sozialen Bewegungen insgesamt in den 80er Jahren, das immer stärkere Abdriften des autonomen Teils in Gewaltbereitschaft und Militanz entzog den Bewegungen die basisdemokratische Legitimation und die zumindest punktuelle Möglichkeit, Bündnisse über die Bewegung hinaus zu schaffen. Damit ging Radio Zebra der Resonanzraum verloren.

Die Bedingungen der Illegalität erschwerten die Arbeit ungemein: der große Abstand zwischen den Sendungen, die 15-Minuten-Dauer, die Bewältigung der technischen Probleme ließen keine spontane Partizipation der Hörer und Hörerinnen zu. Es gab daher nur relativ wenig Raum für Radioexperimente, die die kreativ-ästhetischen Möglichkeiten des Mediums selber elaboriert hätten.

Vielleicht ist Radio Zebra in Bremen auch an Radio Bremen gescheitert, das zumindest Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre selber Teil von „Gegenöffentlichkeit“ – gemessen an der ARD – war und das gerade durch die Jugendsendungen, v.a. dem „Popkarton“ eine sehr eigene Klangfarbe entwickelt hatte. Anlehnend an Jeffrey Wimmer könnte man sagen, dass die Defizite der Öffentlichkeit in Bremen nicht so ausgeprägt waren, dass Radio Zebra diese hätte ausgleichen müssen oder können.

Unbeantwortet bleiben muss die Frage, ob der Sound von Radio Zebra zum Erfolg oder zum Scheitern beitrug. Das hat letztlich auch mit den Grenzen einer historiographischen Perspektive einer Sound-Geschichte zu tun. Nicht nur, dass die Autorin den Sound von heute her interpretiert (ebenso wie andere zeitgenössische Hörer und Hörerinnen), auch die versuchte Einbettung in die historischen „Hörsituationen“ oder Produzentenbedingungen können die Emotionalität, die Ängste oder Euphorien allenfalls vermuten lassen.

Studienkreis-Informationen

Kulturwellen, Kulturströme Kultur, Radio und Internet

Jahrestagung 6. bis 7. Mai 2013 in Leipzig

Auch die diesjährige Tagung des Studienkreises fand in Kooperation mit dem renommierten Branchentreff Medientreffpunkt Mitteldeutschland (MTM) in Leipzig statt. Das Thema Kulturradios setzte einen Schwerpunkt, der an die kontroversen Diskussionen über Profile und die Legitimität „teurer“, zumeist öffentlich-rechtlicher Kulturwellen anknüpfte und auf ein erstaunlich reges Interesse stieß. Die gegenwärtigen Entwicklungen stellen sowohl medien- und programmästhetische als auch gesellschaftspolitische Fragen. Wie können diese oftmals feuilletonistischen, lang bestehenden Programme in den Koordinaten digitaler Lebens- und Rezeptionsweisen gedacht werden? Sind die Netzmedien eine gute und solide Basis für qualitätsorientierte Medienprogramme? Wie können Strukturen umgebaut oder angepasst werden, um weiterhin in einem öffentlich-rechtlichen Kontext „Kultur“ zu programmieren?

Los ging es mit Corinna Lühje (Universität Hamburg), die in ihren methodologischen Überlegungen vor allem den Kulturbegriff dieser spezifischen Radioangebote diskutierte. Kulturradios griffen eher auf ein Konzept zurück, das von einem Alltagsverständnis von Kultur ausgeht. Sie wenden sich damit einem erweiterten Kulturbegriff zu, der die alte, überkommene Dichotomie von Hochkultur vs. Populärkultur bzw. eine Verengung auf Klassik auflöse. Frank Schätzlein hingegen thematisierte ein „altes Problemfeld“, nämlich die Aufmerksamkeit der Hörer. Ein Fazit seines Vortrages: die Pluralität von Hörweisen müsse akzeptiert werden. Anhand der Auswertung bildlicher Darstellungen vom Radiohörer in den Selbstdarstellungen der Sender konnte er zeigen, wie sich die Vorstellungen von einer idealen Hörerschaft im Laufe der Zeit gewandelt haben, aber auch heute noch allzu oft vom hochkonzentrierten Einschalthörer ausgehen. Jens Wendland (Honorarprofessor an der Universität der Künste Berlin, zuvor u.a. langjähriger Hörfunkdirektor des SFB) präsentierte eine historische Miniatur zum Herausgeber-Radio des SFB und des NDR, einem Projekt

der 1960er Jahre, bei dem deutsche Literaten großen Einfluss auf das Radio ausübten. Tom Wilke (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) setzte einen stark empirischen Akzent, in dem er exemplarisch das Musikangebot des Monats April 2013 von DRadio Kultur analysierte. Eine genaue Musikfarbe war dabei nicht zu ermitteln, aber die funktionalen Bezüge zwischen Wortprogramm und Musikauswahl traten umso stärker hervor. Dieser Aspekt wurde während der Tagung noch mehrfach aufgegriffen. Schließlich bot Bettina Wodianka (Universität Basel) noch eine Perspektive auf artifizielle Klangräume des Radios, indem sie anhand von Aufnahmen Rolf Dieter Brinkmanns darstellte, wie künstlerische Praktiken das Medium infrage stellen und seine kommunikativen und ästhetischen Paradigmen aktiv weiter treiben.

Ekkehardt Oehmichen, ehemals Leiter der Medienforschung des Hessischen Rundfunks, erläuterte am zweiten Tag mit seiner Keynote „Kultur und Radio im Wandel“, welchen Stellenwert das Radio als Informations-, Wissens- und Kulturvermittler heute besitzt. Insbesondere ging er auf die maßgeblich von ihm entwickelte Mediennutzer-Typologie ein, die auch eine aussagekräftige Basis für die Profilstärkung von Kulturradios darstellen kann. Innerhalb der Mediennutzer-Typologie, die insgesamt zehn Gruppen umfasst, identifizierte Oehmichen fünf, die kultur- und wissenschaftsaffin sind und auch komplexeren Medienangeboten wie den Kulturradios folgen. Deshalb sei die Akzeptanz von Kultur- und Inforadios recht stabil geblieben.

Im abschließenden Podiumsgespräch ging es auch dank einer regen und kontroversen Publikumsdiskussion teilweise recht lebhaft zu. Besetzt war das Podium mit: Oliver Sturm (freier Hörspielmacher), Detlef Rentsch (MDR FIGARO), Hans Dieter Heimendahl (Deutschlandradio Kultur), Barbara Gerland (Deutschlandradio Kultur), Christian Bollert (detektor.fm). Hans-Jürgen Krug (freier Medienwissenschaftler) moderierte dieses Panel.

Einig waren sich alle Teilnehmer, dass das Netz große Potenziale für Kulturradios bietet, da ein stabiler Anteil von Hörern vor allem Inhalte sucht. Christian Bollert von detektor.

fm konnte diese Position aus eigenen Erfahrungen plausibel bestätigen. Es gehe oft um Übersetzungsleistungen, um neue Perspektiven auf „klassische Themen“. Überhaupt: die Meinungen auf dem Podium waren nah beieinander. Es hätte auch kontroverser, offensiver zugehen können. Detlef Rentsch sprach von der Anmutung eines ganzheitlichen Kulturradios, das er bei MDR FIGARO wirkungsvoll umgesetzt sah. Außerdem brach er eine Lanze für das Fortbestehen von UKW-Sendern, eingebettet in die digitalen Möglichkeiten. Das analoge Programm bleibe das „Mutterschiff“. Hans Dieter Heimendahl wies nochmals darauf hin, dass die Kulturradios selbst Akteure der Kulturproduktion sind. Sie leisten wichtige Beiträge bei der Abbildung von Kultur, bei der Kulturkritik und zur Debattenkultur des Landes. Zugleich aber müsse man sich entscheiden: im Kulturradio sei nicht totales Crossover von Bushido bis Bach angesagt. Oliver Sturm wies auf die Gefräßigkeit des Netzes hin. Das kulturelle Erbe, z.B. der Hörspielproduktion, müsse endlich umfänglich verfügbar werden. Das Publikum konfrontierte diese Sichtweisen mit anderen Perspektiven. So stellte ein Zuschauer die provokante Frage: Müssen Kulturradios erfolgreich sein? Eine Antwort darauf konnte es abschließend nicht geben.

Daraus entspannen sich diverse weitere Dispute, unter anderem um die Frage, welchen Sound Kulturradios anbieten sollten. Dem Sound-Konfektionsdrang setzte Christian Bollert ein einfaches, aber sehr überzeugendes Argument entgegen: Musik ist Haltung, nicht die Farbe entscheidet. Bekanntermaßen können Haltung oder Attitüde vielgestaltig klingen. Auch gesellschaftspolitisch tauchten Fragen auf, bei denen gut nachzuhaken gewesen wäre. Wie können die traditionell linearen „kulturellen“ Programmangebote in die nonlinearen Strukturen des Internets überführt werden? Welche Zukunft haben qualitätsorientierte Medienprodukte in Zeiten der Ökonomisierung? Ist es wirklich notwendig, die Existenz bisheriger klassischer „Kulturwellen“ unter ökonomischen und legitimatorischen Gesichtspunkten so radikal in Frage zu stellen? Eröffnet sich hier vielmehr nicht ein neues Medienmarktsegment, dessen Ausbau unterstützt werden muss? Wenn der öffentliche Kulturauftrag des Hörfunks bleibt, mit welchen Maßstäben können wir seinen gesellschaftlichen Wert messen?

Die Tagung „Kulturwellen, Kulturströme. Kultur, Radio und Internet“ beleuchtete diese miteinander verwobenen Prozesse in einer historischen und gegenwartsbezogenen Per-

spektivierung. Die Panels waren gut besucht, allerdings wäre eine regere Teilnahme von Studienkreismitgliedern mehr als wünschenswert. Da die Studienkreis-Tagungsteilnehmer auch alle Veranstaltungen des MTM besuchen konnten, ist es schade, dass das außerordentlich attraktive Angebot nur verhalten genutzt wurde. Der Vorstand des Studienkreises sowie die Veranstalter des Medientreffpunktes ziehen eine positive Bilanz der Zusammenarbeit.

Uwe Breitenborn, Magdeburg/Halle

Vorstand und Ehrenvorsitzender gewählt

Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung wurde am 7.5.2013 der neue Vorstand des Studienkreises gewählt. Zuvor gab es mit dem Bericht des Vorsitzenden J.-Prof. Dr. Golo Föllmer sowie des Schatzmeisters Dr. Veit Scheller eine positive Bilanz der Arbeit in den vergangenen zwei Jahren. Die Webseite des Studienkreises wurde komplett überarbeitet und die Digitalisierung aller RuG-Hefte abgeschlossen, so dass diese jetzt als PDF-Dokumente auf der Webseite recherchierbar sind, was auf gute Resonanz stößt. Das Redaktionsmanagement der Fachzeitschrift „Rundfunk und Geschichte“ wurde ebenfalls optimiert und liegt jetzt federführend bei Frau Dr. Margarete Keilacker. Diskutiert wurden Fragen der inhaltlichen Profilierung sowie der Organisation der Studienkreis-Jahrestagungen. Einerseits gab es ein deutliches Plädoyer für die Fortsetzung der Kooperation mit dem Medientreffpunkt Mitteldeutschland, da diese starke synergetische Effekte und organisatorische Vorteile bietet. Andererseits wurden neue Kooperationen befürwortet, um auch mit anderen thematischen Schwerpunkten sichtbar zu sein. Hierzu erfolgt in Kürze nochmal eine dezidierte Information durch den Vorstand.

Die Wahl des neuen Vorstandes, der auch der alte ist, erfolgte einstimmig. Als Vorsitzender fungiert erneut J.-Prof. Dr. Golo Föllmer, seine Stellvertreter sind Dr. Alec Badenoch und Christian Schurig. Schatzmeister bleibt Dr. Veit Scheller, Schriftführer Dr. Sascha Trültzsch. Andreas Dan, Dr. Hans-Ulrich Wagner, Dr. Gerlinde Frey-Vor sowie Dr. Uwe Breitenborn amtieren wieder als Beiräte, Prof. Dr. Michael Crone und Dr. Heiner Schmitt als Kassenprüfer. Einstimmig wurde Prof. Dr. Edgar Lersch zum Ehrenvorsitzenden gewählt, um damit seine Verdienste für die Arbeit des Studienkreises, als Vorsitzender sowie als Historiker, zu würdigen.

Uwe Breitenborn, Magdeburg/Halle

Forum

**„Theorien des Medienwandels“
Jahrestagung der Fachgruppe
Kommunikationsgeschichte der DGPK
16. bis 18. Januar 2013 in Augsburg**

Medienwandel ist in den letzten Jahren zu einem Boomthema der (aber nicht nur) kommunikationswissenschaftlichen Beschäftigung geworden. Allerdings stehen bei diesen verschiedenen Auseinandersetzungen unterschiedlicher Fächer und (Teil-)Disziplinen jeweils „neue Medien“ und neueste Entwicklungen im Bereich der Kommunikationstechnologie und deren gesellschaftliche Adaption bzw. ihr „Impact“ im Mittelpunkt. Das Aufkommen einer neuen Technik markiert dann oft den Eintrittspunkt des Interesses und als Wandel wird fortan all das beschrieben, was von der Markierung ausgehend beobachtbar ist. Profunde historische Perspektiven, die versuchen, Medienwandel nicht als reines Medienemergenphänomen zu beschreiben, sondern in größere Zusammenhänge historischer Gesellschaftsanalyse einzubetten, finden sich jedoch vergleichsweise selten. Der Unterschiedlichkeit der Zugänge und Frageperspektiven, mit denen an Phänomenen rund um neue Medien gearbeitet wird, scheint es zudem geschuldet, dass es verschiedenste Theoriestränge gibt, die bemüht, aber systematisch nicht miteinander konfrontiert oder in Dialog gebracht werden. Der Stand war also ein Boom an Forschung mit wenig historischer Tiefe und einer Vielfalt an wechselseitig separierten Theorieangeboten – die Ausgangsposition, die Susanne Kinnebrock und Christian Schwarzenegger vom Institut für Medien und Bildungstechnologie (imb) der Universität Augsburg in der Einladung und im Call for Papers für die Konferenz „Theorien des Medienwandels“ im Januar 2013 abgesteckt hatten.

Die diesjährige Tagung der Fachgruppe Kommunikationsgeschichte der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) nahm sich daher zum Ziel, Struktur in die Fülle der unterschiedlichen Theorieangebote zu bringen, gemeinsames Terrain zu identifizieren und zu vermessen sowie Unvereinbarkeiten zwischen den Ansätzen zu explizieren. Diese ambitionierte Zielsetzung fand große wis-

senschaftliche Resonanz. Weit über dreißig nationale und internationale Vortragseinreichungen wurden für die Tagung angeboten, wovon letztlich 20, flankiert von zwei Keynotes, ins Programm aufgenommen werden konnten. Insgesamt fanden 85 Teilnehmer den Weg zur Konferenz in der im Januar tief verschneiten Fuggerstadt. Deziert sollte dabei im Rahmen der Tagung nicht „die eine“ Theorie des Medienwandels gesucht werden. Eine solche Alltheorie des Medienwandels wäre weder sinnvoll theoretisch leistbar, noch wünschenswert, da wissenschaftlicher Fortschritt durch die Konfrontation von Widersprüchlichkeiten und durch Vielfalt angetrieben wird.

Andreas Fickers (Maastricht) eröffnete die Konferenz mit seiner Keynote zu konservativen Medienrevolutionen. Ausgehend von der Überlegung, warum das Sinnbild der Revolution als Beschreibungsvehikel so attraktiv und gemäß einer „logic of newness“ Veränderung positiv und Stabilität negativ konnotiert ist, führte er aus, dass die Aufmerksamkeit für das Neue den Blick vernebelt für das Vorherige, auf dem das aktuell Neue gründet. Eine Genealogie der Medien, wie Fickers sie vorgestellt hatte, die sich um Verwandtschaftsverhältnisse zwischen den neuen und als neu inszenierten Medien sowie ihren Vorläufern kümmert, könnte, so wurde argumentiert, ein Schritt hin zu einer notwendigen integralen Kulturgeschichte der Medien sein. Nelson Ribeiro (Lissabon) wählte für seinen Vortrag zu New Media between Utopia and Disruption einen ähnlichen Ausgangspunkt und legte an mehreren Beispielen dar, wie historisch jeweils neue Medien in ihrer Entstehungsphase von utopischen Heilserwartungen oder Befürchtungen über ihr gesellschaftliches Zerstörungspotential begleitet wurden, wohingegen die historische Erfahrung anstelle von Hysterie oder Euphorie letztlich zu analytischer Gelassenheit gemahnen kann.

Im ersten regulären inhaltlichen Panel wurde dann schließlich endgültig klar, vor welchem buntem Kaleidoskop möglicher Theoriebezüge sich die Debatten zum Medienwandel insgesamt und somit auch jene der nächsten beiden Tage abspielen würden. Benjamin Krämer und Philipp Müller (beide München)

präsentierten zunächst Ansätze zur Typologie von Geschichtstheorien in der Medien-geschichtsforschung, woran Jürgen Wilke (Mainz) anknüpfte, der eine Systematisierung von Theorien zum expliziten Analysegegenstand des Medienwandels versuchte. Nicht weniger als zehn grundlegend verschiedenartige Ordnungsdimensionen mit wiederum je bis zu fünf Unterkategorien hatte Wilke dabei vorgeschlagen, um Theorien nach ihrer Reichweite, ihrer Argumentationslogik und ihrem Beobachtungswinkel zu ordnen. Ein Unterfangen, das vor allem illustrierte, wie unterschiedlich am vorgeblich selben Phänomen Medienwandel gearbeitet wird.

Andreas Ziemann (Weimar) setzte danach an, um eine der von Wilke identifizierten Theoriearten vorzustellen und beschrieb Elemente einer evolutionären Theorie des Medienwandels. In einem Vortrag, der von beeindruckender sprachlicher Akkuratessse gekennzeichnet war, reflektierte er mit Bezug auf Schumpeter und Luhmann, gestützt auf das Kranzberg-Zitat, wonach „technology is neither good nor bad; nor is it neutral“, wie es in einer wertneutralen Betrachtung von Evolution angesichts von geringen Entstehungswahrscheinlichkeiten und hohen Erhaltungswahrscheinlichkeiten zur Entwicklung von neuen Medien kommt. Eine interessante Perspektive dabei war, dass die neue Technologie meist nichts weiter als die Verbesserung einer alten darstellt, und es erst der Diskurs rundherum ist, der diese neue Technologie dann zu einem neuen Medium macht.

Während viele der unterschiedlichen Theorien, die in Augsburg vorgestellt wurden, parallel und also ohne (große) Berührungspunkte zueinander verwendet werden, so gab es unter den originär kommunikationswissenschaftlichen Perspektiven mit den Ansätzen der Mediatisierung und der Medialisierung zwei, die sich zunächst einmal nur durch einen Buchstaben zu unterscheiden scheinen, die aber womöglich gerade deshalb das größte Konfliktpotential mit sich brachten. Im Vorfeld waren die Veranstalter daher von unterschiedlichen Besuchern auf ihren Mut und ihre Risikofreude angesprochen worden, je einen Vertreter des „Lagers L“ und des „Lagers T“ in einem Panel zusammen programmiert zu haben und so die Ansätze bewusst zu konfrontieren.

Vielleicht lag es auch daran, dass Michael Meyen seinen Vortrag gemeinsam mit Steffi Strenger und Markus Thieroff (alle München) zur „Chefsache“ erklärte und die Präsentati-

on zur Gänze selbst übernahm. Anhand des Beispiels der Fußballbundesliga stellte er Medialisierung als Konzept einer Medienwirkung zweiter Ordnung vor, die auf den Akteursfiktionen beruhe, wonach Medien wirkmächtig seien. Diese Akteursfiktionen führen daher dazu, dass Akteure ihr Verhalten an eine Medienlogik anpassen, um diese Wirksamkeit der Medien möglichst als positive Ressource für sich zu aktivieren.

Die Mediatisierungsforschung hingegen hat sich aktuell von dem von ihr zunächst ebenfalls verwendeten Begriff der Medienlogik distanziert und kann einer solchen linearen Wirkungsvorstellung, bei der sich gesellschaftliche Teilbereiche an eine (kohärente und selbst stabil bleibende) Logik der Medien anpassen, nichts abgewinnen. Darüber hinaus beschränkt sich die Mediatisierungsperspektive nicht auf öffentliche Massenkommunikation, sondern bezieht sämtliche Bereiche der Lebenswelt, die durch den Bedeutungsgewinn von medial vermittelter Kommunikation vom Medienwandel betroffen sind, in ihre Perspektive mit ein. Stärker noch als Medialisierung ist der Begriff der Mediatisierung an größere Prozesse von sozialem und kulturellem Wandel gekoppelt. Aber wie nun solche weitreichenden Phänomene erforschen?

Andreas Hepp (Bremen) stellte in seinem Vortrag das Potenzial der an Norbert Elias orientierten „Kommunikativen Figurationen“ zur empirischen Erforschung von Mediatisierung vor. Zentral wurden dabei die Transmedialität, die Skalierbarkeit und die Prozessorientierung des Ansatzes herausgestellt, die zur Verbindung von diachronen und synchronen Betrachtungsweisen in der Empirie geeignet sind.

Friedrich Krotz (ebenfalls Bremen) wollte sich auf dieser Konferenz, wie er sagte, nicht an der Diskussion über „L“ oder „T“ beteiligen, tat dies dann in insgesamt vier umfänglichen Vorbemerkungen zu seinem Vortrag über Mediatisierung als Konzept zur Erforschung des historischen Wandels von und durch Medien aber doch ausführlich. So konnte auf der Augsburger Tagung immerhin klar gemacht werden, dass zumindest heute Mediatisierung und Medialisierung tatsächlich nicht mehr – wie noch vor wenigen Jahren gerne gesagt – synonym zu gebrauchen sind, sondern Unterschiedliches meinen. Zugleich wurde aber auch klar, dass – forschungspolitische Abgrenzungslogiken beiseite gelassen – die Positionen inhaltlich auch weniger

unversöhnlich sind, als in der pointierten und um Distinktion bemühten Debatte gerne dargestellt wird.

Zugleich wurde durch die inhaltliche Konturierung aber auch ein begriffliches Problem virulent. Wenn die Begriffe Verschiedenes meinen, so ist es inhaltlich nicht angebracht, sich fürderhin – wie es nach wie vor vorge schlagen wird – auf einen der Begriffe zu verständigen und fortan nur noch diesen zu benutzen. Zudem sind beide Begriffe auch für sich genommen nicht unproblematisch. „Medialisierung“ ist international weniger anschlussfähig, da auch im Englischen Mediatization gebräuchlich ist und eine Vermehrung der Begriffe der Klarheit des Denkens und des Dialogs nicht immer zuträglich ist. Im Deutschen wiederum ist die Mediatisierung bereits anderweitig – die Aufhebung der reichsunmittelbaren Stände zwischen 1803 und 1806 bezeichnend – besetzt, was wiederum den, gerade auf dieser Konferenz angestrebten Dialog mit der Geschichtswissenschaft schwieriger macht. Bemerkenswert jedoch ist, dass gerade diese deutsche Bedeutung, die der Begriff schon mit sich trägt, international gar nicht ignoriert wird, sondern etwa in der Argumentation von Sonia Livingstone, den „ungelenken“ Neologismus Mediatization im Englischen erst verständlich macht. Zwischen vormals unmittelbar verbundenen Bereichen des sozialen Lebens wird eine Vermittlungsebene – in diesem Fall die Medien – eingezogen, wodurch es zu grundlegendem Wandel von Konstellationen und Bedingungen kommt. Ob man der Analogie in Kenntnis des historischen Ereignisses so einfach folgen mag, ist Streitbar und das Begriffsproblem dadurch alleine auch sicher nicht zu lösen. Es zeigt sich aber, dass heute Dilemmata deutscher Begriffsbildung selbst nicht mehr isoliert und von der internationalen Community unbemerkt verlaufen.

Auch wenn Medialisierung/Mediatisierung zentrale Perspektiven der Tagung waren, die auch in einigen der übrigen Vorträge eine Grundierung der Ausführungen boten (etwa bei Manuel Wendelin, München bzw. Tilo Grenz, Karlsruhe und Gerd Möll, Dortmund), waren dies freilich nicht die einzigen Zugänge, die als fruchtbare Perspektiven mit Potenzial präsentiert wurden. Ein Panel diskutierte bereits klassische Theorieansätze, wie etwa Fernand Braudels Perspektive der Longue Durée (durch Christian Oggolder, Wien), oder den Dispositivansatz (Florian Hartling, Halle-Wittenberg) wie auch die „Archäologie“ in Tradition Michel Foucaults, auf ihre Tauglich-

keit zur Erfassung von Medienwandel hin bzw. stellte diese in kreativ adaptierten Fassungen (Joan Ramon Rodriguez Amat, Wien) vor.

Die Rolle von Menschen, die im weitesten Sinne mit dem Medienwandel konfrontiert sind und mit ihm umgehen „müssen“, wurde ebenfalls in mehreren Zugängen beschrieben. In einer empirisch unterfütterten Annäherung erörterte Erik Koenen (Bremen), wie sich die Mediennutzung im Medienwandel entwickelt hat. Manuel Menke (Augsburg) zeigte anhand der Steampunk-Bewegung, dass auch die ostentative Verweigerung bzw. die „Rückwandlung“ von Medientechnologie in einen zumindest von der Anmutung her „mechanisch-beherrschbaren“ Zustand eine Reaktion auf den rasanten Wandel von Technologien und Kommunikationserwartungen sein kann – Mediennostalgie als Reaktion auf Überforderung oder Gesellschaftskritik im Kontext des Medienwandels.

Im beschließenden Panel wurden den vielfältigen bis hierhin bereits angeklungenen Aspekten noch einmal weitere Facetten des Medienwandels hinzugefügt, die einerseits auf den Wandel einer Darstellungsform bzw. aufmerksamkeitsökonomischen Attraktionslogik am Beispiel des Aufmacherartikels nachgingen (Melanie Leidecker, Mainz) und die zunehmende Professionalisierung des Journalistenberufes als einen Ausdruck und Faktor von Medienwandel betrachteten (Anke Offerhaus, Bremen). Katharina Lobinger (ebenfalls Bremen) schließlich wurde noch einmal grundsätzlicher und plädierte dafür, Medienwandel auch bildhaft, also anhand der Zunahme und wandelnden Bedeutung von Bildern, zu denken. Sie nahm damit umgehend auf, was Andreas Fickers der Community ins Pflichtenheft geschrieben hatte, nämlich in einer weiten Perspektive auch mit zu erfassen, wie sich im Medienwandel das Sehen, das Hören, schlechthin also auch die Wahrnehmung verändert haben. Zugleich nahm Lobinger somit auch eine Brückenfunktion wahr, die zur Fachgruppentagung 2014 überleitete. Diese wird in Kooperation mit der Fachgruppe Visuelle Kommunikation, deren Co-Sprecherin Lobinger ist, im April 2014 in Trier stattfinden, und sich mit der historischen Entwicklung hin zur heutigen „Flut der Bilder“ befassen.

„Die“ Theorie des Medienwandels wurde nicht gesucht und (zum Glück) auch nicht gefunden, was aber bleibt vom Augsburger Theoriendialog? Konkrete Ergebnisse einer Tagung können immer erst mit Verzögerung

beurteilt werden, wenn sich abschätzen lässt, wie Impulse wissenschaftlich aufgenommen und weiterverarbeitet wurden. Erfreulich war die breite Offenheit, mit der auch von sonst nicht explizit historisch arbeitenden Kollegen die Notwendigkeit einer historischen Grundierung jeder Forschung eingemahnt und anerkannt wurde, so sie versucht, Wandelprozesse zu identifizieren und zu begreifen. Auch wenn durch diese Konferenz zugleich klar geworden ist, dass es noch viel weiterer Arbeit und intensiven Dialogs bedürfen wird, um Klarheit und Struktur zu schaffen, so war die Tagung zu Theorien des Medienwandels doch ein positiv stimmender Schritt in diese Richtung. Eine Zuspitzung von Walter Hömberg (Eichstätt & Wien), aus einer der Diskussionen paraphrasierend, gilt nach der Tagung: „Wir sind verwirrt. Aber auf einem höheren Niveau“.

Christian Schwarzenegger, Augsburg

100 Jahre Riepl'sches Gesetz: Medienkomplementarität als Herausforderung für die Rezeptions- und Wirkungsforschung

Tagung der DGPK-Fachgruppe Rezeptions- und Wirkungsforschung

24. bis 26. Januar 2013 in Wien

100 Jahre nach ihrer Postulierung wurde Manfred Riepls Hypothese in einer voll besetzten Aula am Wiener Universitätscampus mit internationalen empirischen Befunden vielfältiger Art konfrontiert. Diese Konfrontation lief nicht ganz friktionslos ab, was Uwe Hasebrink zur Feststellung veranlasste, dass man der Hypothese ihr stolzes Alter auch anmerke.

Nach der Begrüßung durch die Fachgruppensprecher und Katharina Kleinen-von-Königslöw, für die Tagungsorganisation Verantwortliche vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, eröffnete David Tewksbury (Universität Illinois) seine Keynote über das amerikanische Nachrichtenrezeptionsverhalten in den Jahren 1996-2000 mit der provokanten Frage: „Is this the end of history?“ Durch das Internet haben sich sowohl Nachrichtenpublikum als auch -inhalte fragmentiert wie spezialisiert. Riepl diskutierte er deshalb mit dem ebenso Adaptierung statt ausschließlicher Verdrängung annehmenden Elite-Popular-Specialized-Zyklusmodell (Lowenstein/Merrill). Das Internet habe nach seiner anfänglichen Nutzung durch Eliten die populär-heterogene Phase der Nutzung übersprungen. Die Folge sei eine „broken society“, sprich eine enorme Polarisierung: Die Charakteristika der Nach-

richten sorgen für eine Spezialisierung der Publikumssegmente. Forschungen müssen daher Inhalt, Publikum und Interaktion vereint berücksichtigen, so Tewksburys Conclusio.

Uwe Hasebrink (Hans-Bredow-Institut Hamburg) blieb in seinem Vortrag denn auch bei der Konvergenz: Diese verschlechtere die Unterscheidbarkeit zwischen „relevanten“ und „irrelevanten“ Medien. Er spannte einen, die Kluft zwischen standardisierter Publikumsverhaltensforschung und qualitativ angelegter Rekonstruktion des subjektiven Sinns von Medienhandeln als sozialer Praxis schließenden analytischen Rahmen. Es gelte Medienrepertoires als Verhaltensmuster wie auch sinnvolle Praxis zu denken. Gattungen, Genres, Themenangebote, Anbieter, Marken – die relevanten Komponenten dieser Repertoires seien einerseits mit Indikatoren für Nutzer und Angebot in Beziehung zu setzen. Andererseits gelte es, die medienübergreifenden Prinzipien der Zusammenstellung der Medienrepertoires und deren subjektiven Sinn zu orten. Wichtig hierbei wäre eine Befragung über mehrere Lebensphasen, so Hasebrink in der Diskussion.

Die Fragmentierungsthese unter der Perspektive des Medienrepertoires und des Uses and Gratifications-Ansatzes untersuchte Birgit Stark (Universität Mainz) anhand einer groß angelegten Online-Befragung jugendlicher Internetnutzer der BRD. Im Zentrum stand die Frage nach dem Informationsverhalten und möglicher habitualisierter medialer Alltagsroutinen. Mehr als andere Alterskohorten nutzen Jugendliche im Web am meisten Suchmaschinen, soziale Netzwerke, Wikipedia und Zeitungen/Zeitschriften. Es dominieren traditionelle Medienmarken, was zumindest eine Zersplitterung der Themenagenda verhindert. Zum Informationsgewinn hat das Internet über den gesamten Tag eine hohe Bedeutung inne. Als wichtigstes, habitualisiertes Medium zeitigt es sowohl substitutive, komplementäre als auch konvergente Nutzungsmuster.

Dem mobilen Internet bescheinigte hernach Cornelia Wolf (Universität Passau), die mit Anna Schnauber (Universität Mainz) rund 500 Personen befragte, eine komplementäre Nutzung – langfristig jedoch sei die Substitution des stationären Internets vorstellbar. Die Ableger klassischer Massenmedien haben das mobile Internet erfolgreich besetzt, zu denken sollte ihnen aber die mittlerweile gewohnte kostenlose Verfügbarkeit von Informationen geben, so Wolf.

Das erste Nachmittagspanel des kurzweiligen Tages eröffnete Damian Trilling (Universität Amsterdam) mit einem Vortrag über die Nachrichtennutzung in den Niederlanden und Österreich. Für seine demokratiesystemisch äußerst wichtige Medienrepertoire-Untersuchung interpretierte er auf Basis des Selective Exposure-Ansatzes eine Onlinebefragung hoher Responsezahl vor dem Hintergrund einer vorangegangenen Inhaltsanalyse von knapp 1.900 Medienbeiträgen. Die zentrale Fragestellung lautete, ob ein fehlender gemeinsamer Themenkern eine Schwächung des politischen Diskurses mit sich bringe. Seinen Befunden zufolge könne der Selektionsansatz isolierte Nutzungsentscheidungen vor allem in polarisierten Mediensystemen gut erklären. Beinahe bedeutungslos sei dabei der Zusammenhang zwischen politischer Orientierung und Mediennutzung.

Kleinen-von-Königslöw schloss mit Erkenntnissen aus einer repräsentativen Befragung an, mittels derer sie die Rolle von Medienangeboten bei der Anbindung von Österreichern an die politische Öffentlichkeit beleuchtete. Ihre Minimalanforderung in diesem multimedialen Kontext sei der „connected citizen“, der zumindestens lose angebunden ist. Die gute Nachricht: Der Anteil anbindungsloser Bürger sei (noch?) nicht dramatisch. Intrinsische, mitunter auch extrinsische Motivation sei die Schlüsseldimension zur Erklärung der Anbindungsintensität. Menschen, die keine Nachrichten nutzen, würden mit anderen auch nicht über Politik reden und seien sehr pessimistisch gegenüber Politik wie Medien. Auch ihrem Referat folgte eine eifrige Diskussion.

Klaus Schönbach, Vorstand am Wiener Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, begrüßte sodann nochmals das Plenum und hob dabei die starke Rolle der Forschung am Institut hervor. Institutsassistentin Anke Wonneberger vermittelte zum Abschluss des ersten Tages Auszüge aus ihrer Studie zum Informationsverhalten von EU-Bürgern zu Umweltthemen. Sie unterzog Eurobarometer-Befragungsdaten einer Clusteranalyse, aus der neun Informationsrepertoires resultierten. Das Fernsehen erweist sich in der Nutzung als erstrangig. Rezipienten, die ihre Informationen zum Thema Umwelt allein aus der TV-Rezeption bezogen, schnitten im Wissensranking allerdings am schlechtesten ab. Einschränkend musste auch sie konstatieren, dass der Nutzungseinfluss von Informationsmedien auf das Umweltwissen ein schwacher ist.

Auch am zweiten Tag zeigte sich Wien von seiner weniger malerischen, denn eiskalten Winterseite. Hitziger dagegen gestaltete sich die Diskussion nach dem ersten Beitrag im Offenen Panel, das Riepl zumeist außen vor ließ: Thomas Koch, Christina Peter und Magdalena Obermaier (LMU München) trugen sehr eloquent zum Thema „Effekte von valenzbasiertem Framing auf die Glaubwürdigkeit von Botschaft und Kommunikator“ vor. Bedenkliches Fazit ihrer Studie: Die negative Rahmung von Medienaussagen steigert deren Glaubwürdigkeit, egal ob Statistiken oder Statements im Rahmen von Interviews. Auch auf die Seriosität des Kommunikators färbt der Negativismus positiv ab, was Rückschlüsse auf politische Argumentationsstrategien zulässt: Vermutlich werden negative Bilder verwendende Politiker daher stärker mit Vertrauen bedacht als politische Kommunikatoren mit Betonung positiver Aussagen.

Nahezu als Untermauerung der vorangegangenen These wirkte das Referat von Christian Schemer. Der Züricher Kommunikationswissenschaftler erhob die negativen Einstellungen gegenüber Ausländern via Sekundäranalyse von repräsentativen Panelbefragungen anlässlich der deutschen Bundestagswahlen 2002 und 2005. Annahme war, dass die Nutzung der „BILD“-Zeitung, regionaler Tageszeitungen und Privatfernsehnachrichten ausländerfeindliche Einstellungen verstärke, die Rezeption von überregionalen Zeitungen und Nachrichten öffentlich-rechtlicher Sender die Phobie vor Fremden dagegen schwäche. Beide Annahmen konnten – Nutzer regionaler Tageszeitungen und öffentlich-rechtlichen Fernsehens(!) ausgenommen – bestätigt werden. Allerdings seien diese erwiesenermaßen langfristigen Wirkungseffekte von schwacher Natur, der Selektionseffekt dagegen stärker: „Wer ‚Die Welt‘ liest, wird nicht automatisch gut“, so Schemer.

Wie gut sich soziale Netzwerke auf die Lebenszufriedenheit ihrer Nutzer auswirken, untersuchten Tobias Dienlin, Sabine Trepte (Hamburg Media School) und Leonard Reinecke (Universität Mainz). Sie dachten das soziologische Konstrukt des Sozialkapitals – verstanden als „Summe an Erfahrungen, die Menschen in Freundschaftsbeziehungen sammeln“ – zusammen mit dem psychologischen Terminus Sozialer Unterstützung. Gesucht wurden mögliche positive Effekte des Online-Sozialkapitals im Sinne von informationeller, emotionaler und instrumenteller Unterstützung. Dazu wurden 327 Nutzer von sozialen Netzwerkseiten im Zeitraum

von 2010/2011 in vier Wellen online befragt. Ihre Bilanz: Online-Unterstützung bietet gute komplementäre Potenziale und kann generelle Zufriedenheitswerte erhöhen, nicht aber die Lebenszufriedenheit per se. In der regen Diskussion nach Dienlins Vortrag gab Fachgruppensprecher Marco Dohle (Universität Düsseldorf) zu bedenken, dass informationelle Online-Unterstützung auch überfordern könne – „30 Tipps, die ich alle abarbeiten und für die ich allen danken muss!“

Wouter Weeda (Universität Amsterdam) fasste später Ergebnisse ihrer mit drei Kolleginnen erstellten Untersuchung zu medialem Multitasking der Digital Natives zusammen. Sie befragten 11- bis 13-Jährige mittels neunteiliger Medientypenskala hinsichtlich ihrer gleichzeitigen Mediennutzung und erhoben mittels Fragebogen sowie neuropsychologischer Tests ihre Aufmerksamkeitsfähigkeit. Am häufigsten wird das Fernsehen in Kombination mit anderen Medien genutzt. Die lebhafteste Debatte beider Tage entspannt sich aber aus dem zweiten zentralen Befund der Studie. Die psychologischen Tests ergaben: Multitaskende Jugendliche können für sie irrelevante Informationen besser ausblenden und haben dadurch eine bessere Arbeitsgedächtniskapazität. Im Widerspruch dazu standen allerdings die Selbsteinschätzungen aus der Befragung: Daraus ließ sich nämlich ein positiver Zusammenhang zwischen der Häufigkeit der Medienparallelnutzung und der Aufmerksamkeitsprobleme ableiten. Zwiespältige Ergebnisse? In der Diskussion wurden Vergleiche zu ADHS-Kindern angestellt, die eher unscharfen Kategorien bemängelt und eingeworfen, dass Multitasking gleichwohl eine Reizlinderung bewirken könne.

Auch Kleinen-von-Königslöw und Kati Förster (Universität Wien) beflügelten mit ihrem Beitrag „Die Bedeutung medienübergreifender Themenrepertoires für die Konstruktion personaler und sozialer Identität“ die Anschlusskommunikation in der Aula. Basis der vorgestellten Untersuchung waren einmonatige Tagebuchaufzeichnungen über ihr Medienhandeln, notiert von Studierenden. Im Ranking der relativen Nutzungshäufigkeit führt – kaum überraschend – Facebook vor Fernsehen und dem Internet generell. Überraschender bereits, dass die Nutzungsdauer des Telefons nur ein Drittel jener von Facebook ausmacht. Ausgehend von Themenrepertoires ließen sich schließlich vier Nutzertypen extrapolieren: Nachrichten-Afficionados, Sport-Fans, Dramen-Lovers, Musik-/Show-Followers. Außerdem stellte sich heraus, dass

spätjugendliche Identitätsarbeit als Rollenhandeln, aber auch Distinktionshandeln ausgeführt wird.

Vom Mittagessen gestärkt hob das letzte Tagungspanel an. Es begann – sich wieder direkter auf das Tagungsmotto beziehend – mit der „Koexistenz alter und neuer Medien: Konstanz und Wandel im häuslichen Medienhandeln“ von Jutta Röser, Kathrin F. Müller (Universität Münster) und Corinna Peil (Universität Salzburg). Vor dem theoretischen Hintergrund des Domestizierungs-Ansatzes, der Ethnografie und des Mediatisierungsansatzes von Krotz modellierten die Forscherinnen drei Teilstudien: 2008-2010 zum Internet, 2010-2012 ebenso wie 2012-2014 zum generellen Wandel häuslicher Kommunikationskultur. Basis bildeten ethnografische Interviews mit 25 Haushalten der breiten Mittelschicht, u.a. Wohnungsskizzen und -inspektionen sowie Fragebögen. Die Analysen ergaben einerseits, dass das Internet in erster Linie als Alltagshilfe diene, habitualisiert genutzt (s.o. bei Birgit Stark) und positiv bewertet werde und dass die Mediatisierung von Alltagstätigkeiten nicht in Konkurrenz zu anderen Medien stehe. Zweitens erkannten Röser/Müller/Peil drei Mediennutzertypen: an klassischen Medien orientierte, eine Koexistenz der Einzelmedien betreibende (2011: zwei Drittel) und drittens an Onlinemedien orientierte. Schlussendlich konstatierten sie einen deutlichen Trend zur innerhäuslich mobilen Internetnutzung.

Mobilität begünstigt auch das zeitversetzte Fernsehen. Wiewohl mehr als zwei Drittel diese Möglichkeit als Innovation ansehen, nutzen es nur wenige. Diesem Paradoxon im Medienwandel waren Olaf Jandura und Veronika Karnowski (LMU München) auf der Spur. Ihrer repräsentativen Telefonumfrage (2009) zufolge schätzen 70 Prozent den Einfluss der Berichterstattung über diese neue Form des Fernsehens auf das TV-Rezeptionsverhalten der anderen Deutschen höher ein als auf sich selbst – ein äußerst beachtlicher Third-Person-Effekt! Zeitversetzt ging das Diskutieren abends beim traditionellen Wiener Heurigen wohl weiter...

Als Tagungsfazit lässt sich ziehen: In ihrem thematischen, empirischen wie theoretischen Spektrum schillernde Beiträge harren ihrer Buchfassung – und Rezeption auch außerhalb der wissenschaftlichen Zirkel. Denn: Nicht nur Medien wirken, sondern auch Medien- und Kommunikationswissenschaften sollten es!

Roland Steiner, Wien

Dissertationsvorhaben

Jana Ebeling

Jenseits der Religion?

Kirche, Politik und Medien im Streit um die Abtreibung, 1969-1983
(Universität Potsdam)

In den 1970er Jahren beschäftigte ein Streit um einen Paragrafen die bundesdeutsche Bevölkerung: der §218 StGB, der den Schwangerschaftsabbruch fast ausnahmslos unter Strafe stellte, sollte reformiert werden. Die sich formierende Frauenbewegung machte die zumindest teilweise Abschaffung des Paragrafen spätestens mit dem medialen Tabubruch im „Stern“ vom 6. Juni 1971 („Wir haben abgetrieben“) zu ihrem zentralen Anliegen. Manche Vertreter/innen aus Medizin, Justiz, Politik und Medien unterstützten sie darin. Andere, darunter die Kirchen, sprachen sich allenfalls für eine gemäßigte Modifizierung des Verbots aus und standen so der Forderung der Frauenbewegung entgegen. Vielfältige Aktionen der verschiedenen Gruppen machten Druck auf die Politik, sich der überfälligen Reform anzunehmen, und polarisierten die Gesellschaft. Dies wurde vor allem durch die Berichterstattung der Medien möglich. In ihrer Funktion des Öffentlich-Machens konnten oder wollten diese in der Debatte jedoch nicht nur informieren und abbilden, sondern ergriffen auch auf verschiedene Weise Partei, machten Meinung. Die Bemühung um Neutralität konnte ebenso als Standpunkt gewertet werden wie das Nennen oder Weglassen von Aspekten, Begriffen oder Akteuren. So trugen die Medien dazu bei, Zuschreibungen und Stereotype über die an der Debatte Beteiligten zu verbreiten oder zu bestärken. Diese wirkten sowohl in die Öffentlichkeit hinein als auch wieder auf die betreffenden Personen, Gruppen und Institutionen zurück. Welche Bilder und Stereotype dies waren, welche Probleme sie mit sich brachten und welche Veränderungen der Themen sie abbildeten, aber auch anstießen oder vorantrieben, steht im Mittelpunkt des Dissertationsprojektes.

Der Fokus liegt dabei auf der Berichterstattung über die Kirchen und die religiösen Aspekte der Debatte. Denn die Vielzahl der Quellenfunde belegt den hohen politischen Anspruch und die dominante Position der

Kirchen, vor allem der katholischen, als medial präsente Gegnerinnen einer Freigabe der Abtreibung. Dabei versuchten Befürworter/innen einer Freigabe ebenso unversöhnlich, sie aus der Debatte auszugrenzen, wie die Kirchen auf ihrem Mitspracherecht beharrten. So wurde hier nicht nur um Rechte und Normen gestritten, sondern auch um die Trennung von Kirche und Staat und die Rolle, die Religion in der Gesellschaft spielen durfte oder sollte.

Auch der Aspekt einer seit den 1970er Jahren diskutierten Säkularisierung der bundesdeutschen Gesellschaft ist daher von großer Bedeutung für das Projekt, das im Rahmen der DFG-Forschergruppe „Transformation der Religion in der Moderne“ entstand. Inwiefern trugen Massenmedien dazu bei, das Verhältnis von Kirchen, Staat und Gesellschaft zu verändern? Wie wurde um Deutungshoheiten und Kompetenzen gerungen, welche Bilder von Kirche wurden entworfen und wie wurden diese kommuniziert? Zur Beantwortung der Fragen nimmt die Arbeit diskursanalytisch spezifische Diskussions- und Argumentationsfelder schärfer in den Blick, die in erster Linie aus der Berichterstattung der untersuchten Massenmedien selbst ermittelt werden. Systematisch untersucht werden dafür Artikel der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, der „Zeit“, des „Spiegel“ und des „Stern“, ergänzt durch Zeitungsausschnittsammlungen und Material verschiedener Archive¹. Aber auch politische Magazine, Berichte, Reportagen und Diskussionsrunden verschiedener Fernsehformate sind wichtige Quellen, denn das Fernsehen hatte sich in den 1970er Jahren bereits zu einem meinungsmachenden Leitmedium in der Bundesrepublik entwickelt.

Die bisherigen Ergebnisse bestätigen frühere Forschungen, nach denen der katholischen Kirche in der Medienöffentlichkeit der 1970er Jahre in bestimmten Themenfeldern mehr Aufmerksamkeit als den protestantischen

.....

¹ Besucht wurden das Archiv der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), des Westdeutschen Rundfunks (WDR), des Norddeutschen Rundfunks (NDR), das Evangelische Zentralarchiv Berlin (EZAB), das Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), das Archiv von Springer Infopool und das Deutsche Rundfunkarchiv (DRA).

Kirchen zuteil wurde.² Im Fall der Abtreibungsdebatte lag dies auch daran, dass sich die protestantische Kirche nach der Reform 1976 kaum mehr kritisch äußerte.³ Deshalb liegt der Schwerpunkt dieser Untersuchung auf der katholischen Kirche. Während deren Haltung zur Abtreibung in dieser Zeit konstant blieb, veränderte sich ihre Sprache durchaus: die Argumentation verrechtlichte sich, indem die Kirche in offiziellen Verlautbarungen auf das Grundgesetz und allenfalls in zweiter Linie auf die Bibel verwies. Sie vertrat damit den Anspruch, mit ihren Interventionen und Aktionen gegen eine Freigabe der Abtreibung das Recht auf Leben des Menschen verteidigen zu wollen – ein Recht, dessen Unantastbarkeit vom Gesetz und vom Staat gewährleistet werden müsse. Die Medien verkürzten diese rechtliche Argumentation jedoch häufig auf begleitende christliche Argumente und Semantiken und verwiesen die Kirche zugleich aus dem politischen Feld. Dies wurde durch Illustrationen beziehungsweise Fernsehbilder unterstützt. Auf der anderen Seite erfuhren Befürworter/innen einer weitreichenden Reform in vielen Medien Unterstützung. So wurde auch in scheinbar neutralen Berichten die Sympathie der Zuschauer/innen mit dem Anliegen der Frauenbewegung geweckt, wenn etwa die Leidensgeschichten ungewollt Schwangerer mögliche Argumente der ‚Gegenseite‘ zu entkräften schienen. Abhängig vom politischen Selbstverständnis des jeweiligen Mediums gab es aber auch die gegenläufige Darstellungsweise. Das jeweils Gezeigte und der dazugehörige Kontext, das Verhältnis zu Bildunterschrift oder Kommentar und zum umgebenden Text können so wichtige Hinweise auf das Bild geben, das die einzelnen Medien von den Akteuren zeichnen wollten, und deuten darüber hinaus häufig die vorherrschende Meinung und Ausrichtung des entsprechenden Mediums an beziehungsweise betonen diese.

Von einigen bedeutenden Medien wurde der von der Kirche angestrebte Schutz des Grundgesetzes in einen Versuch der katholischen Kirche umgedeutet, ihr spezifisch christliches Sittengesetz zur staatlichen Norm zu erheben. Auf der anderen Seite wurden auch von diesen Medien religiöse Semantiken nicht abgewiesen, sofern sie lediglich die Grundhaltung eines Menschen untermauern
.....

² Vgl. Nicolai Hannig: Die Religion der Öffentlichkeit. Kirche, Religion und Medien in der Bundesrepublik 1945 - 1980. Göttingen 2010, S. 223f.

³ Vgl. Simone Mantel: Nein und Ja zur Abtreibung. Die evangelische Kirche in der Reformdebatte um § 218 StGB (1970 - 1976). Göttingen 2004, S. 544.

sollten. So betonten nicht nur Kirchenvertreter/innen, sondern auch Politiker/innen aller Parteien und Journalistinnen und Journalisten zuweilen ihre christliche Gesinnung, um dann ihre persönliche Haltung zur Abtreibungsfrage darzulegen. Zumindest letztere konnten sich dabei sowohl für als auch gegen eine (begrenzte) Freigabe positionieren. Die Diskussionen betrafen somit das Verhältnis von Politik und Religion im säkularen Staat und darüber hinaus das Selbstverständnis einzelner Politiker/innen, der Bundestagsfraktionen, der Parteigruppierungen und das Verständnis von Recht und Gesetzgebung als solche. Sie berührten auch das Verhältnis zu den Wählerinnen und Wählern, die ihre Wahlentscheidung von der Haltung der Parteien zur Abtreibungsfrage abhängig zu machen drohten. So wurde von den „christlichen“ Parteien CDU und CSU eine religiöse Grundhaltung von den eigenen Wählerinnen und Wählern generell eingefordert und begrüßt. Die SPD versuchte, ihre vorsichtige Annäherung an die Kirchen nicht zu gefährden, dabei aber ihren Reformvorhaben treu zu bleiben, während die FDP zu den Kirchen eher Distanz hielt und eine Reform des Paragraphen durchsetzen wollte. Für die Kirchen bedeutete dies eine nicht immer zufriedenstellend auflösbare Ambivalenz zwischen eigener christlicher, ethischer und naturrechtlicher Positionierung, rechtlicher Sprache und Einmischung in politische Belange sowie zugleich Abstinenz von konkreten Wahlempfehlungen.

Auch wenn es den Kirchen in der Abtreibungsfrage nicht möglich war, alle ihre Forderungen ohne Abstriche durchzusetzen, konnten sie doch viel von ihrem politischen Einfluss behaupten. Der These einer Säkularisierung im Sinne zunehmender Einfluss- und Bedeutungslosigkeit der Kirche kann also widersprochen werden. Selbst wenn sich das Bild einer uneinsichtigen, nicht zeitgemäßen katholischen Kirche durch diese Debatte weiter herausgebildet und verfestigt hatte und ihr aus diesem Grund die Mitsprache im politischen Prozess durch Teile der Gesellschaft stetig abgesprochen wurde, hat eben diese Position auch zur Aufrechterhaltung ihrer politischen Geltung und zur Zustimmung in anderen Gesellschaftsteilen beigetragen. In den Medien fanden sich beide Meinungen, sie bildeten diese ebenso ab wie sie sie beförderten. Die andauernde Berichterstattung darüber, wie sich die Kirchen zur Abtreibungsfrage positionierten, machte ihre massive Präsenz und Relevanz in dieser Frage erst möglich.

Ronald Funke

Das Fernsehen und die Transformation von Kirche und Religion in der Bundesrepublik (1960-1980)

(Universität Potsdam)

„Zu Beginn des 21. Jahrhunderts erscheint die Religion als unberechenbare, chamäleonartige Weltmacht – eine Entwicklung, die für die öffentliche Meinung und die führenden Sozialwissenschaftler der westlichen Welt noch vor einer Generation unvorstellbar war (...).“¹ So fasste ein Sonderheft des „Spiegel“ 2006 die religiösen Entwicklungen seit der Jahrtausendwende zusammen. Neben die jahrzehntelang dominierende Auffassung, die eine fortschreitende Säkularisierung und damit den zunehmenden Bedeutungsverlust von Kirche und Religion annahm,² trat nun eine gegensätzliche Lesart, die stattdessen von einer Rückkehr der Religion sprach.³

Ein Blick auf die mediale Berichterstattung der letzten Monate zeigt eindrücklich, dass die Bedeutung der Kirchen und ihr Einfluss auf die vermeintlich säkularisierte Welt weit über die Frage des persönlichen Glaubens hinausgehen. Kaum überraschend lösten Rücktritt und Neuwahl des Papstes ein weltweites mediales Erdbeben aus.⁴ Die Nachricht erreichte die Bundesrepublik zu einem Zeitpunkt, als bereits intensiv über die Kirchen diskutiert wurde.

Den Anstoß dazu lieferte die Anfang des Jahres bekanntgewordene Abweisung eines Vergewaltigungsofers durch das ärztliche Personal zweier unter katholischer Trägerschaft stehender Kliniken in Köln. Die Debatte stieß auf außergewöhnlich großes öffentliches In-

teresse⁵ und machte vielfach erst auf die einflussreiche Rolle der beiden Kirchen aufmerksam. Denn diese haben unabhängig voneinander seit Jahren anhaltenden öffentlichen Vertrauensverlust ihre Rolle in zahlreichen gesellschaftlichen Bereichen und caritativen Diensten gefestigt und dabei die Zahl ihrer Mitarbeiter/innen seit 1960 verfünffacht.

Angesichts dieses Befundes für die Gegenwart ist es lohnenswert, eben jenen Zeitraum zwischen 1960 und 1980 unter neuen Vorzeichen in den Blick zu nehmen, in dessen Verlauf der religiöse Bruch verortet wurde.⁶ Statt die mit der Modernisierung der Gesellschaft einhergehenden Entwicklungen der Kirchen einseitig als Niedergang zu deuten oder von einer plötzlichen Rückkehr der Religion zu sprechen, scheint es sinnvoll, stattdessen von einem ambivalenten Prozess kirchlich-religiöser Transformation auszugehen. Denn entgegen dem Bild erstarrter religiöser Institutionen kam es zu vielfältigen Anpassungsversuchen und Veränderungsprozessen der Kirchen gegenüber den Herausforderungen der Moderne.⁷

Der gewählte Untersuchungszeitraum stellt sich darüber hinaus nicht nur als religiöse Umbruchphase dar. Denn jene Jahrzehnte wurden auch durch zwei medienhistorische Zäsuren eingegrenzt. So bildeten die gesellschaftlichen und innerkirchlichen Diskussionen um die Pläne des so genannten Adenauer-Fernsehens in den 1960er Jahren, die später zur Gründung des ZDF führten, sowie die Einführung des Privatfernsehens in den 1980er Jahren wichtige Übergänge für das bundesdeutsche Mediensystem. Mit dem

.....

5 So widmeten sich beispielsweise aufgrund der ungewöhnlich hohen Zuschauerresonanz sogar zwei Ausgaben der Sendung „Günther Jauch“ dem Thema. Vgl. „In Gottes Namen – wie gnadenlos ist der Konzern Kirche?“, ARD 03.02.2013 und „Die Glaubens-Frage: Wie lebensnah ist die Kirche?“, ARD 10.02.2013.

6 Demnach sei es nach einer Phase religiöser Stabilität seit der Nachkriegszeit seit Mitte der 1960er Jahre zu einem dramatischen Zusammenbruch der kirchlichen Bindungen gekommen, der Anfang der 1970er Jahre in einen stetigen, aber verlangsamt Rückgang von Glaube und Religiosität überging. Vgl. Renate Köcher: Religiös in einer säkularisierten Welt. In: Elisabeth Noelle-Neumann und Renate Köcher (Hrsg.): Die verletzte Nation. Stuttgart 1987, S. 164-281, S. 174.

7 Diese religiösen Transformationsprozesse und deren Auswirkungen stehen im Mittelpunkt des Interesses der DFG-Forschergruppe „Transformation der Religion in der Moderne. Religion und Gesellschaft in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, der auch das Dissertationsprojekt angehört. Weitere Informationen unter <http://www.fg-religion.de>.

.....

1 Rainer Traub: Die Rückkehr des Glaubens, „Spiegel Special“: Weltmacht Religion (Hamburg), 9(2006), S. 6-15, S. 8.

2 Vgl. etwa Steve Bruce: God is Dead. Secularization in the West. Oxford 2002; Detlef Pollack: Säkularisierung – ein moderner Mythos? Tübingen 2003.

3 Vgl. etwa Martin Riesebrodt: Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“. München 2001; Gottfried Küenzlen: Die Wiederkehr der Religion. Lage und Schicksal in der säkularen Moderne. München 2003; Friedrich Wilhelm Graf: Wiederkehr der Götter. Religion in der modernen Kultur. München 2007.

4 Dazu kritisch Michael Fleischhacker: Denn sie wissen nicht, was sie schreiben sollen. In: „Die Presse“ (Wien), 11.03.2013.

Fernsehen untersucht das Forschungsprojekt jenes Massenmedium, das wie kein zweites für die Modernisierung der damaligen Gesellschaft stand und zum Leitmedium aufstieg.

Am Ausgangspunkt stand die Beobachtung, dass sich der Boom des Fernsehens in den 1960er Jahren zeitgleich zum einsetzenden Autoritäts- und Mitgliederverlust der Kirchen vollzog. Dies wirft die Frage nach Interaktionen beider Entwicklungen auf. Die Kirchen begannen nach neuen Wegen bei Verkündigung, Gemeindefarbeit und Gottesdienstgestaltung zu suchen sowie die traditionelle Seelsorge auf neue gesellschaftliche Rollen- und Handlungsfelder auszudehnen. Von kirchlicher Seite wurde dem Fernsehen in diesem Zusammenhang von Beginn an eine große Bedeutung zugesprochen. Obwohl es auch kulturkritische Bedenken von einzelnen Kirchenmännern gegen das neue Medium gab, wurde es rasch als Mittel erkannt, um die Öffentlichkeit zu erreichen und gesellschaftliche Werte und Ideale sowie spezifische Bilder von Kirche und Religion zu verbreiten.

Für das französische Fernsehen benannte Bourdieu ein Monopol der Journalist/innen, das für das Fernsehen der Bundesrepublik um die Kirchen und andere Gruppen erweitert werden muss. Demnach ver helfe „ihnen ihr ständiger Zugang zu öffentlicher Sichtbarkeit, zur Äußerung vor einem breiten Publikum (...) dazu, daß sie der ganzen Gesellschaft die Grundlagen ihrer Weltsicht, ihre Problemstellung, ihre Optik aufnötigen können.“⁸ Denn die Kirchen waren keineswegs nur passive Objekte der medialen Darstellung. Im Gegenteil war es ihnen möglich, das formal unabhängige öffentlich-rechtliche Fernsehen über Sitze in Rundfunkgremien, Fernsehbeauftragte, rechtlich garantierte Sendezeiten und eigene Produktionsgesellschaften mitzuprägen.

Die auf dem Bildschirm gezeigten Bilder von Kirche und Religion stellen das Produktionsergebnis eines komplexen, sich um das Medium Fernsehen organisierenden, systemischen Netzwerkes dar. Dabei interagierten öffentlich-rechtliche und kirchliche Institutionen, verschiedene kooperierende und reglementierende Instanzen sowie die Zuschaueröffentlichkeit, wobei es zu vielfältigen Wirkungs-, Wechselwirkungs- und Rückwirkungsprozessen kam.

.....
8 Pierre Bourdieu: Über das Fernsehen. Frankfurt/Main 1998, S. 66.

Die Fernsehbilder von Kirche und Religion beeinflussten mit ihren Darstellungen und Leerstellen, Deutungen und Kommentaren die Einstellungen der Zuschauer/innen und damit auch die religiöse Entwicklung jener Jahrzehnte. Daher wird mit einer (bild)diskurstheoretischen Betrachtung nach sich wiederholenden wie auch sich verändernden visuellen und semantischen Motiven gefragt. Daneben werden der organisatorische Rahmen der religiösen Fernsehproduktions und die daran beteiligten Akteure strukturanalytisch in den Blick genommen.

Eine Auswahl exemplarischer Formate unterschiedlicher Sender⁹ ermöglichte es, das heterogen geprägte Verhältnis der Anstalten zu den Kirchen nachzuvollziehen. Dazu gehören sowohl religiöse Dokumentationen und Berichte als auch Formate der christlichen Mission, der Lebenshilfe, des religiösen Jugendprogramms und der Unterhaltung. Um den Prozess der Sendungsplanung und der redaktionellen Auseinandersetzung verfolgen zu können, wurden Rundfunkakten gesichtet.¹⁰ Der Besuch kirchlicher Archive¹¹ und die Auswertung den Kirchen nahe stehender Blätter der Rundfunk- und Medienarbeit¹² sowie ausgewählter Tages- und Wochenzeitungen¹³ helfen, die Perspektive der Kirchen sowie die kirchlichen und öffentlichen Reaktionen auf die spezifischen Formen religiöser Fernsehdarstellung in den Blick zu nehmen.

.....
9 Bayerischer Rundfunk (BR), Westdeutscher Rundfunk (WDR), Hessischer Rundfunk (HR), Norddeutscher Rundfunk (NDR) und Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF).

10 Deutsches Rundfunkarchiv (DRA), Historisches Archiv des Bayerischen Rundfunks (BR), Historisches Archiv des Hessischen Rundfunks (HR).

11 Archiv der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA), Evangelisches Zentralarchiv (EZA), Historisches Archiv des Erzbistums Köln (AEK).

12 „Epd: Kirche und Rundfunk“, „Epd: Kirche und Fernsehen“, „Medium“, „Funkkorrespondenz“.

13 „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ), „Die Zeit“, „Der Spiegel“.

Sebastian Armbrust
Die Dramaturgie zeitgenössischer US-amerikanischer Fernsehserien
 (Universität Hamburg)

Galt die Fernsehserie einst als simple, formelhafte und minderwertige Erzählform, so wird insbesondere die US-Serie spätestens seit der Jahrtausendwende mit zunehmender Begeisterung in Feuilleton und akademischen Publikationen diskutiert. Diese Entwicklung zu einer in der kulturellen Wahrnehmung hochwertigen Erzählform verdankt sie zwei Innovationsschüben: dem Aufkommen des „Qualitätsfernsehens“ („quality TV“)¹ in den 1980er und 1990er Jahren, mit dem die US-amerikanischen Fernsehkanäle in einem zunehmend segmentierten Markt um die Gunst eines gebildeten, einkommensstarken, für Werbekunden attraktiven Publikums konkurrierten,² und der Steigerung dieser Bewegung hin zu den Eigenproduktionen von Home Box Office (HBO, „The Sopranos“, „The Wire“, u.v.a.m.), die inzwischen als ‚complex TV‘ verhandelt³ und auch im werbefinanzierten Fernsehen von einem Komplexitätsschub begleitet werden (u.a. AMC mit „Mad Men“ und „Breaking Bad“, Fox Broadcasting Company (FOX) mit „24“, American Broadcasting Company (ABC) mit „Lost“). Die Dramaturgie zeitgenössischer Serien ist damit zu einem zentralen Thema der gegenwärtigen Populärkultur geworden, das theoretisch umfassend zu bearbeiten bleibt. Das hier skizzierte Dissertationsprojekt führt analytische Erkenntnisse über zeitgenössische Serien mit erzähltheoretischen Grundlagen zusammen und entwickelt ein Analysemodell, das dramaturgische Verfahren aktueller Serienproduktionen methodisch zugänglich und untereinander vergleichbar macht.

.....
 1 Der Qualitätsbegriff ist aufgrund seiner normativ-evaluativen Konnotationen problematisch, hat sich jedoch im Diskurs etabliert und wird als Begriff der kulturellen Wahrnehmung auch kritisch diskutiert. Vgl. z.B. Robert Thompson: *Television's Second Golden Age*. Syracuse, NY 1997/2008 (Thompson 1997); Janet McCabe und Kim Akass (Hrsg.): *Quality TV. Contemporary American Television and Beyond*. London 2007.

2 Vgl. Jane Feuer, Paul Kerr und Tise Vahimagi (Hrsg.): *MTM, 'Quality Television'*. London 1984; Mark Alvey: *Too Many Kids and Old Ladies. Quality Demographics and 1960s U.S. Television*. In: *Screen* 45.1 (2004), S. 21-39.

3 Vgl. Jason Mittell: *Complex TV. The Poetics of Contemporary Television Storytelling*. New York, in Vorb.; online unter <http://mediacommons.futureofthebook.org/mcpress/complextelevision/> (zuletzt abgerufen am 13.04.2013) (Mittell 2012).

Die Eigenschaften, die unter dem Qualitäts- und Komplexitätsbegriff diskutiert werden, sind vielfältig. Frühe ‚Qualitätsserien‘ wie „Hill Street Blues“ und „St. Elsewhere“ zeichneten sich durch eine Vermischung von offener und geschlossener Erzählform und die Bezugnahme auf aktuelle Problemstellungen aus; durch Merkmale also, die heute für die Prime Time als gewöhnlich gelten können.⁴ In anderen Serien waren Arthouse-Anleihen und eine prominente Autorenschaft entscheidend (vgl. das von David Lynch koproduzierte „Twin Peaks“). Der gegenwärtige Diskurs um komplexe Serien nimmt vor allem die makrostrukturelle Textorganisation in den Blick, die dem klassischen episodischen Schematismus der Fernsehserie mit innovativen Erzählstrategien und komplexer, langfristiger Kohärenzbildung entgegenwirkt. Dies umschließt zunehmend auch crossmediale Erzählstrategien, die zu kohärenzstiftenden Anschlussbehandlungen der Zuschauer im Web 2.0 einladen.⁵

Hinter der Erschließung solch makrostruktureller Organisationsprinzipien und Interpretationen bleibt allerdings die Auseinandersetzung mit der mikrostrukturellen Organisation der eigentlichen Erzähltexteinheiten zurück. Der bislang eher kontextorientierte Forschungsstand soll durch das Dissertationsprojekt daher um einen gezielt textorientierten Ansatz ergänzt werden, der die dramaturgischen Verfahren aktueller Serienproduktionen in den Mittelpunkt stellt. Angesichts der ungebremst euphorischen Diskussion über Komplexität und Innovation, die es aber selten schafft, serielle Struktureinheiten jenseits basaler Formeinheiten theoretisch genau zu definieren und miteinander in Beziehung zu setzen, erscheint eine solche Präzisierung des Analysevokabulars aus narratologischer Sicht als notwendig.

Aus der inzwischen schwer überschaubaren und nicht klar abgrenzbaren Gruppe komplexer Serien und „Qualitätsserien“ wird in der Analyse eine Auswahl zeitgenössischer Produktionen berücksichtigt, die auf das *television drama*⁶ beschränkt bleibt. Insbesondere beschäftigt sich die Analyse mit sechs exemplarischen Produktionen, die ein mög-

.....
 4 Vgl. Thompson 1997; Michael Newman: *From Beats to Arcs: Toward a Poetics of Television Narrative*. In: *The Velvet Light Trap* 58.1 (2006), S. 16-28.

5 Vgl. Mittell 2012.

6 Die US-Fernsehindustrie unterscheidet – fast im Sinne eines Gattungsbegriffs – zwischen drama, mit gewöhnlich einstündigen Episoden, und comedy, mit gewöhnlich halbstündigen Episoden.

lichst breites Kontinuum von Erzählstrategien aufspannen: von der relativ konventionell strukturierten Arztserie „Dr. House“ über komplexe Serien mit dennoch offenkundigen Strukturformeln wie „Lost“ und „Dexter“ bis hin zu den zunächst sehr offen erscheinenden Serien „The Wire“, „Mad Men“ und „Breaking Bad“. Um mikrostrukturelle mit makrostrukturellen Organisationsprinzipien in Zusammenhang zu setzen, geht die Analyse protokollgestützt und mit unterschiedlich feiner Auflösung auf den Gesamtverlauf jeder Serie, auf die intra-episodische Organisation einzelner Folgen sowie auf die Struktur einzelner Staffeln und kleinerer Abschnitte ein, die sich aus der narrativen Kohärenzstiftung ergeben und von Produktion zu Produktion variieren.

Die Ergebnisse der Analyse sollen im Kern teil der Arbeit als Zusammenspiel von drei eng miteinander verwobenen Ebenen modelliert werden: (1) Der figuren- und problemlösungsorientierten Handlungsstruktur, in der durch die Überschneidung verschiedener Handlungsbögen und Figurenperspektiven polyvalente und konfligierende Bewertungen von Ereignissen erzeugt werden;⁷ (2) der epistemologischen Struktur, die beschreibt, wie durch die grundsätzliche Informationsvergabe des Serientexts die Hypothesenbildung gesteuert und Neugier erzeugt wird; und (3) der thematischen Kohärenz, die oft auch ohne unmittelbaren kausalen Zusammenhang zwischen verschiedenen Handlungsbögen kreiert wird. Dabei stützt sich das Projekt auf theoretische Grundlagen verschiedener Disziplinen: (1) Die Television Studies haben Formen der Fernsehserie bereits grundsätzlich bearbeitet, bleiben aber meist zu deskriptiv und generalisierend und erarbeiten keine elaborierten Analysemethoden serieller Dramaturgie. (2) Um produktionsseitige Methoden der seriellen Textkomposition zu berücksichtigen, werden auf den US-amerikanischen Serienmarkt ausgerichtete Drehbuchratgeber berücksichtigt. Fundierte theoretische Grundlagen für die Beschreibung von Erzählmustern lassen sich vor allem aus der (3) literaturwissenschaftlichen Erzähltheorie und (4) kognitiven Filmtheorie beziehen. Die Erzähltheorie hilft, konstitu-

7 Vgl. dazu auch Sebastian Armbrust: Analyzing Storytelling Strategies in Serial Television Drama. Hybrid Structure and Functional Polyvalence in House, M.D. In: Amsterdam International Electronic Journal for Cultural Narratology 6 (I. Working with Stories. Selected papers from the 2nd ENN Conference 2011), online unter: http://cf.hum.uva.nl/narratology/a11_sebastian_armbrust.htm (zuletzt abgerufen am: 13.04.2013).

tive Einheiten von Erzählungen genauer zu definieren und hat eine lange Tradition der methodologisch reflektierten Auseinandersetzung mit Erzählstrukturen, während neue Ansätze diese auch auf die kognitive Modellierung narrativer Verstehensprozesse beziehen. Das mentale Nachvollziehen filmisch dargestellter Geschichten wird unterdessen in kognitiven Filmtheorien modelliert, jüngere Ansätze beziehen sich dabei insbesondere auf die affektiv-emotionale Wirkungsästhetik audiovisueller Texte und auf die perspektivische und emotionale Positionierung zu Figuren. Während klassisch-erzähltheoretische Grundlagen dabei helfen, narrative Strukturen logisch zu modellieren, können kognitivistische Ansätze über narrative Verstehensprozesse und damit einhergehende ästhetische Effekte Aufschluss geben. Damit orientiert sich die Arbeit am englischsprachigen Forschungsstand der relevanten Disziplinen und hofft, in englischer Sprache verfasst, Impulse zurück in den internationalen Diskurs geben zu können.

Der verbreiteten Komplexitäts- und Innovationseuphorie setzt die Arbeit außerdem die Hypothese entgegen, dass auch die Struktur weniger formelhafter Serien noch immer von Erzählschemata geprägt ist (wie sie etwa von Bordwell als narrative modes oder Wuss als Erzählstereotypen diskutiert werden⁸). Die hier relevanten Erzählkonventionen bauen einerseits auf basalen Mustern narrativen Verstehens sowie tradierten Motiven und Genrekonventionen auf, andererseits werden sie innerhalb einer jeden Serie selbst als idiosynkratische Erzählmuster entwickelt. In dieser Hinsicht wird die Fernsehserie auch als industriell gefertigter Text begriffen, der wie keine andere Erzählform strengsten strukturellen Rahmenbedingungen unterworfen ist; wobei zu klären bleibt, ob und wie sich herkömmliche Muster in der Struktur moderner, scheinbar nonkonformer Produktionen noch niederschlagen.

8 David Bordwell: Narration in the Fiction Film. London u.a. 1985; Peter Wuss: Filmanalyse und Psychologie. Strukturen des Films im Wahrnehmungsprozess. Berlin 1993.

Georg Koch

Postmoderne Gegenwelten?

Inszenierung der Ur- und Frühgeschichte im deutschen und britischen Fernsehen seit den 1970er Jahren
(Universität Potsdam)

Seit der Erosion der Ideologien und Zukunftsvisionen Ende der 1970er Jahre nimmt das öffentliche Interesse an Geschichte zu. Dieser Trend ist allenthalben festzustellen: Die Geschichtskultur ist geprägt von Fernsehbeiträgen, Magazinen, historischen Romanen, Ausstellungen und zahlreichen weiteren Geschichtskonstruktionen. Auch den Anfängen der menschlichen Zivilisation wird in den Medien vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt. Heute stellen Fernsehformate mit ur- und frühgeschichtlichen Inhalten das zweitgrößte Segment – neben jenen zur Zeitgeschichte – im Fernsehen dar.¹ Das Spektrum reicht dabei von klassischen Dokumentationen vom Anbeginn der Menschheit bis hin zu sogenannten Doku-Soaps, in denen Menschen der Gegenwart ihren Alltag unter prähistorischen Bedingungen vor laufender Kamera bestreiten.

Dabei stellt sich für die Dokumentarfilmer eine besondere Herausforderung. Für die Darstellung der Ur- und Frühgeschichte gibt es im Gegensatz zu Formaten, die sich der Zeitgeschichte widmen, keine Möglichkeit, auf zeitgenössisches Audio- oder Videomaterial zurückzugreifen. Auch Zeitzeugen spielen für die audiovisuelle Aufarbeitung der Prähistorie verständlicherweise keine Rolle. Schließlich sind keine beschreibenden Quellen für die Epochen, die sich per se als ‚schriftlos‘ definieren, überliefert. Einzig fragmentarisch erhaltene materielle Hinterlassenschaften bilden die Quellen der Ur- und Frühgeschichtsforschung.

Aussagen über soziale und kulturelle Gewohnheiten, Strukturen und Mentalitäten in der fernsten menschlichen Vergangenheit lassen sich auf dieser Quellenbasis kaum hinreichend beweisen und somit nur als Thesen formulieren. Doch genau diese Bereiche, in denen Emotionen kommuniziert werden, haben für das Fernsehen eine besondere Re-

levanz.² Um die objektzentrierte Forschung mit menschlichen Schicksalen zu verknüpfen, entwickelten sich im Dokumentarfilm drei Zugänge zur Darstellung der Ur- und Frühgeschichte. Erstens machen die Dokumentarfilmer Archäologen und Wissenschaftler, die im Feld der Ur- und Frühgeschichte forschen, zu Protagonisten für ihre Fernsehbeiträge, in welche sie Ausgrabungsorte an zum Teil exotischen Orten als geeignete Kulissen für die audiovisuelle Inszenierung einbinden. Zweitens besteht weiterhin das Interesse an der Darstellung prähistorischer Lebensweisen. Dieses schlägt sich in einem Trend zur Einbindung von Computeranimationen und Reenactments nieder. In diesen werden durch aufwendige 3D-Modelle und Schauspieler vergangene Welten inszeniert. Schließlich gibt es drittens Formate, in denen Menschen der Gegenwart prähistorische Techniken rekonstruieren oder im Rahmen von Doku-Soaps den ur- und frühgeschichtlichen Alltag nacherleben. Allen Zugängen ist gemeinsam, dass sie als Stilmittel in eine Leitnarration innerhalb des Fernsehbeitrags eingewoben sind, die auf Eindeutigkeit und Glaubwürdigkeit abzielt.³

So entstehen aus der Collage von Bild- und Toninhalten im Rahmen einer kohärenten Erzählung audiovisuelle Geschichtskonstruktionen, die einem an Identifikation, Orientierung und Handlungsoptionen interessiertem Publikum angeboten werden und – so die Arbeitsthese – als Gegenwelten zur modernen Konsumgesellschaft erscheinen.

Ziel der Dissertation ist es, das Angebot an Geschichtsbildern der fernsten menschlichen Vergangenheit im Fernsehen seit den 1970er Jahren quantitativ und qualitativ zu analysieren. Dabei stellen sich Fragen danach, (1) wie die prä-nationale und prä-politische Urgeschichte in die jeweilige Gegenwart eingelesen wird, (2) welche Kontinuitäten und Wandel in den Narrativen, Visualisierungen und in deren Umsetzung festzustellen sind und (3) in welchem Verhältnis Forschung, Produktion und Öffentlichkeit stehen.

.....

² Vgl. Jeannette Eggert: Es ist angerichtet! Die Entwicklung der Doku-Soap im deutschen Fernsehen. In: Kay Hoffmann u.a. (Hrsg.): Spiel mit der Wirklichkeit. Zur Entwicklung doku-fiktionaler Formate in Film und Fernsehen. Konstanz 2012, S. 133-152. (Hoffmann 2012)

³ Vgl. Kay Hoffmann: Gestaltete Wirklichkeiten. Zur Form der Doku-Fiktion. In: Hoffmann 2012, S. 211-227.

.....

¹ Vgl. Edgar Lersch und Reinhold Viehoff: Geschichte im Fernsehen. Eine Untersuchung zur Entwicklung des Genres und der Gattungsästhetik geschichtlicher Darstellungen im Fernsehen 1995 bis 2003. Berlin 2007, S. 152.

Die Auseinandersetzung mit den Anfängen der menschlichen Zivilisation wird dabei als zeithistorisches Phänomen untersucht. Als Grundlage dienen Fernsehbeiträge mit ur- und frühgeschichtlichen Inhalten der öffentlich-rechtlichen Sender ARD, ZDF und der Regionalsender der Landesrundfunkanstalten. Diesen werden in einem internationalen Vergleich Produktionen der BBC gegenübergestellt, die zum Teil auch im deutschen Fernsehen zu sehen waren.

Der Quellenkorpus wird durch Interviews mit an den Produktionen beteiligten Dokumentarfilmern, Wissenschaftlern und Akteuren erweitert. Darüber hinaus fließen Erkenntnisse aus dem Schriftgut der Landesrundfunkarchive und der BBC Written Archives zu den einzelnen Sendungen und Serien in die Betrachtung ein. Schließlich wird auch der Einfluss von ausgewählten Spielfilmen berücksichtigt.⁴

Auf quantitativer Ebene richtet sich das Forschungsinteresse dahingehend, welchen Wandel und welche Kontinuitäten Dokumentationen mit prähistorischem Inhalt im Betrachtungszeitraum erlebten. Dabei liegt ein Hauptaugenmerk auf der These, dass es zum Ende der 1970er Jahre zu einem Verlust von Zukunftsutopien kam, die sich in Vergangenheitsutopien umkehrten, was sich in einem erhöhten Aufkommen von Dokumentarformaten niederschlug. Eine zweite Zäsur zeichnet sich nach gegenwärtigem Forschungsstand in den 1990er Jahren ab. Bis in diese Zeit etablierten sich die Privatsender in Deutschland, und eine fortschreitende Kommerzialisierung des Fernsehangebots führte zu einer Verknüpfung von Bildungs- und Unterhaltungsformaten. Für Geschichtssendungen, die in diesem Zusammenhang als Histotainment gehandelt werden, entwickelte sich ein erfolgreicher kommerzieller Markt mit einer Nachfrage nach Anschaulichkeit, Authentizität und Unterhaltsamkeit. Dies führte nicht nur zur Durchsetzung von Doku-Soaps und anderen Hybridformaten, wie dem Doku-Drama oder dem historischen Spielfilm, sondern beeinflusst bis heute Dokumentationen, die vermehrt Computeranimationen und Reenactments in ihre szenischen Erzählungen einbinden. In diesem Zusammenhang wird der Einsatz von Reenactments in Dokumentationen zur Ur- und Frühgeschichte empirisch untersucht und hinterfragt.

.....

⁴ Eine ständig ergänzte Liste ist in der projekteigenen Online-Datenbank unter <http://lhdb.zzf-pdm.de> zu finden.

Auf qualitativer Ebene stehen die Leitnarrative, Visualisierungen und deren Umsetzung in Dokumentationen und Doku-Soaps im Zentrum des Interesses. Sie werden sowohl narratologisch als auch medienhistorisch vergleichend untersucht. Damit wird sich dem Geschichtsdenken der jüngsten Zeitgeschichte angenähert und gefragt, welche gesellschaftlichen Bedürfnisse sich in den Geschichtsformaten widerspiegeln. Anhand des Vergleichs zwischen wissenschaftlichem Forschungsstand, dessen Einbindung in die Fernsehsendungen und deren ganzheitlicher Gestaltung wird untersucht, inwiefern das Bild des prähistorischen Menschen in TV-Programmen auf die gesellschaftliche Nachfrage zugeschnitten ist.

Daran knüpft die Frage an, ob Referenzen auf die Wissenschaften lediglich der Legitimation des Wahrheitsanspruchs und der Glaubwürdigkeit des Programms dienen und durch ihre Einbindung auch diejenigen Aussagen bekräftigen, die auf die Deutungen und Inszenierungen der Filmemacher zurückzuführen sind. Schließlich wird in diesem Kontext der These nachgegangen, ob die Vergegenwärtigung der Vergangenheit nicht nur zentrale gesellschaftliche Fragen aufgreift, sondern darüber hinaus Lösungsstrategien und Handlungsoptionen darstellt, die in inszenierten Gegenwelten verhandelt werden.

Nach einem ersten Einblick in das zu untersuchende Material zeigt sich dabei der Trend, dass sich in Dokumentationen, die die Evolutionsgeschichte nachzeichnen und die Entwicklung vom Homo erectus bis zum modernen Menschen thematisieren, ein Bild des kontinuierlichen Fortschrittsoptimismus wiederfindet. Dem gegenüber stehen Dokumentationen zum Homo neanderthalensis und Doku-Soaps, in denen kultur- und konsumkritische Narrative sowie alternative Lebensentwürfe angeboten werden. Dies legt den Schluss nahe, dass sowohl Genre als auch Inhalt unabhängig vom historisch Gewesenen die Erzählung im Fernsehen maßgeblich beeinflussen.

Hendrik Buhl

Gesellschaftspolitische Themen in der Krimireihe „Tatort“.

Politainment und Interdiskursivität in einem Klassiker des deutschen Fernsehens
(Leuphana Universität Lüneburg)

Meine Dissertation widmet sich einem Aspekt realitätsbezogener Fiktionalität in einer der beliebtesten Sendungen öffentlich-rechtlicher Provenienz: dem Phänomen gesellschaftspolitischer Themen in der Krimireihe „Tatort“. Dabei zielt meine Analyse auf zwei heuristische Dimensionen ab, nämlich welche Themen in den Sendungen wie verarbeitet werden. In ihrer Fokussierung des gesamten Spektrums gesellschaftspolitischer Themen und ihrer Konstruktionsweisen füllt meine kulturwissenschaftliche Genreanalyse die Lücke zwischen globalen Einordnungen des Phänomens als „Spiegel der Gesellschaft“¹ einerseits und Studien mit speziellen thematischen Schwerpunktsetzungen wie Migration², Rechtsradikalismus³ oder Inszenierungen ostdeutscher Identität⁴ andererseits.

Der interdisziplinär angelegte theoretische Rahmen meiner Arbeit ruht auf drei Pfeilern: Erstens auf den Cultural Studies als übergeordnetem, für die Erforschung von Populärer Kultur wegweisendem Paradigma, zweitens auf dem Konzept des Interdiskurses nach Jürgen Link und drittens auf dem Begriff des Politainment nach Andreas Dörner.⁵ Politainment im Sinne der politischen Kulturforschung von Dörner sind Mischformen aus Politik und Entertainment in Formen öffentlicher Kommunikation – im Fall „Tatort“ politische Unterhaltung –, die einer breiten Öffentlichkeit

.....

1 Knut Hickethier: „Tatort“ und „Lindenstraße“ als Spiegel der Gesellschaft. 60 Jahre ARD. In: „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (20) 2010, S. 41-46.

2 Vgl. Christiane Ortner: Migration im Tatort. Das Thema Einwanderung im beliebtesten deutschen TV-Krimi. Marburg 2007.

3 Vgl. Daniel Süß: Der Fernsehkrimi, sein Autor und die jugendlichen Zuschauer. Medienkommunikation aus drei Perspektiven, am Beispiel des „Tatort“-Krimis „Kameraden“. Bern 1993.

4 Vgl. Tina Welke: Tatort Deutsche Einheit. Ostdeutsche Identitätsinszenierungen im „Tatort“ des MDR. Bielefeld 2012.

5 Vgl. Andreas Dörner: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt am Main 2001. Vgl. Jürgen Link: Kulturwissenschaftliche Orientierung und Interdiskurstheorie der Literatur zwischen horizontaler Achse des Wissens und vertikaler Achse der Macht. Mit einem Blick auf Wilhelm Hauff. In: Georg Mein (Hrsg.): Soziale Räume und kulturelle Praktiken. Über den strategischen Gebrauch von Medien. Bielefeld 2004, S. 65-92.

als Alltagsressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die spannend-unterhaltsamen Sendungen bieten Reflexionsanlässe, Vorstellungs- und Deutungsmuster von Welt, Identifikationsangebote und abgesteckte Bereiche des Sag- und Wissbaren. Als institutionalisierte Interdiskurse sind „Tatort“-Sendungen insofern zu betrachten, als sie spezialisierte und verstreut zirkulierende Wissensvorräte in kleinen Dosen aufbereiten, perspektivieren und bewerten. Populärkulturelle Interdiskurse wie der „Tatort“ dienen der entdifferenzierenden, re-integrierenden Wissensproduktion, d.h. sie machen Wissen für viele relativ voraussetzungslos und einfach verständlich zugänglich. Faktisches aus Spezialdiskursen wie der Medizin (zum Alkoholismus), der Arbeitssoziologie (zu Arbeitsbedingungen in Discountern) oder der Historiographie (zur „DDR“-Geschichte) wird zum informativen Bestandteil im Idealfall spannender Genrenarrationen. Ebenso verhält es sich mit sozialem Wissen, etwa jenes über zeitgemäße Verhaltens- und Denkweisen (z.B. bezüglich des Umgangs mit alten oder behinderten Menschen). Diesem theoretischen Überbau zufolge definiere ich meinen Gegenstand, die gesellschaftspolitischen Themen, als konflikthäre oder konsensuelle Felder von Aussagen von gesellschaftlicher Relevanz und potentieller Aktualität, welche mit den Detekthandlungen der Krimis verwoben sind oder welche sie darüber hinaus enthalten.

Auf der Grundlage der genannten theoretischen Ansätze entwickle ich in meiner Dissertation ein gegen die überkommene Dichotomie von Information und Unterhaltung gerichtetes fundiertes Konzept, in dem ich Fakten und Fiktionen, Ernst und Unernst, Genre und Interdiskursivität in ihren Amalgamierungen zum Gegenstand kulturwissenschaftlicher Forschungen mache.⁶ Meine These vom „Tatort“ als Paradebeispiel für Verzahnungen von populärkulturellen Texten und spezialdiskursivem Wissen bildet dabei eine zentrale Grundannahme.

Grundlage meiner Dissertation ist ein umfangreicher Materialkorpus auf der Basis des kompletten „Tatort“-Jahrgangs 2009. Zahlreiche weitere Folgen der Reihe kommen kontextualisierend hinzu sowie eine Fülle von Presseartikeln und Fernsehkritiken, in denen auf die Sendungen Bezug genommen wird. In einer Mischung aus Deduktion und Induktion

6 Vgl. Eggo Müller: Not only entertainment. Studien zur Pragmatik und Ästhetik der Fernsehunterhaltung. Köln 2011.

entwickle ich ein inhalts- und figurenbezogenes interpretatives Verfahren der Film- und Fernsehanalyse, das formalästhetische Gestaltungsmittel mit einbezieht. Dabei werden theoretische Vorgaben einerseits exemplifiziert, problematisiert und präzisiert sowie Erkenntnisse zum Forschungsgegenstand der gesellschaftspolitischen Themen andererseits aus dem Material heraus generiert. Es handelt sich um ein aufwändiges, am Theoretical Sampling orientiertes Verfahren, in dem ich in der Forschungspraxis alle im Sinne meines Erkenntnisinteresses relevanten Sendungen mit Hilfe der QDA-Software „Atlas.ti“ sequenzierte, Dialoge transkribierte, Kodierungen vornahm sowie figurenbezogene Netzwerkansichten erstellte. Das Herausarbeiten aller gesellschaftspolitischen Themen und Fragmente aus jeder einzelnen relevanten Folge des Jahres 2009, deren Ordnung und vor allem präzise Auswertung fußt auf dieser Form der Analyse.

Folgende exemplarische Ergebnisse brachte die Arbeit hervor: In meiner Dissertation lege ich zunächst auf der Grundlage zweier thematisch besonders dichter Folgen, „Mit ruhiger Hand“ (WDR 2009) und „Kassensturz“ (SWR 2009), umfassende Detailanalysen zu den Themenfeldern Alkohol und Alkoholismus sowie Arbeit und Gewerkschaft im „Tatort“ vor. Damit gelingt es mir, zentrale Figurenkonzepte, Begriffe, textuelle Strategien sowie sendungs- und themenübergreifend wiederkehrende Strukturen herauszuarbeiten. Dazu gehören unter anderem Kategorien wie Haupt- und Subthemen, der Nachweis von Themenkonjunkturen sowie Verfahren der Brechung interdiskursiven Ernstes. Das daran anschließende Kapitel mit thematisch gruppierten Analysen enthält drei Themengruppen und eine Sammelgruppe mit Analysen zu Einzelfolgen: In den Themengruppen gibt es Schwerpunktsetzungen zu ‚bösem‘ Mediengebrauch, Wohlstandsverwahrlosung und Drogen, zu sexueller Identität und Reproduktionsmedizin sowie zu Migration und Integration. Die nachfolgende Sammelgruppe zeugt von der Vielfalt gesellschaftspolitischer Thematisierungen im „Tatort“: Sie enthält Analysen zu neun weiteren Sendungen, in denen so unterschiedliche Aspekte wie der rechtsstaatliche Umgang mit Terroristen, Obdachlosigkeit oder häusliche Gewalt behandelt werden.

Ein wichtiger Ertrag meiner Arbeit besteht darin, im „Tatort“ sendungsübergreifend etablierte Konzeptionen von Thementrägerschaft

aufzuzeigen. Sie sind für die Funktion der Reihe als politische Unterhaltung und institutionalisiertem Interdiskurs von elementarer Bedeutung. Thementräger sind beispielsweise wissende Expertinnen und Experten wie der Beamte von der Gewerbeaufsicht in der Folge „Kassensturz“ (SWR 2009), der die Kommissarin Odenthal über das Niedrigpreissegment der Discounter aufklärt. Dieses und weitere Figurenkonzepte – die Dramatisierungen (notwendigerweise) stereotypisierter Verhaltensweisen, Tätigkeiten und Gefühlslagen in themenspezifischen, exemplarischen Situationen – arbeite ich in meiner Dissertation heraus.

Ein zentraler Mehrwert meiner Arbeit besteht überdies in detaillierten Analysen hegemonialer Signifikationspolitiken der „Tatort“-Reihe. Die Inszenierung von Konsensfähigkeit und -pflicht bedeutet, dass in den Sendungen zu achtende oder zu ächtende, für gut oder für schlecht zu haltende Sinnfiguren, Werte und Normen exemplarisch verkürzt definiert, reformuliert und bestätigt werden. Dies geschieht überdeutlich in Sendungen wie „Baum der Erlösung“ (ORF 2009), in der Ausländerhass geächtet wird, oder aber weniger eindeutig, beispielsweise in Form von Empörung über die Zerstörung von Kulturgut in der „DDR“, wie sie in „Falsches Leben“ (MDR 2009) thematisiert wird. Gesellschaftspolitische Themen im „Tatort“ werden selten als konfliktär oder ungeklärt inszeniert.

Insofern meine Studie Erlebnisangebote mit gesellschaftspolitischen Inhalten untersucht und diese als wichtige Repräsentationen relevanter Wissensbestände und als konsensuell inszenierte Wertdispositionen in den Fokus rückt, belegt sie die aktuelle Relevanz öffentlich-rechtlicher, unterhaltsamer Aufklärung. Das originelle Methodendesign der Studie gibt darüber hinaus Anregungen für weitere sendungs- und serienübergreifende Erforschungen auch größerer audiovisueller Textkorpora, beispielsweise in diachroner Perspektive. In der Summe liefert meine Dissertation über konkrete Film- und Fernsehanalysen hinaus einen relevanten Beitrag zur medienkulturwissenschaftlichen Erforschung des Fernsehens als Instanz der gesellschaftlichen Selbstverständigung und Reflexion.

Rezensionen

Wolfgang Mühl-Benninghaus

Unterhaltung als Eigensinn

Eine ostdeutsche Mediengeschichte
Frankfurt/M.: Campus 2012, 370 Seiten.

Ein Blick in die „SuperIllu“ mit ihren Reminiszenzen an die einstigen Stars aus Film, Hörfunk und Fernsehen genügt, um zu wissen: Medienangebote aus der früheren DDR erfreuen sich auch heute bei einem Teil des Publikums großer Beliebtheit. Doch steht dieser Befund im Kontrast zu einer weitgehend schleppend verlaufenden wissenschaftlichen Aufarbeitung der DDR-Unterhaltungsstrukturen. Dieses Fehlen von historischen Dimensionen samt systematisch-tiefgreifenden Analysen beklagt auch der Berliner Medienwissenschaftler Wolfgang Mühl-Benninghaus, der sich in seinem umfassenden Werk die verdienstvolle Aufgabe gestellt hat, die „erste übergreifende Monographie zur Geschichte von Unterhaltung in einem Teil Deutschlands“ (S. 18) zu konzipieren. Dabei nimmt der Autor etwa Jugendclubs, Kulturhäuser und Konzertveranstaltungen in den Blick, spart andererseits Printmedien so gut wie aus. So liegt weniger eine ‚klassische‘ Mediengeschichte vor, wie der Untertitel nahelegt, als vielmehr eine Arbeit, die an der Schnittstelle von Gesellschaft, Unterhaltung und Medien anzusiedeln ist.

Einen Teil deutscher Unterhaltungsgeschichte historisch konsequent zu beschreiben und dabei den soziokulturellen sowie technologischen Wandel mit zu berücksichtigen, ist zweifellos ein hehres wissenschaftliches Anliegen. Als theoretischer Ausgangspunkt dient die sozialmoralische Milieutheorie (Lepsius); die daraus abgeleitete und sich durch das gesamte Buch ziehende These ist, dass SED-Funktionäre maßgeblich durch das Arbeitermilieu geprägt waren, wodurch deren Auffassungen und Handlungspraktiken im Umgang mit Unterhaltung maßgeblich determiniert gewesen seien. Mithilfe des Generationenansatzes (Dilthey/ Mannheim) möchte Mühl-Benninghaus das „von oben“ erwünschte sowie das „eigen-sinnig“ angeeignete Unterhaltungsverständnis mit ihren jeweiligen Selbstdeutungsentwürfen kontrastieren. Seine Überlegungen stützt der Autor auf publi-

zierte Quellen und Forschungsliteratur, die bedauerlicherweise zu Beginn nicht systematisch offengelegt werden.

Der inhaltliche Schwerpunkt liegt auf der Rundfunkunterhaltung und dem musikalischen Bereich; gelegentlich wird auch die Film- und Fernsehentwicklung in die Analyse einbezogen. Ausgehend von einer tour d’horizon seit 1800 vermittelt Mühl-Benninghaus den Leserinnen wesentliche Grundlagen zur Auffassung von „Unterhaltung“. Anschaulich werden hier rigide Unterhaltungsvorstellungen ebenso herausgearbeitet, wie die weitgehende „Konzeptions- und Hilfslosigkeit“ (S. 53) bürgerlicher Kreise im Umgang mit der Jugendbewegung, deren eingegengtes Weltbild kaum Platz ließ für unterschiedliche Individualisierungsformen. Die in der Arbeiterbewegung überkommenen Normen und Wertvorstellungen verhinderten eine tiefgreifende Reflexion von Unterhaltung und führten zu einer Ablehnung all dessen, was dem Sieg der Arbeiterklasse (vermeintlich) im Weg stehen konnte. Diese inhaltlich-intellektuelle Vorstellung prägte das Milieu der organisierten Arbeiterklasse auch nach 1945 und prädominierte das Medien- wie Unterhaltungsverständnis der SED-Führung wesentlich.

Es schließt sich ein chronologischer Gang durch die Jahre von 1945 bis 1989 an. Die fünf Kapitel bieten eine Reihe faszinierender Einzelergebnisse, von denen nur einige Aspekte vorgestellt werden sollen. So bewegte sich die Unterhaltung in der Sowjetischen Besatzungszone „zwischen Offenheit und alten Mustern“ (S. 82ff.). War in den ersten Nachkriegsjahren – unter teils orientierungs- und bindungslosen Jugendlichen – westliche Unterhaltungsmusik äußerst beliebt, sollte die Unterhaltung sukzessive und mit Verschärfung des Kalten Krieges eine erziehende Funktion einnehmen. Deutlich wird, dass die Staats- und Parteiführung eigene Vorstellungen innerhalb eines scheinbar monolithischen Staatsgebildes eben nicht mittels eines ungestörten Top-Down-Prozesses steuern konnte. Vielmehr beleuchtet der ausgewiesene Medienexperte zahlreiche Friktionen, wie technisch-organisatorische

Schwierigkeiten bei der Verbreitung einer DDR-eigenen Unterhaltungsmusik, Konflikte um Rock'n'Roll und „Halbstarke“ oder die virulente Differenz zwischen den gewünschten und den tatsächlichen Verhaltensweisen der Rezipienten. Der überkommene grundsätzliche Medienpessimismus, die Angst vor ideologischer Beeinflussung, aber auch die mangelnde Selbstreflexion zeigen sich auch (und gerade) anhand der Nutzung westdeutscher Medienangebote. Wichtig ist aber auch der Hinweis des Autors, dass staatliche Versuche der Einschränkung von Jugendkulturen eben auch einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung hatten, da hier – gar nicht unähnlich zur Bundesrepublik – wenig Verständnis für jugendliche (sub-)kulturelle Gruppen und deren alternative Lebens- und Unterhaltungsvorstellungen vorhanden war.

Für die frühen 1970er Jahre arbeitet der Verfasser zunächst Liberalisierungstendenzen heraus, die eine vorsichtige staatliche Anerkennung auch individueller Bedürfnisse einleitete. Dieser neue Pragmatismus wurde jedoch mit der Biermann-Ausbürgerung und den folgenden Repressionsmaßnahmen jäh beendet. Auf die sich zunehmend ausdifferenzierenden Unterhaltungsbedürfnisse der Jugend fanden die Regierenden keine durchschlagenden Antworten mehr. Im Schlussteil beleuchtet der Autor die teils völlig verschiedenen Lebens- und Kommunikationsstrukturen in Bundesrepublik und DDR, die nach 1989 oft unvermittelt aufeinandertrafen. Zahlreiche tabellarische Übersichten und Statistiken aus bislang weitgehend unbekanntem bzw. unveröffentlichten Aktenbeständen runden die gut lesbare Studie ab.

Das wichtigste Ergebnis der mit viel Sachkenntnis verfassten Arbeit unter Berücksichtigung langer Wellen ist: Trotz vielfältiger Versuche „von oben“ blieb Unterhaltung subjektiv, wurden Unterhaltungsinhalte und -formen jenseits staatlich kontrollierter Medien eigensinnig angeeignet. Spannend sind insbesondere die immer wieder eingeflochtenen deutsch-deutschen Parallelitäten. Da Unterhaltungsinteressen gerade bei Jugendlichen nur wenig voneinander abwichen, war der Wunsch, Unterhaltung als politisch-kulturelle Abgrenzung zu nutzen, zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.

Einige Kritikpunkte sollen dennoch nicht unerwähnt bleiben: Zum einen fehlen in den narrativen Teilen vielerorts Belege, zum anderen bleiben grundlegende Darstellungen

(Michael Meyen; Ulrike Häußler/ Marcus Merkel; Christoph Kleßmann, Hermann Weber etc.) offenbar unberücksichtigt. Zu beklagen ist ferner das Fehlen von Verzeichnissen zu im Text genannten Personen, Rundfunk- und Fernsehsendungen sowie Spielfilmen. Doch insgesamt gelingt Wolfgang Mühl-Benninghaus eine wegweisende Studie, die beweist, dass ein Blick auf die Unterhaltungsstrukturen helfen kann, die innere Widersprüchlichkeit der DDR ebenso aufzudecken, wie die Herrschaftsgrenzen von Partei und Staat zu konturieren.

Christoph Lorke, Münster

Werner Faulstich

Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts

München: Wilhelm Fink 2012, 461 S., Abb.

Zu Beginn erst einmal das Positive: Respekt nötigt dem Rezensenten Werner Faulstichs Arbeitskraft ab, mit der er in kurzer Frist gewaltige Literaturmengen rezipiert bzw. verarbeitet, in rascher Folge medien- und kulturgeschichtlich konnotierte Sammelbände herausgibt und Epochen-Gesamtdarstellungen zur Mediengeschichte veröffentlicht. Die Beharrlichkeit, mit der er trotz vielfältiger Kritik – m.E. zu Recht – an seinem weiten Medienbegriff festhält, ist anzuerkennen. Das gilt auch für seinen Mut, sich mit Einzelmedien übergreifenden, zusammenfassenden Darstellungen gegen den Mainstream des Spezialistentums zu stemmen. Gleichwohl steht er damit durchaus nicht allein da. Er nimmt erhebliche Risiken in Kauf und macht sich leicht angreifbar in Bezug auf sachliche Fehler und einseitige Deutungen wie Wertungen, die bei einem Einzelautor solch umfassender Themenstellungen schwer vermieden werden können.

Zu prüfen ist bei einer Würdigung von Faulstichs sicherlich schwierigster mediengeschichtlicher Gesamtdarstellung zunächst, inwieweit er an die Messlatte heranreicht, an die er selbst sein Werk anlegen möchte. Die „Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts“ soll nicht nur additiv in unverbundener Aneinanderreihung der Einzelmedien abgehandelt werden, sondern letztere sollen „in ihren gegenseitigen Relationen und in ihrem relationalen Wandel und möglichst in ihrer kulturellen Verzahnung“ aufscheinen, „das integrative Miteinander und Nebeneinander der Medien (...) nach dem Kriterium der funktionalen Dominanz in seinen Veränderungen entfaltet werden.“ (S. 11).

Einschränkend bezeichnet Faulstich den erarbeiteten Text als „erste Thesen, die wieder das historische Ganze, in Erinnerung rufen“. (S. 13). Mit dem Hinweis auf einen „sehr unterschiedlichen Forschungsstand“ hat er Recht: auch deshalb sei das Vorgelegte nur ein „Zwischenstand“, den man in „seine[r] Vorläufigkeit nachdrücklich erkennen“ könne. (ebd.). Dennoch muss das Vorgelegte in weiten Teilen als nicht gelungen bezeichnet werden, ein nicht leichtfertig gefällttes Urteil auch auf der Grundlage, dass der Autor erheblich hinter seinen selbst gestellten Ansprüchen zurückbleibt.

Auf Basis des bereits in den vorausgegangen Gesamtdarstellungen angewandten weiten Medienbegriffs bezieht Faulstich insgesamt 18 Einzelmedien in die „Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts“ ein. Dabei überzeugt die eingangs begründete Herausnahme des Theaters aus dem Ensemble der Medien nicht. Ein möglicher Einwand, dass er sich wie in den meisten Mediengeschichten auf die sogenannten Massenmedien hätte beschränken sollen (um auf diese Weise schon aus Gründen der Übersichtlichkeit und Genauigkeit bei reduziertem Stoffumfang sorgfältiger zu arbeiten, als dies geschehen ist), erscheint nicht zwingend.

Vielmehr hätte der Autor sich mehr Zeit für das ‚Opus magnum‘ nehmen können. Entscheidend ist, dass er insgesamt die angekündigten „gegenseitigen Relationen“ auch und gerade mit den in der Wissenschaft eher randständigen Medien (etwa der Individualkommunikation wie Telefon und Brief) und den so genannten Massenmedien kaum herstellt. In der integrierenden Beschreibung und Analyse liegt die Schwierigkeit der Aufgabe, an der Faulstich gescheitert ist.

Weitgehend unverbunden bleiben auch die im publizistikgeschichtlichen Kontext eher vernachlässigten, im Wesentlichen der „Unterhaltung“ zuzurechnenden Medien wie das „Heft“ – typologisch angesiedelt zwischen Buch und Zeitschrift –, das aber vor allem die weniger in die allgemeine Mediengeschichte integrierte Buchhandelsgeschichte interessiert. Auf die Kolportage- und Kurzromane, Comics und andere „Heftchen“ geht Faulstich ausführlich ein, ebenso wie auf Plakate und sonstige Formen des „Blattes“ wie die Flugblätter: Beide waren noch in der Weimarer Republik wichtige Träger politischer Kommunikation und der Werbung. Trotz ihrer Nähe zur Presse werden sie in der publizistik-

und mediengeschichtlichen Literatur nicht immer gebührend beachtet.

Das fehlende integrative Miteinander der verschiedenen Medien hat mehrere Ursachen: So gelingt es nicht ausreichend, die Spezifik der Einzelmedien zu durchdringen. Erst von hier aus könnten die Differenzen und Analogien als Ansatzpunkte intermedialer Integration erarbeitet werden. Deswegen macht Faulstich auch die von ihm in einer seiner frühen Veröffentlichungen innovativ und prägnant herausgearbeiteten medienkonkurrenzellen Wechselbeziehungen wenig fruchtbar, sieht man einmal von dem obligaten Hinweis auf die Konkurrenz von Kino und Fernsehen ab (S. 195). Diese Konkurrenzen könnten aufgrund der damit verbundenen permanenten Dynamik durchaus einen Ansatzpunkt zur Erklärung des Medienwandels insgesamt bieten.

Der Mangel an Synthese ist zudem darin begründet, dass die Darstellung trotz gegenteiliger Absichtserklärung nicht kulturgeschichtlich rückgebunden ist. Schon eine angemessene (Arbeits-)Definition des schillernden Begriffs „Kultur“ fehlt. In der Tat sind die Medien eng mit den hoch- wie alltagskulturellen Feldern verwoben, sie bilden jede auf ihre Weise deren kommunikatives Rückgrat. „Kultur“ kann als ein Fluchtpunkt für die Formulierung von Analogien und Differenzen der Medien und damit zu einer integrativen Beschreibung und Interpretation beitragen.

Schwerwiegend ist, dass der Wandel sowohl der Einzelmedien wie auch des Ensembles weder wirtschafts- noch sozialgeschichtlich fundiert ist, Gesellschaft und Medien nicht zusammen gedacht werden. Erst sozialgeschichtlich „zurückgebunden“ lassen sich zumindest annähernd Begründungen finden, warum sich Medienangebote und -gebrauch über die Erfindung neuer technischer Apparaturen hinaus veränderten. Der rasche Wandel der sozialen Verhältnisse im 20. Jahrhundert – vor allem auch in seiner zweiten Hälfte –, in dem sich die Freizeitspielräume erweiterten, der Bildungsgrad der Bevölkerung sich erhöhte u.v.a.m., waren dafür wesentliche Voraussetzungen.

Was die Ökonomie der Medien angeht, so stellt Faulstich einen allenfalls oberflächlichen Bezug her. Er sieht die Entwicklung der Einzelmedien im 20. Jahrhundert von Anfang an von einer fortschreitenden Ökonomisierung und Kommerzialisierung getrieben. (vgl.

S. 53, S. 91, S. 130, S. 224, S. 278). Welchen Vergleichsmaßstab er dafür heranzieht, kennzeichnet er nicht. Angesichts der Tatsache, dass – einmal abgesehen vom öffentlich-rechtlichen Rundfunk – die Medienproduktion und -distribution (seit Gutenberg und erheblich gesteigert im 19. Jahrhundert) den Bedingungen des Marktes unterlag, wären nun einerseits die Differenzen im Kommerzialisierungsgrad sowie andererseits die Ursachen dafür genauer zu benennen bzw. zu belegen. Die allzu einfachen Globaleinschätzungen spiegeln die medienkritischen Einlassungen der Frankfurter Schule wider, die den Verfall der Medienkultur schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts beginnen ließ und die weiteren Fehlentwicklungen in einer Steigerung des Faktors Ökonomie in einer ‚Medienindustrie‘ verortete. Über den bis in die Gegenwart vorherrschenden (massen-)medienkritischen Ton des deutschen Kulturfeuilletons kommen Faulstichs Bewertungen so nicht hinaus. Zweifellos ist dies das ‚Narrativ‘ seiner Mediengeschichte, dem die Fakten- und Datensammlungen der einzelnen Kapitel zugeordnet werden. Andere medientheoretische Erklärungsansätze für eine interdependente Koevolution der Medien mit den sozioökonomischen Verhältnissen werden nicht angeführt.

Noch einige Bemerkungen zur Arbeitsweise des Autors im Detail. Laut Einleitung sollen in einigen Kapiteln „produkt- und genre-geschichtliche Momente betont (werden) (...), in anderen organisations- und system-geschichtliche (...) oder technikgeschichtliche (...)“ (S. 12). Alles in allem ist eine Strategie der Darstellung im Detail nicht erkennbar. Denn in der Durchführung erschöpfen sich die produkt-, genre- bzw. programm-geschichtlichen Ausführungen häufig im „Name-Dropping“ von Presse-, Sendungs- bzw. Sendereihentiteln. Konzepte zur produkt- oder inhaltsgeschichtlichen Verdichtung entwickelt Faulstich kaum, ebenso fehlt ein argumentatives Darstellungskonzept für die Einzelmedienbeschreibung. Die Darstellung springt häufig unvermittelt und unverbunden zwischen angebots- bzw. organisations-geschichtlichen und – soweit vorhanden – nutzungsgeschichtlichen Ausführungen hin und her.

Bei dieser Vorgehensweise bleiben auch zahlreiche sachliche Fehler und Fehleinschätzungen nicht aus, wie hier nur exemplarisch am Beispiel des Rundfunks gezeigt werden kann. So dominierte in den 1920er Jahren mitnich-

ten, wie Faulstich schreibt, die Unterhaltung das Angebot, sondern der hochkulturelle und erzieherische Anspruch. An der „Reichsrundfunkgesellschaft“ waren keine Presseverlage beteiligt. (S. 125) Falsch ist auch das Fazit für den Rundfunk der Weimarer Republik, er zeige sich „primär und zentral als Instrument der Gewinnerwirtschaftung.“ (S. 130) Zweifellos spielten Gewinnerwartungen etwa bei der Reichspost und den beteiligten Privataktionären eine Rolle, aber die unterstellte Durchkommerzialisierung ist eine Chimäre. Schließlich: Der Boom der Transistorempfänger und der Trend zum Zweit- und Drittgerät ist auf die zweite Hälfte der 1960er und beginnenden 1970er Jahre zu datieren, nicht früher.

In Bezug auf den Nachkriegsrundfunk seit 1945/49 finden wir (S. 239ff.) das vertraute Hin und Her zwischen Programmbeschreibung, Organisationsfragen und Nutzungsdaten. Von einer „*neue[n]* [kursiv: d.A.] Formenvielfalt“ (S. 239) kann zu dieser Zeit keine Rede sein: neu bzw. verändert war lediglich das aktuell informierende, jetzt politisch kontroverse Inhalte präsentierende Angebot. Ansonsten besteht in der Forschung Konsens, dass das Hörfunkprogramm in Struktur und Inhalt – die politischen Systeme übergreifend – zwischen 1930 und 1965/70 erstaunlich stabil geblieben ist. Die Liste solcher Beispiele ließe sich fortsetzen.

Angesichts der beschriebenen Defizite des Buches dürfte der wesentliche Nutzen nicht in der Interpretation der Medienentwicklung, sondern in den kompakten Daten- und Faktensammlung zu den Einzelmedien liegen, auch und gerade für diejenigen jenseits der klassischen Massenmedien. Nachteilig ist, dass jene häufig nicht transparent strukturiert bzw. übersichtlich präsentiert werden und – wie hier nur exemplarisch gezeigt – nicht zuverlässig recherchiert sind.

Mit einer weiteren Eigenheit hebt Faulstich den angesprochenen Nutzen weitgehend auf. Unverständlicherweise verzichtet er völlig auf einen Anmerkungsapparat mit der merkwürdigen Begründung, dass „ein expliziter Quellennachweis im Detail (...) viel zu viel Raum eingenommen und überdies einen Diskussions- und Begründungszusammenhang postuliert [hätte], der in vielerlei Hinsicht hinderlich gewesen wäre.“ (S. 13) Wer sich also weiter in die Materien einarbeiten will, muss die einschlägigen Titel im Literaturverzeichnis zusammen suchen, nicht wissend, auf welche sich die Darstellung im Wesentlichen stützt. Es kann also nicht ohne beträchtliche

Mühe nachgeprüft werden, woher der Autor sein Wissen bezieht und wie er mit den Quellen verfahren ist. Zweifellos bedeuten Anmerkungssysteme einen großen Aufwand, deren praktischer Nutzen bisweilen zweifelhaft erscheinen mag. Hier sind sie auch deshalb notwendig, weil sie die Integrität eines wissenschaftlichen Werks belegen helfen. Es ist erstaunlich, dass ein renommierter Wissenschaftsverlag diesbezüglich nicht interveniert hat.

Edgar Lersch, Tübingen

Tobias Ebbrecht

Geschichtsbilder im medialen Gedächtnis

Filmische Narrationen des Holocaust

Bielefeld: transcript Verlag 2012, 356 Seiten

„Ein Bann ist gebrochen.“ – so konstatierte der Publizist, Politikwissenschaftler und Überlebende des Konzentrationslagers Buchenwald Eugen Kogon in den Frankfurter Heften das Fernseheseignis „Holocaust“ im Jahr 1979. Endlich könne man „über die schrecklichen Dinge bis in die Schuld- und Mitschuldfrage“ sprechen (FH 3/1979, S. 2).

Das Kommunizieren über den Massenmord an den Juden steht auch im Zentrum der Studie von Tobias Ebbrecht, wobei er die durch Filme vermittelten Bilder und Vorstellungen über den Holocaust und den Nationalsozialismus herausarbeiten wollte (S. 8). Der Medien- und Filmwissenschaftler durchschreitet in seiner Dissertationsschrift die zurückliegenden Jahrzehnte. Hierbei thematisiert er bekannte, unbekanntere sowie dem Vergessen anheimgefallene Filme – wie beispielsweise den polnischen Film „Ostatni Etap“ (1947/48) – und analysiert die filmischen Repräsentationen des Holocaust. Er legt die mittlerweile etablierten Erzählkonventionen offen und arbeitet gelungen die Tendenz der Filme heraus, nicht mehr auf das historische Ereignis zu rekurrieren, sondern auf andere Filme zu verweisen und diese zu zitieren. Im Fokus der lesenswerten Studie stehen die filmischen Geschichtsfiktionen, Geschichtsbilder und Geschichtsfiguren im medialen Gedächtnis über den Holocaust. Unter „Geschichtsbild“ versteht der Autor dabei ein „vielfältig geprägtes, filmische und gesellschaftliche Konventionen aufnehmendes, fixiertes und verfestigtes ‚Bild‘ von der Vergangenheit, das in verschiedene Kontexte überführbar ist“ (S. 14). Dass „mediale Gedächtnis“ stellt für den Autor ein „Netz von Bildern, visuellen Ikonen, stereotypen Figuren und konventio-

nalisierten Erzählformen“ dar, welches „die Geschichtsbilder und Geschichten des individuellen Gedächtnisses und des Familiengedächtnisses verändern, ergänzen und ausfüllen“ (S. 39f.). Seine Analyse wird von der Annahme geleitet, dass eine erinnerungskulturelle Verschiebung von den Tätern zu den Opfern stattgefunden habe, die ihre Entsprechung in der transnationalen Tradierung von Familiengeschichten finde (S. 21). Ebbrecht knüpft hier an die Studie „Opa war kein Nazi“ (Welzer et al. 2002) an, welche die Weitergabe von Erinnerungen an die nationalsozialistische Zeit im Generationengedächtnis untersucht. Diese Studie zeigt auf, dass Filme wie beispielsweise „Die Brücke“ (1959) Erzählmuster für autobiographische Erinnerungen lieferten (S. 69ff.). Neben Welzer greift der Autor auf das „Postmemory“-Konzept von Marianne Hirsch zurück, was einerseits als eine „Form der intergenerationellen, medial kommunizierten Nacherinnerung“ aufgefasst wird und andererseits als Analysemodell dient, um die Wiederholungsstruktur und Kanonisierung der Bilder nachzuvollziehen (S. 79).

Ebbrechts Fallanalysen zu den deutschen Filmen „Das Wunder von Bern“ (2003), „Der Untergang“ (2004) und „Dresden“ (2006) im zweiten Buchteil stehen somit auf breitem theoretischem Fundament. Darüber hinaus geht der Autor immer wieder auf die Filme „Schindlers Liste“ (1993), „Das Leben ist schön“ (1997) und der „Der Pianist“ (2002) ein. Im Kapitel zu den „Filmischen Geschichtsfiktionen“ zeichnet Ebbrecht zunächst einen Wandel beim Erzählmodell nach: Bis in die späten 1980er Jahre hat die filmische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vor allem aus einer Erzählperspektive stattgefunden, in der „die Vergangenheit aus der Gegenwart heraus thematisiert“ wurde. Ab den 1990er Jahren hat sich die dominante Erzählstruktur der Familiengeschichte angeeignet (S. 152f.). In Filmen der späten 1990er Jahre, wie beispielsweise „Aimée & Jaguar“ (1999), haben Nationalsozialismus und Holocaust zudem als „historische Kulisse für Liebesgeschichten“ gedient, eine Entwicklung, die in TV-Events wie „Dresden“ ihre Fortsetzung gefunden hat (S. 155).

In der Fallanalyse zu „Das Wunder von Bern“ zeigt Ebbrecht auf, wie der Film von Sönke Wortmann ikonische Bilder des Holocaust adaptiert und gleichsam umschreibt, der fahrende Zug, ein Bild, das bislang auf die Deportationen verwies, wird nun als filmisches Schlussbild eingesetzt und zu einem Symbol

der Hoffnung sowie des Neuanfangs (S. 163f). Im nächsten Kapitel „Filmische Geschichtsbilder“ wird anhand mehrerer Beispiele die Nachbildung von historischen Bildern im Film veranschaulicht.

Auch mithilfe zahlreicher Abbildungen gelingt es dem Autor, die visuelle Aneignung von historischen Fotografien oder Dokumentarfilmen kritisch aufzuzeigen. So dienen beispielsweise Selbstbilder des Lagerkommandanten von Plaszow, Amon Göth (im Film gespielt von Ralph Fiennes), als Gestaltungsvorlage für „Schindlers Liste“. Die Nachbildung des Archiv-Materials nimmt – wie Ebbrecht hervorhebt – die Funktion ein, „Geschichtsbilder zu beglaubigen, die nicht auf historischen Vorlagen basieren“ (S. 188).

Das letzte Kapitel betrachtet „Filmische Geschichtsfiguren“, die sich in den vergangenen Jahrzehnten herausgebildet haben. Ebbrecht zeichnet fundiert die verschiedenen Figurenstereotypen nach, wobei er den „Täter im Bild“, „Die Gezeichneten und der Zeuge“, „Der gute Deutsche“ sowie die Kinder- und Frauenfiguren in den Blick nimmt. Am Fallbeispiel „Dresden“, vom ZDF im Jahr 2006 als das Fernsehereignis vermarktet, macht der Autor deutlich, wie Opferzuschreibungen aus filmischen Erzählungen über den Holocaust für die deutschen Opfer übernommen und überschrieben werden (S. 311). Die Erzählungen über die deutschen Opfer greifen somit auf den Bildfundus des Holocaust zurück.

Tobias Ebbrecht ist es mit seiner Studie gelungen, die Hypertextualität – also die Beziehungen – zwischen den Filmen aufzuzeigen. Seine Analyse besticht dabei durch das Heranziehen einer breiten internationalen Filmbasis, wobei bedauerlich ist, dass auf ein Filmregister verzichtet wurde. An einigen Stellen hätte zudem stärker auf den politischen und kulturellen Kontext sowie auf die Diskussionen um die Filme und deren Inhalte eingegangen werden können. Im Schlussteil betont Ebbrecht, dass zukünftige Arbeiten verstärkt die globalisierte Erinnerungskultur in den Blick nehmen müssten. Seine Studie stellt hierfür ein ausgezeichnetes Fundament dar.

Martin Stallmann, Heidelberg

Matthias Niedenführ
**Geschichte fern und neu sehen.
 TV-Serien über historische
 Führungsfiguren in China**

Baden-Baden: Nomos 2012, 455 Seiten.

Welche Rolle spielen massenmediale Unterhaltungs- und Informationsangebote in einem Land wie China, in dem die in den 1980er Jahren einsetzenden Modernisierungsprozesse die kulturelle und nationale Identität herausgefordert haben? Der Sinologe und Historiker Matthias Niedenführ zeigt in seiner Studie die konstitutive Vermittlungsrolle der historischen TV-Serien bei der Legitimierung des Einheitsparteistaates und der Förderung des nationalen Zusammenhalts auf. Er untersucht, wie Zensurmaßnahmen umgesetzt werden und wie sich das in den TV-Serien propagierte Geschichtsbild seit den 1950er Jahren gewandelt hat.

Abgesehen von der Kontrolle der Themenpläne durch die State Administration of Radio, Film and Television (SARFT) und eines der Serienproduktion voran geschalteten eingehenden Überprüfungsprozesses führt nach Niedenführ die Selbstzensur der Medienproduzenten dazu, dass sich die Serien zu fast 60 Prozent der Gegenwartsgeschichte der Reformperiode (1978 bis heute) und „städtischen Themen“ widmen, um einen materialistischen Lebensstil zu propagieren. Hingegen würde die Zeit unter Mao Zedong (1949-1978) mit fast vier Prozent fast vollkommen ausgespart bleiben, weil die Darstellung jener Zeit viele Tabuthemen enthalte (S. 217). Auch die 2006 von der SARFT eingeführte historiographische Kategorisierung der TV-Serien in drei Hauptphasen (?-1046 v.u.Z. bis 1911, 1911 bis 1949 und 1949 bis 1978) fungiert als Optimierung der Zensurmaßnahmen, weil dadurch detaillierte (un-)erwünschte Inhaltskriterien für die Darstellung einer relativ kurzen, aber parteipolitisch brisanten Zeitspanne festgelegt werden (S. 209f., S. 323). So dürfen beispielsweise Revolutionsthemen in der zweiten, nicht aber in der dritten Phase vorkommen. Im Unterschied zu den Produktionen aus Hong Kong oder Taiwan sind Kung-Fu-Themen ausschließlich in Serien zur „alten Geschichte“ zugelassen, weil Magie, Mystik und Aberglaube dem marxistischen Aufklärungsgedanken widersprechen.

Neuere TV-Serien erscheinen, im Gegensatz zu den seit 20 Jahren unveränderten Geschichtslehrbüchern, als populäre Vermittler eines neuen Blickwinkels auf die na-

tionale Geschichte, mit dem das Publikum erst umgehen lernen muss. So zeigt der Autor am Beispiel der Serien „Zouxiang Gonghe“ (2003) und „Liu Shaoqi Gushi“ (2008), wie die Neuinterpretation umstrittener historischer Führungsfiguren und alternative (nicht-marxistische) Geschichtsbilder in der Wissenschaft von den Medienproduzenten aufgegriffen und in den Serien vermittelt werden. Ehemalige historische Widersacher des Marxismus werden nun rehabilitiert, indem sie vielschichtiger dargestellt und in den Kontext der „glorreichen chinesischen Geschichte“ eingerückt werden. Hier stellt sich für den interessierten Leser die Frage, ob das Aufbrechen alter, stereotyper Bewertungen von Konservativen, Reformern und Revolutionären in den TV-Serien Ausdruck eines gesteigerten Bewusstseins und neuen Umgangs der gegenwärtigen politischen Führung mit den aktuellen Grabenkämpfen innerhalb der Partei zwischen Traditionalisten und Liberalisten ist?

Niederführ kommt in der zum Abschluss herausgearbeiteten Typologie historischer Fernsehserien zu dem Schluss, dass seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts ein neues Geschichtsbild in den historischen TV-Serien vermittelt wird, in dem das Paradigma der „Revolution“ von dem der „Modernisierung“ (geordneter Aufbau und Stabilität) abgelöst worden ist (S. 255, S. 313). Folglich lassen sich in den untersuchten Serien Anachronismen finden, die in den Dienst eines für gegenwärtige politische Zwecke benutzten „nationalen Narratives“ gestellt werden (S. 249), in dem Konzepte wie „Nation“, „Patriotismus“, „territoriale Integrität“, „Gleichbehandlung der Geschlechter“ oder bestimmte politische Kerninhalte (z.B. Taiwan-Frage) in die dargestellte Zeit zurückprojiziert werden (S. 246f., S. 280). Zudem würde Geschichte nicht mehr entlang der Massen oder einzelner Klassenvertreter im Kampf gegen die Elite erzählt (historischer Materialismus), sondern entlang einzelner autonomer Akteure aus der Elite, also „großer Männer“, historischer Führungsfiguren und nationaler Helden, die eine moralische Vorbildfunktion besitzen (S. 294f., 300, 304) und die das Land in die Modernisierung geführt haben. Die real-ökonomisch und real-politische Abkehr Chinas von kommunistisch-europäischen Werten in den letzten 30 Jahren, so die starke These des Autors, spiegelt sich in der Ablösung von der sozialistischen Geschichtsschreibung in den historischen TV-Serien wider: Die nationale Geschichte sei keine Geschichte der

Demütigung und Unterdrückung, sondern eine Erfolgsgeschichte, gestützt auf Konfuzianismus, Würde, Patriotismus, Nationalismus und Loyalität zur Regierung. Dem Autor gelingt es, die historische TV-Serie in China als Spiegel gesellschaftspolitischer Veränderungen und als Instrument der Politik zu porträtieren, mit dem veränderte Vorstellungen von Nationalgeschichte vermittelt und die bestehende politische Ordnung legitimiert werden soll.

Die Studie ist aufgrund ihres Faktenreichtums und ihrer systematischen Quellenaufarbeitung wertvoll vor allem für Sinologen, Historiker, Medienwissenschaftler und Kulturwissenschaftler, die sich für interkulturelle Transformationsprozesse, sozialen Wandel und Modernisierungsprozesse interessieren, die im Besonderen durch das Fernsehen und seine Serien moduliert werden.

Cornelia Bogen, Beijing (China)

Gundolf S. Freyermuth und Lisa Gotto (Hrsg.)
Bildwerte. Visualität in der digitalen Medienkultur

Bielefeld: transcript Verlag 2012, 338 Seiten.

Die Anthologie „Bildwerte. Visualität in der digitalen Medienkultur“ initiiert die Reihe „Bild und Bit“ beim transcript Verlag. Dort wird künftig einem „neuen Forschungsfeld“ nachgegangen, welches angesichts neuer digitaler Produktions-, Rezeptions-, und Distributionsweisen entstanden sei (vgl. Editorial). Die Herausgeber verschreiben sich der Frage nach medientheoretischen und medienästhetischen Einsichten oder Konsequenzen, die diese Prozesse hinsichtlich der Neukonzeptualisierung audiovisueller Medien nach sich ziehen (ebd.).

Der Wert des Bildes im Zeitalter der Digitalisierung? Ein weites Feld, das konzeptuell in einem Band erst einmal gebändigt werden will. Dies – so kann man vorausschicken – wurde schlüssig realisiert: In einem Annäherungsprozess gelangt man von einer ersten Bestandsaufnahme („Bild und Bit: Umbruch“) zu einem Blick in Gegenwart und Zukunft („Bild und Bit: Aufbruch“). Dazwischen entfaltet beispielsweise Thomas Elsaesser eine lesenswerte Genealogie des 3D-Bildes, die daran erinnert, dass 3D-Bilder mit dem Blockbuster „Avatar“ erst richtig populär wurden, so neu aber nicht sind. Gewissermaßen kannte schon das „anaglyphe Kino“ der 1950er das 3D-Bild (vgl. S. 28). Ein kurzer Trend, der von euphorischen Unterstützern der ‚neuen‘

Technologie jedoch schnell in der Erzählung von 3D als „3. Revolution des Kinos“ unterschlagen wird. Elsaesser interpretiert 3D als Bestrebung des Kinos, seinen Rahmen mit „einem idealen, horizontlosen Bild“ (S. 50) zu sprengen. Die Folge ist ein neuer Zuschauer, dessen Sehen „treibend, gleitend, schwebend“ (ebd.) funktioniere. Allein ästhetisch sei die Rückkehr von 3D jedoch nicht begründet. Die Etablierung neuer Technik (Projektoren, 3D-Fernseher) verspreche schließlich finanzielle und leistungsspezifische Distinktionsgewinne gegenüber der Internetkonkurrenz.

Es geht jedoch nicht allein um das bewegte Bild: Jörn Glasenapp untersucht klassische Theorien der (analogen) Fotografie und ihre Bestimmungsversuche in Abgrenzung zum Film. Mit der Remediatisierung der Fotografie erfolgt eine Verschiebung, die er mit Barthes, Dubois und Metz bilanzierend als „Abschied vom Tod“ zu einem „Eintritt ins Leben markiert.“ (S. 97). Angela Keppler leistet mit „Bildlichkeit und Televisualität“ einen verdienstvollen Grundlagenbeitrag, der in einer Knappheit und Präzision das Bild, Filmbilder und Fernsehbilder untersucht und abgrenzt, die nicht jeder Text dieses Bandes erreicht. Mitherausgeberin Lisa Gotto analysiert spannend wie „Schneebilder“ (u.a. in „ Fargo“) immer wieder und variantenreich die Filmform, die Narration oder ihren Paratext thematisieren.

Ulrike Bergemann betrachtet weniger kulturwissenschaftlich als stärker technisch informiert die Vorgeschichte des digitalen Horizonts bei Google Earth. Lorenz Engell zeigt anhand von „Breaking Bad“ auf, dass Serien keineswegs Räume des stilistischen und narrativen Stillstands darstellen. Sie avancieren zum Experimentierlabor eines digitalen „Neuen Fernsehens“, das seine Anachronismen (u.a. lineare Erzählmodelle) selbst thematisiert und verabschiedet. Mit zwölf Thesen und zwei Fragen zur digitalen Bildlichkeit schließt Mitherausgeber Freyermuth den Band ab. Eine der Thesen lautet, dass das Kino spätestens seit der zweiten „Star Wars“-Trilogie von seiner Erneuerung träumt. Diesen Traum vom „Postcinematischen“ sieht er mit der 3D-Bildtechnik sowie den Interaktivität stiftenden Natural User Interfaces in greifbarer Nähe. Beide fasst er als Triebkräfte innerhalb der Digitalisierungsphase audiovisueller Medien und ihrem diagnostizierten „Streben nach Steigerung psychischer wie physischer Immersion“ (S. 288) auf. Die theoretische Konsequenz aus diesem „neuen digitalen

Mediendispositiv“ ist eine „transmediale Perspektive“ (ebd.), die der Autor in seinem medienübergreifenden Blick auf den „Big Bang digitaler Bildlichkeit“ schon andeutet.

Fazit: Nicht jeder Beitrag genügt dem formulierten Anspruch, medientheoretische und medienästhetische Konsequenzen aus der erkannten Entwicklung zu ziehen. Bei der schieren Reproduktion von Bekanntem belassen es aber auch diese Beiträge nicht. Insgesamt gelingt der Nachweis, dass die digitale Medienkultur bisweilen tradierte Begriffe und Perspektiven herausfordert. Gelingt es den Folgebänden, noch intensiver neue Zugriffsweisen herauszuarbeiten, dann weiß der Leser/ die Leserin nicht nur was die „Bits“ mit den „Bildern“ machen, sondern stärker noch wie das Denken, Schreiben und Sprechen darüber funktionieren kann.

Marc Dietrich, Mannheim

Daniela Schulz

Wenn die Musik spielt ...

Der deutsche Schlagerfilm der 1950er bis 1970er Jahre

Bielefeld: transcript Verlag 2012, 338 Seiten.

In ihrer Dissertationsschrift analysiert Daniela Schulz den westdeutschen Schlagerfilm von den 1950er bis in die 1970er Jahre. Die Philologin hat dafür über 200 Filme im genannten Zeitraum untersucht. Schlagerfilme definiert sie dabei als „Gruppe von Filmen, die Musik auf spezifische Weise in die Handlung integrieren“ (S. 103).

Zunächst strebt die Autorin eine begriffliche Klärung ihres Untersuchungsgegenstands an, was angesichts der hierzu noch nicht vorhandenen Forschungsarbeiten eine lohnenswerte und wichtige Aufgabe ist. Dabei kritisiert sie die bisher dominierende Lesart, beim Schlagerfilm handele es sich um eine Untergruppe des Genres Heimatfilm. Diese Eingrenzung reiche nicht aus, so Schulz, vielmehr stelle der Schlagerfilm ein „hybrides Genre“ (S. 13) dar, das sich durch „crossmediale Konzepte“ auszeichne (S. 29), indem der Schlagerfilm erstens „Merkmale verschiedener Genres mixt“ (S. 31) und zweitens ein „Produkt des Medienverbundes aus Film, Musik und Fernsehen“ darstelle (S. 106). Der Schlagerfilm kann ihrer Auffassung nach weder ausschließlich thematisch noch nach strukturellen Merkmalen definiert werden. Stattdessen müsse das Ziel sein, die „Historizität“ (S. 33) des Schlagerfilms zu verdeutli-

chen. Sie vertritt daher die These, dass sich anhand des Schlagerfilms „Mediengeschichte erklären“ lässt (S. 28). Der Schlagerfilm sei „eng mit der Fernsehgeschichte“ (S. 30) und seine Popularität mit dem zeitgleichen Aufkommen von Charts und Hitparaden verbunden. Die Autorin begreift daher zutreffend den Schlagerfilm als „Teil der Medienkultur in Deutschland“ (S. 32).

Die Arbeit nimmt auch die Zeit vor ihrem engeren Untersuchungszeitraum in den Blick, etwa durch verwandte Formate wie die Operette, die Revue oder später (und international) das Musical. Sie geht auf den Begriff des Schlagers im 19. Jahrhundert und seine Rolle bis in die Zeit des Nationalsozialismus ein. Dabei habe sich, auch durch die Entwicklung des Tonfilms, die filmische Einbettung des Schlagers entwickelt. In der Bundesrepublik habe der Schlagerfilm jedoch eine „neue Dimension“ erlangt (S. 29).

Besonders folgenden Fragen kommt Aufmerksamkeit zu: Welche Personen werden zu Schlager-Stars? Schulz diagnostiziert hier eine zunehmende Personalisierung. Dies zeige sich beispielsweise an der Präsenz von Prominenten anderer Branchen (Sport, Film), die sich im Schlagerfilm musikalisch präsentierten (S. 101). Darüber hinaus wird analysiert, wie der Schlagertitel in den Film integriert wurde und somit Fragen nach dem Verhältnis von Schlagertitel, Filmtitel und Filmhandlung untersucht.

Dabei spielt auch die Selbstreflexivität des Schlagerfilms eine Rolle, die sich beispielsweise in der Thematisierung des Schlagertitels in der filmischen Handlung äußert. Inhaltliche Schwerpunkte setzt die Autorin in Bezug auf die Themen Heimat und Fernweh, denen sie jeweils ein Unterkapitel widmet. Als weitere Themenfelder definiert sie den Generationenkonflikt, soziale Aufstiegsträume und Verwechslungskomödien.

Resümierend sieht Schulz den Schlagerfilm als Zeichen dafür, dass in der Bundesrepublik verschiedene „Unterhaltungs- und Medienbereiche wie Film, Musik und Sport (...) immer stärker zusammen[wachsen]“ (S. 42). Die Geschichte des Schlagerfilms impliziert damit eine Geschichte des Schlagers auch im Bereich der Musikindustrie, als auch eine Geschichte des Fernsehens, des Tonfilms und des Kinos. So wurde der Schlagerfilm auch zum „Werbefilm für die Schallplattenindustrie“ und auch über die Musikbranche hinaus

für weitere Industriezweige eine „Plattform zur Präsentation“ (S. 190).

Die Analyse geht über die rein textliche Ebene hinaus, indem sie auch kommerzielle und intermediale Aspekte berücksichtigt. Positiv hervorzuheben ist außerdem, dass die Studie kritisch mit einigen mittlerweile eingeebneten Narrativen umgeht, indem sie beispielsweise die Verkürzung des Schlagerfilms auf die Eskapismusthese kritisiert – sowohl für die Zeit des Nationalsozialismus als auch für die Nachkriegszeit. Stattdessen betont sie auch Kontinuitäten des Schlagerfilms vor und nach 1945 und berücksichtigt Referenzen zu US-amerikanischen Musikfilmen. Somit überzeugt sie mit der Grundthese ihrer Arbeit, die den Schlagerfilm als „crossmedial“ begreift.

Allerdings bleiben einige Fragen nach der Lektüre des kurzen Fazits unbeantwortet: So klärt Schulz nicht genauer, nach welchen Kriterien sie die von ihr untersuchten Filme ausgewählt hat; weiterhin lässt ihre Betonung des Schlagerfilmfortlebens nach den 1970er Jahren die Begründung zum Ende des Untersuchungszeitraums unklar. Hierdurch wird nicht immer deutlich, was denn nun unter der diagnostizierten „neuen Dimension“ des Schlagerfilms in dieser Zeit zu verstehen ist, auch, wenn die Autorin darauf einige Hinweise liefert (S. 29).

Schließlich hätte man sich bei dem Titel, der den „deutschen Schlagerfilm“ nach dem Zweiten Weltkrieg ankündigt, zumindest einige Gedanken zur Entwicklung von Musik und Film in der DDR gewünscht oder zumindest eine Erklärung dazu erwartet, weshalb dieser als Teil der „Medienkultur in Deutschland“ (S. 32) keiner Erwähnung bedarf. Schließlich wäre die Rezeptionsebene interessant gewesen, der jedoch viele mediengeschichtliche Arbeiten ratlos gegenüberstehen, fehlt es doch weiterhin an wissenschaftlichen Kriterien und/oder ausreichenden Quellen zu ihrer Untersuchung.

Angela Siebold, Heidelberg

Die nächste Ausgabe von
„Rundfunk und Geschichte“
widmet sich dem Thema:

„Rundfunk in
ost- und mitteleuropäischen
ehemals sozialistischen Ländern
seit den 1980er Jahren“

Sie erscheint voraussichtlich
im Spätherbst dieses Jahres.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Sebastian Armbrust (geb. 1980) studierte Medienkultur und Amerikanistik an der Universität Hamburg und schloss 2010 mit einer Magisterarbeit über visuelle Metaphern im Film ab. Er sammelte praktische Erfahrungen bei Film- und Fernsehproduktionen und war als Übersetzer für Computerspiele tätig. Seit 2010 promoviert er als Stipendiat der Graduate School Media and Communication der Universität Hamburg zur Dramaturgie zeitgenössischer US-Fernsehserien; war Lehrbeauftragter am Institut für Medien und Kommunikation und veröffentlichte mehrere Aufsätze zu „Dr. House“, „Mad Men“, und „The Wire“.
E-Mail: sebastian.armbrust@uni-hamburg.de

Agnes Bresselau von Bressendorf (geb. 1984) studierte Neuere und Neueste Geschichte, Alte Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Augsburg. In ihrer Magisterarbeit arbeitete sie zum „KSZE-Prozess als Gegenstand der deutsch-deutschen Beziehungen (1972/73-1975)“. Seit 2011 ist sie am Institut für Zeitgeschichte München/Berlin als Wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig und promoviert an der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) zum Thema „Die Entspannungspolitik Hans-Dietrich Genschers und das Ende der Détente (1974-1982/83)“.
E-Mail: bressendorf@ifz-muenchen.de

Hendrik Buhl (geb. 1977) studierte im Anschluss an eine Ausbildung zum Drucker Angewandte Kulturwissenschaften an der Universität Lüneburg. Im Wintersemester 2012 schloss er seine von der Hans-Böckler-Stiftung mit einem Stipendium geförderte Promotion erfolgreich ab. Seine Dissertation zu gesellschaftspolitischen Themen in der Krimireihe „Tatort“ erscheint im Laufe des Sommers 2013 bei UVK in der Reihe „Alltag, Medien und Kultur“.
E-Mail: hendrikbuhl@web.de

Ansgar Diller (geb. 1945), Studium der Geschichte, Geographie und Politischen Wissenschaften an den Universitäten Mainz, Freiburg i.Br. und Frankfurt/M. Promotion 1933 mit einer Arbeit über die Frühgeschichte des Rundfunks in Frankfurt am Main. Von 1973 bis 2005 Mitarbeiter des Deutschen Rundfunkarchivs in Frankfurt/M. in verschiedenen Funktionen: Historisches Archiv der ARD, Redaktion des ARD-Jahrbuchs, Rundfunkhistorische Dokumentation und Forschung. Mitglied der Historischen Kommission der ARD sowie der ARD-Arbeitsgruppe Geschichte der Rundfunktechnik. Mitglied im Vorstand des Studienkreises Rundfunk und Geschichte sowie Redakteur der Zeitschrift „Rundfunk und Geschichte“.
E-Mail: Ansgardiller@aol.com

Jana Ebeling (geb. 1982), Studium der Neueren und Neuesten Geschichte, Slavistik und katholischen Theologie in Dresden. Wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Forschungsprojekt „Transformation der Religion in der Moderne“ (www.fg-religion.de), an der Universität Gießen und am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF). Stipendiatin am ZZF. Dissertationsprojekt zu Kirche, Politik und Medien in der Abtreibungsdebatte der 1970er Jahre.
E-Mail: jana-ebeling@gmx.de

Ronald Funke (geb. 1982) studierte Geschichte, Didaktik der Geschichte sowie Medien- und Kommunikationswissenschaft an der MLU Halle-Wittenberg. Er arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Fachjournalistik Geschichte am Historischen Institut der JLU Gießen sowie als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Derzeit schreibt er als Stipendiat des ZZF an seiner Dissertation, die sich innerhalb des DFG-Projekts „Transformation der Religion in der Moderne“ (www.fg-religion.de) mit dem Fernsehen und der Transformation von Kirche und Religion in der Bundesrepublik (1960-1980) beschäftigt.
E-Mail: funke@zzf-pdm.de

Georg Koch (geb. 1984) studierte Geschichte, Informatik (B.A.) und Public History (M.A.) an der Freien Universität Berlin. Er schloss sein Masterstudium mit der Arbeit „Führungskonzeption für das Museumsdorf Düppel. Analyse und Reflektion eines handlungsorientierten Leitfadens“ 2012 ab. Seit Februar desselben Jahres arbeitet er als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF) im Projekt „Living History. Reenacted Prehistory between Research and Popular Performance“.
E-Mail: koch@zzf-pdm.de

Inge Marszolek, Prof. Dr. (pens.), Universität Bremen, Mitglied des Zentrums für Medien, Kommunikation und Information sowie des Forschungsnetzwerks „Kommunikative Figuren im Wandel“ Bremen/Hamburg (www.kommunikative-figurationen.de). Arbeitsschwerpunkte u.a. Mediengeschichte des 20. Jahrhunderts in Deutschland, insbesondere Rundfunkgeschichte.
E-mail: marsz@uni-bremen.de

Peter Richard Pinard, PhD. (geb. 1962), ist als leitender Angestellter der Kontrollabteilung für inhaltliche Programmqualität bei Radio Free Europe/Radio Liberty in Prag tätig. Er wurde 2011 mit einer Dissertation zur Geschichte des Rundfunks im sogenannten Protektorat Böhmen und Mähren an der Fakultät der Sozialwissenschaften der Karlsuniversität in Prag promoviert.
E-Mail: pinardr@rferl.org; pinardpr@yahoo.com